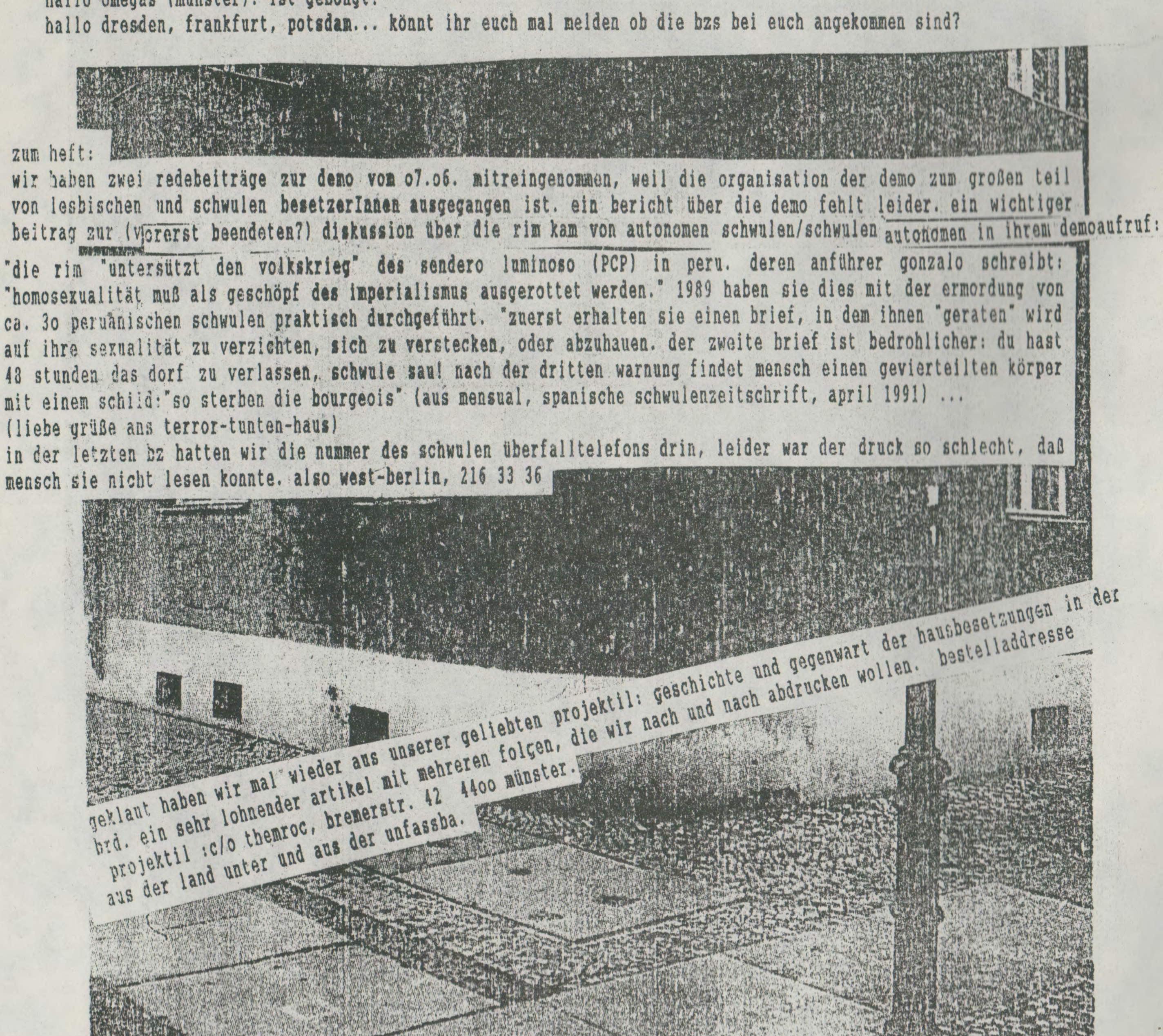


2,-DM

Nr. 3
Jahrgang 16
13.06.91

hi-how!
enttäuscht waren wir daß überhaupt keine reaktionen auf vorangegangene artikel gekommen sind, gerade mit der "doitschstunde" hatten wir uns eine intensive diskusion vorgestellt. aber anscheinend haben wir mit unserem antifaschismus alles klar und müssen nicht mehr diskutieren!?
gerüchteweise haben wir was von einer hausdurchsuchung in einem besetzen haus in berlin gehört, und einer scherbendemo. von einem faschoüberfall auf ein besetzes haus in berlin und einem überfall auf eine knoipe in einem b.setzen haus.
WO SIND DIE INFOS ?wir können absolut nicht verstehen, wieso ihr über so wichtige dinge nichts schreibt.
viel kritik gabs am aussehen der zeitung. gut, gut, wir sehens ein, und werden zumindest fürs titelbild mit metallplatten drucken. und wenn wir mal viel kohle haben dann drucken wir das ganze heft damit. einverstanden?
...und wenn wir schon dabei sind, vielleicht könntet ihr euren artikeln paar bilder dranhängen damit es nicht so eine fürchterliche bleiwüste ergibt, und wir haben auch ohne layout schon genug damit zu tun.
werbung und termine ab jetzt nur noch für schokolade. und redaktionschluß ist an jedem zweiten montag. redaktionstrefffen immer noch jeden montag um 17.oo uhr in der brunnen 7. -ausser am 17.o6. da sehen wir uns alle auf der demo potzblitz -regierungssitz...
hallo pforzheimerInnen: tut uns leid aber der aufruf kam zu spät... liebe grüße von uns
hallo omegas (münster): ist gebongt!
hallo dresden, frankfurt, potsdam... könnt ihr euch mal melden ob die bzs bei euch angekommen sind?



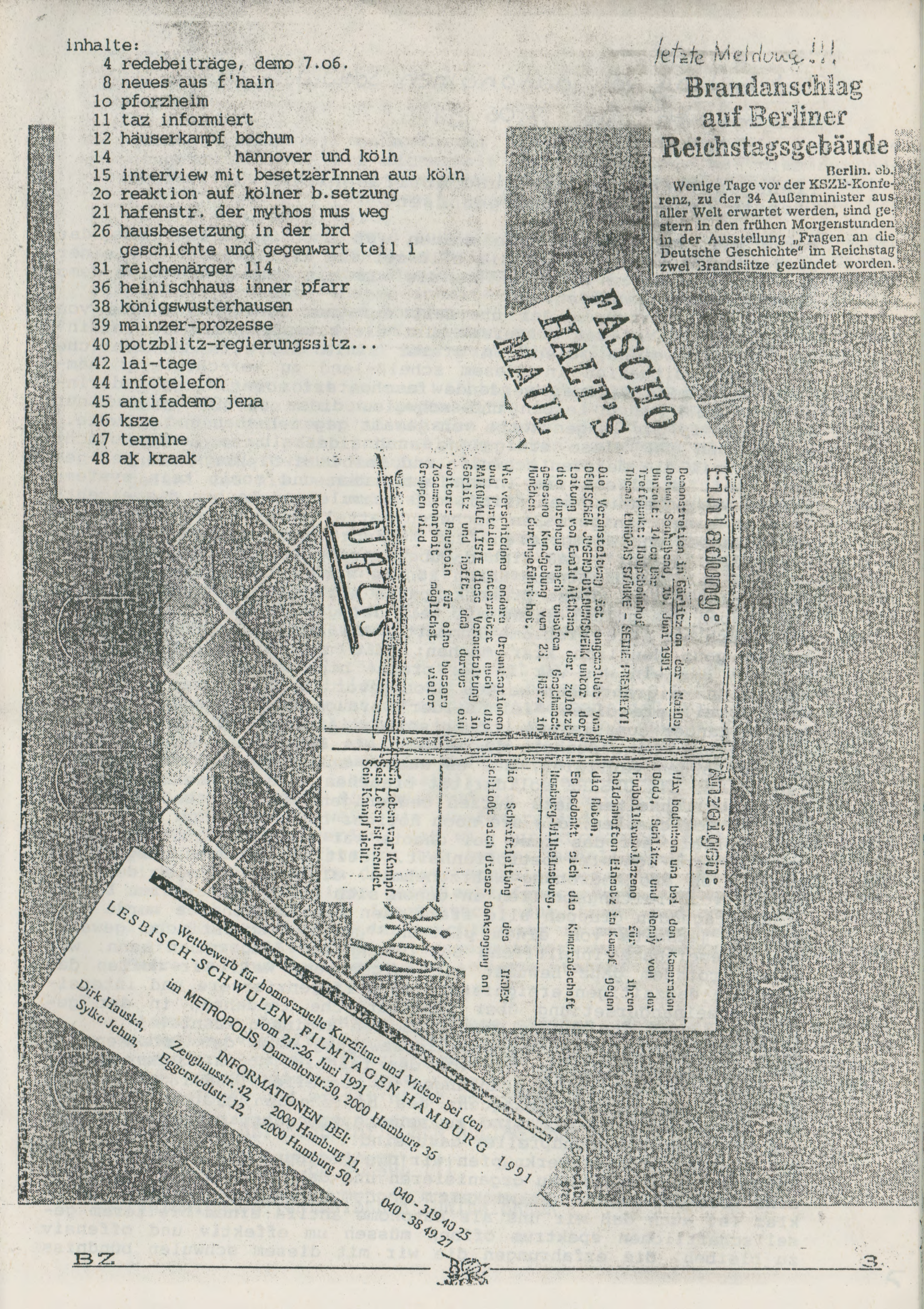
zum heft:
wir haben zwei redebeiträge zur demo vom o7.o6. mitreingenommen, weil die organisation der demo zum großen teil von lesbischen und schwulen besetzerInnen ausgegangen ist. ein bericht über die demo fehlt leider. ein wichtiger beitrag zur (vorerst beendeten?) diskussion über die rim kam von autonomen schwulen/schwulen autonomen in ihrem demoaufruf:
"die rim "untersützt den volkskrieg" des sendero luminoso (PCP) in peru. deren anführer gonzalo schreibt: "homosexualität muß als geschöpf des imperialismus ausgerottet werden." 1989 haben sie dies mit der ermordung von ca. 3o peruanischen schwulen praktisch durchgeführt. "zuerst erhalten sie einen brief, in dem ihnen "geraten" wird auf ihre sexualität zu verzichten, sich zu verstecken, oder abzuhauen. der zweite brief ist bedrohlicher: du hast 48 stunden das dorf zu verlassen, schwule sau! nach der dritten warnung findet mensch einen gevierteilten körper mit einem schild:"so sterben die bourgeois" (aus mensual, spanische schwulenzeitschrift, april 1991) ...
(liebe grüße ans terror-tunten-haus)
in der letzten bz hatten wir die nummer des schwulen überfalltelefons drin, leider war der druck so schlecht, daß mensch sie nicht lesen konnte. also west-berlin, 216 33 36

geklaut haben wir mal wieder aus unserer geliebten projektil: geschichte und gegenwart der hausbesetzungen in der brd. ein sehr lohnender artikel mit mehreren folgen, die wir nach und nach abdrucken wollen. besteladdresse projektil :c/o themroc, bremerstr. 42 44oo münster.
aus der land unter und aus der unfassba.

... bestellungen, artikel fotos an unsere addressen:
fachschaft lai (BZ) rüdesheimerstr. 54-56, 1ooo berlin 33
cafe subversiv (BZ) brunnestr. 7 1o54 berlin . bis denne

inhalte:

4 redebeiträge, demo 7.06.
8 neues aus f'hain
10 pforzheim
11 taz informiert
12 häuserkampf bochum
14 hannover und köln
15 interview mit besetzerInnen aus köln
20 reaktion auf kölner b.setzung
21 hafenstr. der mythos mus weg
26 hausbesetzung in der brd geschichte und gegenwart teil 1
31 reichenärger 114
36 heinischhaus inner pfarr
38 königswusterhausen
39 mainzer-prozesse
40 potzblitz-regierungssitz...
42 lai-tage
44 infotelefon
45 antifademo jena
46 ksze
47 termine
48 ak kraak



Redebeitrag von autonomen Schwulen / Schwulen Autonomen am 7.06.91.

liebe antifaschistinnen und antifaschisten!
liebste genossinnen und genossen!

warum wir heute diese demo machen ist euch ja sicher aus der presse bekannt. daß sogar die bild-zeitung mitblubbert, ist einer der unangenehmsten nebeneffekte die wir mit dieser bündniss-demo nicht bezwecken wollten.
daß in den zeitungen der überfall auf das fest bei chaote von mahlsdorf und auf das subversiv als "die katastrophen schlechthin" dargestellt werden, dient in erster linie dazu die tatsächliche politische situation in diesem scheiß-land zu verschleiern: nämlich der immer offener werdende fascho-terror gegen ausländerInnen, linke, frauen-lesben und schwule. diese überfälle sind nur ein glied in der langen kette von gewalt gegen lesben und schwule.
wir meinen daß diese ereignisse auch deshalb so hochgeputscht werden weil die meisten schwulen und lesben sich längst in der gesellschaft etabliert und integriert haben und somit kein systemkritisches potential mehr sind. daß schwule und lesben die eigentlich in einem einigermaßen sicheren sattel saßen jetzt wieder von rechtsradikalen angegriffen und öffentlich diffamiert werden, birgt die "gefahr", daß sich darüber ein politisierungsprozeß einleitet, der darauf hinausführen könnte wieder das ganze system in frage zu stellen. diese pressekampagne soll zum einen den schwulen und lesben das gefühl geben mit teil der gesellschaft zu sein, die sich auch um ihre probleme kümmert, und zum anderen den faschobanden ganz deutlich klar machen: "die nicht! schlagt weiterhin auf all das ein was wir in der presse nicht erwähnen." ausländerInnen und migrantInnen werden nachwievor in der presse nicht erwähnt, weil sie diese "feindbilder" brauchen um ihre politik des gegeneinander ausspielens und entsolidarisierens für ihre machterhaltung brauchen. deshalb dürfen wir als lesben und schwule nicht aus den augen verlieren, daß es ausser uns minderheiten in diesem land gibt, die UNSERE solidarität brauchen, und wir sollten unsere pressemöglichkeiten dazu nutzen denjenigen eine presseöffentlichkeit zu verschaffen, die sie noch nötiger haben als wir.
der überfall auf das fest bei chaote war auslöser für eine welle von lesbisch-schwuler betroffenheit. jetzt erst fangen bürgerliche schwule an die bedrohung wahrzunehmen. dies zeigte sich deutlich an den vorbereitungstreffen an denen sich von linxradikalen bis zu staatstragenden gruppen alle fraktionen beteiligten. es wurde klar daß es jenseits von einem platten "gegen faschistische gewalt" keine gemeinsame inhaltliche bestimmung der demo geben kann. wir haben trotzdem ganz bewusst mit aufgerufen, weil wir hoffen daß über die derzeitigen ereignisse eine differenziertere und intensivere auseinandersetzung über faschistische tendenzen in der gesellschaft mit den bürgerlichen schwulen beginnen könnte.
wir wollen nicht daß die schwulenbewegung nach dem "starken arm des staates" schreit um sie vor den faschistischen banden zu beschützen, sondern daß sie anfangen zu begreifen, daß faschistische gewalt die logische konsequenz des bestehenden systems ist. und daß sie endlich bereit sind zu sehen, daß patriarchat, rassismus und sexismus die grundpfeiler dazu sind!!
mit diesem bündniss verknüpfen wir die hoffnung daß schwule wieder anfangen sich selbst zu organisieren und daß sich daraus sowas wie eine "schwule antifa" entwickelt.
klar ist auch daß wir uns als autonome antifa einem breiterem gesellschaftlichen spektrum öffnen müssen um effektiv und offensiv zu bleiben. die erfahrungen die wir mit diesem schwulen bündniss

machen, können wir dann in der bündnisspolitik die wir als linke eingehen werden, mit sicherheit auch verwenden. bei dieser bündnisspolitik haben wir festgestellt daß unsere politischen inhalte als linxradikale verwässert werden und daß uns total schnell das wasser abgegraben wird.
wir stehen als autonome schwule und als schwule autonome zwischen den stühlen. uns ist es wichtig gewesen daß IHR, liebste genossinnen und genossen, bei dieser demo mitgeht. weil wir nur gemeinsam -wenn überhaupt- unsere inhalte offensiv und selbstbewusst an die öffentlichkeit tragen können.
hey, ihr autonomis: wir lieben euch alle! wir sind mit teil der autonomen struktur und überhaupt SIND WIR NUR GEMEINSAM STARK und bla bla
darüber hinaus ist es uns wichtig euch zu sagen daß ihr diejenigen seid, auf die wir uns gegenseitig bei unseren politischen kämpfen beziehen, denen wir am nähsten stehen und mit denen wir zum großen teil unseren politischen alltag leben. zusammen sind wir die, die dieses scheiß-land braucht, und wir sollten uns gegenseitig das gefühl und die bestätigung geben, daß das wie wir leben wollen der richtige weg ist, und daß es sich lohnt dafür gemeinsam zu kämpfen.
so gut kommt ihr trotzdem nicht weg: solange die heteros nur sagen daß schwul-sein okay ist und nicht wirklich anfangen ihre heterosexualität und deren strukturen aufzuknacken, wird die gemeinsamkeit leider nur abstrakt bleiben, weil ihr kein wirkliches gefühl zu grunde liegt. die heteros müssen endlich begreifen, daß das was wir mit "ausschließlicher heterosexualität" meinen, grundpfeiler des systems sind.
zwangsheterosexualität ist zutiefst patriarchal und sexistisch!!
die wenigen angeblich positiven beispiele einer heterosexuellen beziehung können einfach nicht wettmachen, daß die herrschende realität in den beziehungen katastrophal und unmenschlich ist; auch bei den autonomen. wir sagen das deshalb , weil wir als schwule männer die heterosexuelle zweierbeziehung als vorbild in unseren köpfen haben und dabei festellen in welchen emotionalen zwangsjacken wir stecken. die möglichkeit darüber nachzudenken haben wir oft nur deshalb weil wir unmißverständlich über unser mann-sein daraufgestossen werden, daß wir nur strukturen nachleben, die mit geschlechtern nichts zu tun haben. männlichkeit und weiblichkeit wird -abgesehen von der patriarchalen besetzung der begriffe- immer an dem jeweiligen geschlecht festgemacht, und heteromänner sehen sich immer als "gegenstück" zur frau, und umgekehrt. damit wird die existenz beider geschlechter im menschen verleugnet.
die ausschließliche heterosexualität wird somit der wirklichen befreiung zum menschen immer im wege stehen!

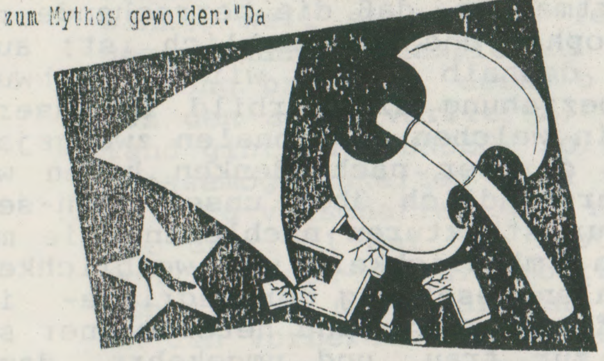
"lasst uns das gegebene in frage stellen, denn wenn wir die herrschenden verhältnisse nicht grundsätzlich in frage stellen und verändern werden wir sie immer nur in allen unseren lebensbereichen reproduzieren. jede unserer nischen funktioniert innerhalb des gefüges und kratzt nicht am system."

GEGEN DEN HETEROSEXISTISCHEN ALLTAGSTERROR !!

...LIEBER SCHWUL !!!

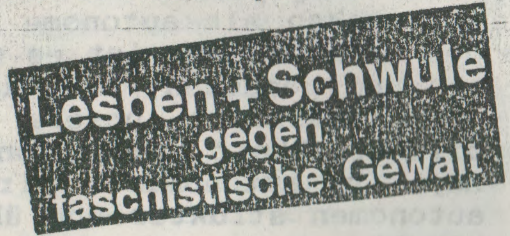
TUNTENTERROR TUNTENTERROR TUNTENTERROR

Wir Schwule sind in aller Munde. Wir hatten uns bisher weitgehend damit abgefunden, unser Coming-out auf Orte zu beschränken, in denen wir uns recht sicher bewegen können. Deswegen treibt es uns in die Ghettos der Städte. Für normal halten wir es weiterhin, beim Cruising oder auf der Klappe das Risiko einzugehen, zusammengeschlagen zu werden. Es passiert immer wieder, und je weiter wir uns von unseren Treffpunkten wegtrauen, desto geringer ist der Anlaß für frustrierte Männer, sich mit uns anzulegen. Berichtet wurde darüber allenfalls zweizeilig im Polizeibericht der Tageszeitungen.
Auf einmal sind wir Schlagzeilen wert. Das Frühlingsfest bei Charlotte in Mahlsdorf, wobei zwar nicht das Gründerzeitmuseum, wohl aber Mahlsdorf ein solcher Ort außerhalb unseres Schwulenghettos ist, wurde mit relativ glimpflichem Ausgang von Nazis überfallen. "Skins überfallen größte Berliner Homo-Party" tönen BZ und taz im Gleichklang. "Schwule und Lesben mobilisieren gegen Skins" titelt die BILDzeitung und berichtet wohl auch für viele Schwule vom "Überfall" auf's Cafe Subversiv, den vier stinknormale leichtbewaffnete Männer im Bewußtsein ihres "guten Rechts" ohne ernsthafte Folgen für uns verübten. Daneben gab es jeden Tag in allen Zeitungen Berichte über uns, die sich eindeutig gegen die Überfälle von Nazis und Männergruppen gegen Schwule und Lesben stellten.
Dieses Öffentlichmachen und Verurteilen der Gewalt gegen uns hat uns Mut gemacht, diese Demo hier nach Lichtenberg zu machen. Lichtenberg ist ein Stadtteil, in dem die Nazis mehr organisiert haben als woanders, das stimmt. Davon ab ist dieses Lichtenberg immer mehr zum Mythos geworden:"Da



und die Faschisten!". Diesen Mythos wollen wir mit dieser Demo zerstören. Denn Lichtenberg besteht nicht nur aus Faschisten, und umgekehrt gibt es faschistoide Männervereine und ebensolches Verhalten alltäglich in allen Stadtteilen. Diese Demo soll ein Anfang sein, uns überall zu zeigen und Schwulen und Lesben in Friedrichshain und Lichtenberg ihr Coming-out zu erleichtern!
Viele Schwule fordern mehr Polizeischutz für sich, was von den Medien breit aufgegriffen wird. Und auf einmal wird davon gesprochen, schwule und lesbische PolizistInnen einzusetzen. Die Bullen haben tatsächlich für diese Demo größtmöglichen Schutz zugesichert und stehen auf einmal vor'm Cafe Subversiv und passen auf, statt es zu durchsuchen oder zu räumen. Vielleicht sind es die gleichen, die das Tuntenhaus in der Mainzer geräumt haben?

Die Faschisten sind immer mehr bewaffnet und entschlossen, die Schwulen und Lesben sind es weitgehend noch nicht und nutzen das Angebot der Stunde, das die bewaffnete und organisierte Polizei uns bietet. Sicherheit beruhigt. Wirklich?
Nur wenn es unsre eigene ist! Wir wollen uns nicht auf das momentane Kalkül einer Ordnungsmacht verlassen. Was macht die Polizei hauptsächlich? Das uns Fremde,



das Recht der Besitzenden schützen und Bestrebungen dagegen zu erfassen und zu unterbinden. Es gibt die Polizei nur durch das Schutzbedürfnis der Privilegierten, also von Menschen, die Macht und Mittel haben, andere für sich arbeiten und sterben zu lassen. Die Polizei ist einer der alltäglichsten Bestandteile des Krieges von Herrschern gegen Beherrschte und ist im Inneren demgemäß ein System von Befehl und Gehorsam, das die Niedrigsten die Drecksarbeit machen läßt und um Begründungen dafür nicht lange sucht. Die Bosse bei den Bullen, beim Kapital, in der Verwaltung, in den Gewerkschaften und Parteien usw. eint ihr grenzenloser Männerwahn. Wie alle überzeugten Privilegierten gehen sie davon aus, daß ihr Status völlig natürlich ist, daß es immer oben und unten geben wird, daß es über Leichen zur eigenen "Erfüllung" des Lebens geht.
Diese Blutsaugereinstellung wird von weiten Teilen der deutschen Bevölkerung eifrig mitgetragen und praktiziert. Unbekümmert von einer eindeutig erkennbaren, ungerechten Verteilung des Reichtums ausgehend, wird das als (Menschen-)recht festgeklopft, was die Fortdauer dieser Schweinerei ermöglicht. Die Polizei schreitet ein bei Rechtsbrüchen, die sie ausmachen soll und will. Sie räumt besetzte Häuser, krallt Leute bei Ladendiebstählen, fahndet nach Leuten, die das staatliche Gewaltmonopol nicht akzeptieren, ermordet Menschen durch Abschiebung in Verfolgerstaaten und macht die Grenzen der reichen Metropolenstaaten immer dichter. Kurzum: sie bekämpft alle Ansätze von Menschen, sich über die festgeklopfte Klassengesellschaft hinwegzusetzen.
Den Schutz gegen die Faschisten bietet sie uns heute an, weil diese Demo ein spektakuläres Ereignis ist und weil die Ordnung, die die organisierten Neofaschisten sich vorstellen, im Moment noch nicht die ist, hinter der genug Macht und Geld stecken. Nach Ansicht der Herrschenden soll es die Skin-/Hool- und sonstwie Faschistengruppen trotzdem geben, weil Unzufriedenheit und Rebellion so in jedem Fall in eine Richtung gegen Befreiung gelenkt werden. Ihre Prinzipien von Führung einerseits und Fußvolk und Dreck andererseits werden dadurch quasi selbstorganisiert und mit enormem Gefühl mitgetragen. Es gibt eben keine faschistische Selbstbestimmung.

Es soll diese Männerbanden auch geben, weil sie einen Terror gegen die Menschen und eine Disziplinierung ermöglichen, die schwer in einen bürgerlich-demokratischen Rechtsrahmen paßt und den die Polizei legal nicht immer ausüben kann. Die Faschisten schaffen mit ihren Angriffen und Mordversuchen bzw. Morden an Nichtdeutschen und mit dem Klima der Angst, das sie erzeugen, eine größere Effektivität der inneren und äußeren Absicherung Deutschlands. In diesem Sinne läßt die Polizei sie gewähren bzw. geht mit ihnen eine Arbeitsteilung ein. Sie geht dann gegen Faschisten vor, wenn sie sich kontraproduktiv verhalten, also die sehr effektive Klassenordnung überziehen; eine grölende und zerstörende Fußballmeute ist zu unkontrollierbar.



Das Frühlingsfest bei Charlotte von Mahlsdorf ist ein Fest von Privilegierten, meist Weißen, die gleichzeitig Verfolgte sind.

Als offen Schwule brechen wir mit der weltweiten Norm, Frauen sexuell zu beherrschen und zu benutzen und werden damit zu einer inneren Bedrohung im Männerlager. Wir sind ein Beweis, daß es sexuelle Selbstbestimmung geben kann und werden von Männern angegriffen, die diesen Beweis auslöschen wollen. Denn für die meisten heterosexuellen Männer ist der Sex- und Gewaltverbund gegen Frauen und Lesben der rettende Strohhalm auch in der beschissensten Klassenlage. Es ist für sie ganz natürlich, Frauen zu benutzen, und wir Schwulen sind somit widernatürlich und pervers. Frühlingsfeste bei Charlotte, massenhafte Existenz von Klappen, Saunen und der ganzen schwulen Subkultur, Tuntendemos, Parties und Gruppen sind Orte, unser schwules Selbstbewußtsein zu finden und müssen immer wieder neu geschaffen werden! Sie reichen aber nicht aus, wenn sie auf`s Ghetto beschränkt bleiben.

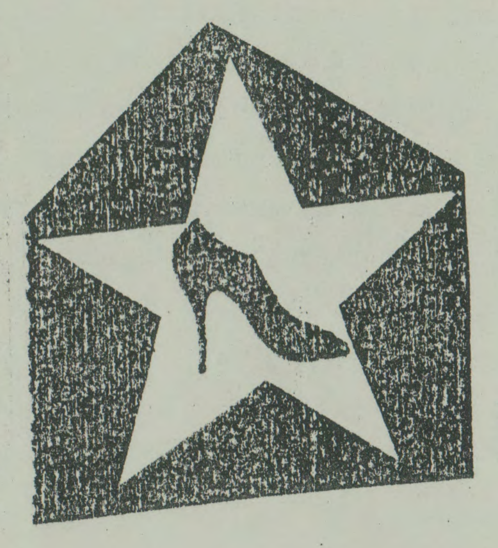


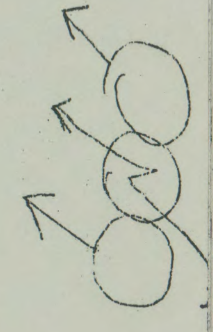
"Skins überfallen größte Berliner Homo-Party"!

Wir wollen nicht das kulturelle i-Tüpfelchen der bunten Weltstadt Berlin sein, als das wir von den Medien und Bullen behandelt werden. Diesen Beweis von Weltoffenheit und Toleranz wollen die Schweine in der freien westlichen Welt allerdings gewahrt wissen. Den schützen sie. Wo wir uns darüber hinaus organisieren, werden sie uns entweder selber angreifen oder dies den Männern und Faschisten überlassen, sobald wieder Gras über die Sache gewachsen ist. Sie haben es mit der Räumung des Tuntenhauses deutlich genug gezeigt. Orte wie das Tuntenhaus oder schwule WG`s sind Versuche, Männerliebe mit vielen zu leben und alltäglich zu machen. Wir haben gemerkt, daß wir dadurch mehr Kraft haben, gegen die Besitzverhältnisse und Zwänge dieser Gesellschaft vorzugehen -wozu wir als vereinzelte Schwule oder mit der schwulen Ehe als Erfüllungsort nie ehrlich in der Lage wären. Offenes schwules Leben steht gegen die Männermachtordnung und ihre Abläufe.

Wir kämpfen weiter gegen Kleinfamilie, Schul-und Erziehungsterror, Arbeitszwang, Knat-, Psychiatrie- und Isolationssystem. Wir leben unsere Bedürfnisse mit Männern direkt und intensiv aus, statt sie im Männerverein jeder Kulör in Gewalt gegen Frauen und Lesben und gegen Schwächere umzumünzen. Und somit werden wir um Selbstorganisierung, Selbstschutz und eine eigenständige Bewaffnung gegen Faschisten und gegen den Staat nicht umhinkommen.

Grenzen auf für alle! Bleiberecht für alle!
Befreiung statt Männerwahn!
Für eine lebendige Lesben-und Schwulendemo!





NEUES AUS F'HAIN:

ODER: BEWEGUNG AM ZWOTEN JUNI *

Am 2.6. war Kiezdemo im Friedrichshain. Nicht sehr viele, vielleicht hundert kamen zum Frankfurter Tor. Die Stimmung war nicht schlecht. Am Anfang wollten ein paar Bullen Leute angreifen, weil sie geschminkt waren und das als vermummt galt. Danach marschierten wir gutgelaunt durch den Kiez.

Unterwegs hielten wir Redebeiträge über den Lautsprecherwagen (den uns PDS gratis borgte) über die Hausdurchsuchung in der Kinzigstraße 9. Darauf gab es Ärger von der Einsatzleitung: von wegen nicht so provozierende Texte ---
Es wurde erinnert, daß am 2.6.'67 Benno Ohnesorg von dem Bullen Kurras getötet wurde; über die BEWEGUNG 2. JUNI; und einige andere Themen wie Umstrukturierung, Organiesierung gegen Neonazis ... angesprochen.

Am Frankfurter Tor wurde dann wieder aufgelöst und per Mundpropaganda beschlossen wir zum Alex zu fahren und auf die Hooligans zu warten. Die Hälfte der Demo kam geschlossen mit und keine Bullerei zu sehen.

Die gab es dann auf dem Alex zu sehen, ca. 20 Wannen 2 Wasserwerfer (etc.) WIR bestanden aus der Demogruppe, der türkischen Gang vom Alex und einzelnen Personen. Kleinere Hoolgruppen flitzten vor uns. Eine größere, hauptsächlich ältere kam an, hat sich mit uns vertragen. Sie schienen ziemlich blöd gewesen zu sein, aber keine Faschos.

Eine andere Hoolgruppe, die die Bullerei nicht an uns ranließ, schrie:"Nazis Raus!". Unter ihnen wurde ein bekannter Neonazi erkannt, so daß wir merkten, daß das nur Tarnung war. Kurze Zeit später räumte die Bullerei den Alex.

Eine Antifa-Gruppe von vielleicht vierzig machte sich auf dem Weg zum U-Bahnhof Schillingstr.. Dort flüchteten die selben Kiddiefaschos vor ihnen, wie auf dem Hinweg. Sie gingen zum Bahnhof Jannowitzbrücke, fanden keine Faschos und (es wurde langsam dunkel) zum Alex. Unter ihnen waren viele Ostkids, nicht zu wenig Frauen (aber noch nicht genung) Zusammen mit einer Handvoll Hools wurde noch ein Sixpack gejagt und in die U-Bahn geflüchtet. Viele Cops hinterher. Wegen des Sixpacks wurden einige Personalien aufgenommen, aber niemand verhaftet.

Ansonsten wurden tagsüber 2 Leute wegen Vermummung verhaftet.

* Aber BEWEGUNG 2.JUNI bedeutete auch, Banken zu überfallen und anschließend Schokoküsse für die Leute dazulassen, und dann auf dem Fahrrad oder im BVG-Bus zu flüchten.

BEWEGUNG 2. JUNI - das bedeutete (Zitat):
DEN BULLEN 'NE LANGE NASE DREHN? DEN STAAT AN ALLEN ECKEN UND ENDEN ANGREIFEN, IM STADTTEIL, IN DER SCHULE, IN DEN KNASTEN, DIE MACHENSCHAFTEN DER HERRSCHENDEN ÜBERALL DURCHKREUZEN, IM BETRIEB, IN DER GEWERKSCHAFT, IM TÄGLICHEN LEBEN!

EINER DER REDEBEITRÄGE ZUR F'HAINER KIEZDEMO AM 2.6.

Am 2.Juni 1967 wurde in West-Berlin der Student der Philosophie Benno Ohnesorg auf einer Demonstration gegen den Schah von Persien erschossen.

Der Schah und seine Frau kamen auf Staatsbesuch in die Stadt. Sie wollten zum Schöneberger Rathaus, wo sich schon ungefähr 3000 Leute versammelten. 1/4 von ihnen gehörten zur Gegendemonstration, weil der Schah das iranische Volk blutig unterdrückte und seine ganze Familie in mafiose Strukturen wie zum Beispiel Heroinhandel verstrickt war. Es kommt zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, provoziert von 80 bezahlten Schahanhängern.

Abends in der Deutschen Oper in Charlottenburg ein ähnliches Bild. Als der Pro-Schahschlägertrupp sich mit gemieteten BVG-Bussen naherte, flogen Steine, Eier und Farbbeutel, während das Orchester mit den Klängen Mozarts begann.

Draußen knüppelte die Bullerei ordentlich hinein, plötzlich schießt Polizeiobermeister Kurras auf Benno Ohnesorg, der ohnehin grade zusammengeknüppelt wurde, von hinten in den Kopf. Im Krankenhaus starb er später. Am nächsten Tag wurde allgemeines Demoverbot in Berlin angeordnet.

\- Soweit so schlecht -

Anfang der 70 er Jahre dan fing der bundesdeutsche Staat ernsthaft an zu zittern, denn der Terrorrismus trieb sein "Unwesen". Militante Stdtguerillas raubten, entführten und mordeten für die Revolution. In Berlin formierte sich die BEWEGUNG 2.JULI, in Anlehnung an den Mord an Ohnesorg.

Sie gründeten sich mit vielfältigen Ideen, unter anderem eine Alternative zur RAF zu schaffen, die in ihren Augen zu dogmatisch und hierarchisch aufgebaut war.

Die Leute vom 2.Juni waren eher anarchistisch und ihre Basis waren die Straßen von Kreuzberg (und Berlin).
1970 zogen 20 Leute mit Steinen, Mollies und Stangen bewaffnet zum Amerika-Haus und zündeten es an - aus Protest gegen den Einmarsch US-amerikanischer Truppen in Panama.

Einige Zeit später entführten sie Peter Lorenz, einen Cdupolitiker. Er hatte 700 Mark Bargeld bei sich, die verschenkten sie an eine Frau,mit einem mongoloidem Kind, die Lorenz vergeblich um eine Spende für Unterbringung in einem Heim angeschrieben hat. In seinen Papieren fanden sie einen Scheck über 10000 Mark als Spende für eine Wohnungsbaugesellschaft, den sie lieber einem Behindertenheim schenkten.

Die BEWEGUNG 2.JUNI tötete im Nov. 74 den obersten Richter von Berlin Günter v. Drenkmann der verantwortlich war für Prozesse und verurteilungen gegen die RAF und andere politische Gefangene.
Noch bis in die 80 er hinein folgten Brandanschläge auf Kaufhäuser und Banküberfälle.

Doch alles blieb nicht ohne repressive Folgen. Es folgten Verhaftungen und auch einige Tote, von denen die bekanntesten Georg v. Rauch und Tommy Weissbecker sein könnten, nach denen zwei ehemals besetzte Häuser in Berlin benannt wurden.

Noch immer sitzen welche im Knast, teilweise schon bis zu 15 Jahren.



Pforzheim, Stand Mai 91

Seit nunmehr 5 Jahren versuchen wir von der Stadt einige Räume zu bekommen, Räume, um unsere Freizeit so zu gestalten, wie wir es wollen, ohne Konsumzwang, ohne SozialarbeiterInnen und ohne städtische Kontrolle.
Unser Ziel ist es, im Autonomen Zentrum Konzerte zu veranstalten, politische und unpolitische Aktionen durchzuführen, ein Antifa - Info - Cafe zu betreiben, Volxküchen anzubieten und vieles mehr, worauf mensch Bock hat.
Nach unzähligen Anträgen und Besuchen im Stadtrat hat sich die Hinhaltetaktik der zuständigen Gremien aufs Neue bestätigt. Die ursprünglich auf den 05.02.91 angesetzte endgültige Gemeinderatssitzung wurde mal wieder verschoben. Sie soll voraussichtlich im Sommer stattfinden. Unsere Hoffnungen gehen allerdings zur Zeit sehr dem Nullpunkt entgegen.
Falls die mBaracke (sowas hat uns die Stadt in Aussicht gestellt) genehmigt werden sollte, dann wird sie hauptsächlich in Eigenleistung und mit Hilfe eines Sponsors, der Grundstück und Bodenplatte stellt, errichtet. Aber dieser tut dies auch nicht uneigennützig, sondern will das Grundstück in ca. 10 Jahren selber nützen. Diese Tatsache entspricht nicht unseren Wunschvorstellungen, aber im Augenblick ist dies die letzte legale Möglichkeit, von der Stadt Räume zu erhalten, da wir auch keinen Bock mehr haben, weitere 5 Jahre Anträge zu schreiben und uns von der Stadt verarschen zu lassen. Zur Zeit können wir das JUZ SCHLAUCH (Calwerstr. 3) noch nutzen, wo auch Konzerte veranstaltet werden und das Antifa - Info - Café (Mittwochs) stattfindet.

Einige PforzheimerInnen

P.S.: kommt alle zur

Tegetthoffstr. 1

Besetzt
* Geräumt *

diese Schweine !?

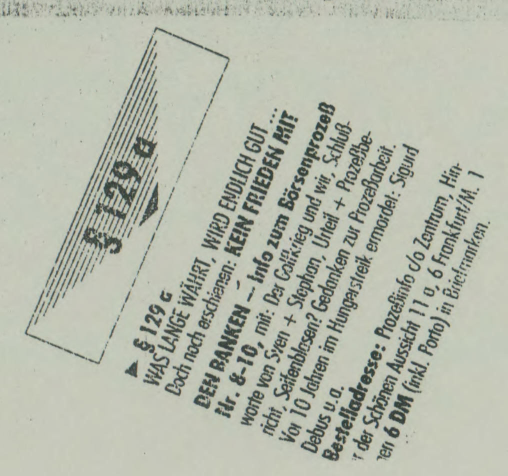
Besetztes Haus in Hamburg geräumt

Hamburg (ap) — Einen Tag nach der Hamburger Bürgerschaftswahl hat ein Gerichtsvollzieher gestern nachmittag damit begonnen, ein seit fünf Wochen besetztes Haus im Stadtteil Eimsbüttel zu räumen. Die Polizei mußte dabei nach eigenen Angaben zunächst nicht eingreifen. Am Morgen hatten die Beamten jedoch die Straße mit einem Wasserwerfer geräumt. Unterstützer der Besetzer hätten die Polizei angegriffen, als sie in das Haus eingedrungen sei, um die Personalien der rund 20 Besetzer festzustellen, behauptete ein Polizeisprecher.

Die Grün-Alternative Liste (GAL) verurteilte die Räumung. Die SPD habe im Wahlkampf „Stoppt die Miethaie" plakatiert, aber nur die Wahl abgewartet, um das Haus in der Tegetthoffstraße zu räumen, sagte die Bürgerschaftsabgeordnete Krista Sager. Der Strafantrag des Besitzers gegen die Besetzer habe schon seit Wochen vorgelegen. „Der Polizeieinsatz sei „provokant und überzogen" gewesen.

Hausbesetzung in Bochumer City

Bochum (taz) — Mitten in der Bochumer Innenstadt gibt es seit gestern wieder ein besetztes Haus. Etwa zwei Dutzend junge Leute drangen in der Nacht zum Donnerstag in das seit Ende 1990 leerstehende städtische Gebäude ein. Es gehe ihnen darum, einen Raum zu finden, „in dem wir gemeinsam leben können", heißt es in einem Flugblatt. Der Zeitpunkt der Besetzung wurde geschickt gewählt. Vom derzeit im Revier laufenden Kirchentag erhofft sich die Gruppe „eine breite Unterstützung". Das besetzte Gebäude, im Jahre 1881 als Verwaltungsgebäude des Amtes Bochum errichtet, steht unter Denkmalschutz. Bis Ende letzten Jahres wurden in dem Gebäude Aussiedler untergebracht. Nach Darstellung der Stadt soll das Haus im Herbst 1991 saniert werden. Bis dahin, so Sprecher Gutzmer, diene das Gebäude als „Raumreserve" für Flüchtlinge. Deren Wohnungsnot erscheine der Stadt „derzeit größer als die der Besetzer". Nach der Sanierung wolle man das Haus wieder als Verwaltungsgebäude nutzen. Die Stadt werde den Komplex auf jeden Fall „wieder in Besitz nehmen" und beabsichtige nicht, Gespräche mit den Besetzern zu führen, sagte Gutzmer der taz. Mit der Polizei werde derzeit über den Weg der Wiederinbesitznahme beraten. Ein Strafantrag sei noch nicht gestellt worden. Die BesetzerInnen, die schon gestern ein Café betrieben, möchten das Gebäude dagegen mieten. **J.S.**



§ 129 a

▶ § 129 a
WAS LANGE WÄHRT, WIRD ENDLICH GUT ...
Doch noch erschienen: **KEIN FRIEDEN MIT DEN BANKEN – Info zum Börsenprozeß Nr. 8-10**, mit: Der Golfkrieg und wir, Schlußworte von Sven + Stephan, Urteil + Prozeßbericht, Seitenblasen? Gedanken zur Prozeßarbeit. Vor 10 Jahren im Hungerstreik ermordet: Sigurd Debus u.a.
Bestelladresse: Prozeßinfo c/o Zentrum, Hinter der Schönen Aussicht 11 o, 6 Frankfurt/M. 1 gegen **6 DM** (inkl. Porto) in Briefmarken.

BRÜCKSTR. 33 BESETZT

Seit geraumer Zeit versuchen wir, einen Lebensraum zu finden, in dem wir gemeinsam leben können. Das geht nicht in den üblichen Mietskasernen, die voll sind von Vorschriften und Anonymität. Während unserer Bemühungen mußten wir feststellen, daß es darüberhinaus unmöglich ist, ein geeignetes Haus oder mehrere Wohnungen in einem Haus zu mieten. Das liegt jedoch nicht daran, daß es solche Objekte nicht gibt. Sie sind da und sie stehen leer. Leer deshalb, weil sich mit leerstehendem Wohnraum leichter Profit machen läßt und weil die Profitgier vieler HausbesitzerInnen größer ist, als der Wille gesellschaftliche Probleme (hier Wohnungsnot: mindestens 1 Millionen Obdachlose zieren Deutschlands Straßen) zu lösen.

In der Nacht vom 5. auf den 6. Juni haben wir nun zur Selbsthilfe gegriffen und das Haus BRÜCKSTR. 33 in Bochum besetzt. BesitzerIn ist die Stadt Bochum, die sich hier aufs heftigste in die Reihe der SpekulantInnen stellt. Früher nutzte die Stadt das Haus, das unter Denkmalschutz steht, zu Verwaltungszwecken und überließ es jetzt lange genug sich selbst. Nun sind wir eingezogen und werden versuchen, unsere Vorstellungen vom gemeinsamen Leben umzusetzten. Das soll gerade nicht bedeuten, daß wir uns abschotten, sondern daß wir am "öffentlichen Leben" teilnehmen werden. Dafür haben wir als ersten Schritt ein Cafe´eröffnet, in dem wir eine Volxküche eingerichtet haben. Darüberhinaus gibt es Musik und Theater. Auch wollen wir Gruppen die Möglichkeit bieten, sich zu treffen.



WOHNRAUM FÜR ALLE, ABER FIX

"Im Ruhrgebiet gibt es keine Wohnungsnot, nur einen erhöhten Wohnungsbedarf" verkündete Mathias Sprenker, Vorsitzender des Verbandes Ruhr der Haus und GrundeigentümerInnen in der WAZ vom 11.6.90 und beruhigte mit dieser verlogenen Aussage keinesfalls unsere Gemüter. Für jedeN, der/die sich um Wohnraum bemüht, ist diese Aussage ein Schlag ins Gesicht. Nicht nur die der Presse gegenüber geäußerten Aussagen der VermieterInnen werden immer unverschämter, sondern auch ihr Verhalten gegenüber Wohnungssuchenden.

diskriminierung von randgruppen (z.b. ausländerInnen) und frauen sind nicht die ausnahme sondern die regel im kampf um wohnraum. die dadurch entstehende vereinzelung der menschen (unvermeidbar-es konkurrenzdenken), macht es den für die wohnungsnot verantwortlichen noch einfacher ihre interessen durchzusetzen. verantwortlich sind nicht nur die leute aus der wohnungswirtschaft, sondern unsere ach so besorgten politikerInnen. nicht selten finden wir sie schließlich in den vorständen der wohnungsbaugesellschaften wieder.

auch hier in bochum läßt sich die forcierung von wohnungsnot durch die stadtpolitik nachweisen. so wurde z.b. während der leerstandskampagne des mietervereins im sommer 89 innerhalb von 14 tagen über 60 leere häuser gemeldet. die stadt bochum griff hier nicht ein, obwohl sie die möglichkeiten dazu hat. nach der nrw zweckentfremdungsverordnung '81 ist es der stadt möglich, leeren wohnraum zu beschlagnahmen oder mit geldbußen von bis zu 20000dm pro wohneinheit zu belegen. dabei gilt wohnraum als zweckentfremdet, wenn er mindestens drei monate ungenutzt ist oder zu anderen zwecken dient. (z.b. gewerbe).

auch über die grenzen bochums hinaus hat die zweckentfremdungsverordnung meist nur propagandacharakter. so sagt selbst r. wieg sprecher des haus-, und wohnungs- und grundeigentümerInnenvereins in bochum am 19.10.89 in der waz: " an diese verordnung im zusammenhang mit wohnungsleerstand hat sich bisher kaum jemand rangetraut." stadtsprecher grutzmer meinte dazu:" das mittel der beschlagnahmung haben wir nie eingesetzt und wollen es auch nicht." (waz 31.3.89). selbst die angeblich aller engagiertesten stadtregierungen mit sozialdemokratisch-grüner beteiligung ignorieren diese mieterInnenfreundliche möglichkeit, wie z.b.frankfurt.

V.i.S.d.p. : besetzer/innen
Bückstr. 33
4630 Bochum

statt gegen die eklatante wohnungsnot vorzugehen, wird diese von den komunen hand in hand mit der industrie durch umstrukturierungsmaßnahmen verschärft. umstrukturierung das heißt alte strukturen werden hemmungslos zerstört. früher bildeten wohnung und arbeit eine einheit, die meist auf einen citynahen stadtteil bezogen war. die zumeist aus altbau bestehenden viertel wurden saniert, d.h. die wohnqualität erhöht durch isoverglasung, wc, e.t.c.. nur leider war es nicht so, daß die mieten identisch blieben. sie gingen sprunghaft in die höhe. die folge war, daß weder die angestammten mieterInnen noch die alteingesessenen geschäftsleute die summen aufbringen konnten, um in ihren vierteln bleiben zu können. eine logische konsequenz war die erzwungene abwanderung in die außenbezirke. ghettos bildeten sich in den trabantenstädten wie zum beispiel in der hustadt.

die menschen, die vorher soziale kontakte in ihrer nachbarschaft aufrecht erhalten konnten, waren nun in die isolation und annonymität abgedrängt. in die luxussanierten viertel zogen immer mehr dienstleistungsbetriebe und wenige menschen, die die höheren mieten bezahlen können. eine für alle sichtbare konsequenz ist die gleichförmigkeit der innenstädte. durch die umstrukturierung wurde und wird nicht nur das wohnen verändert, sondern auch und vor allem die gewachsenen sozialen strukturen. denn aus isolation und vereinsamung heraus ist es nur für wenige möglich, sich zu wehren; ja sogar sich anderen mitzuteilen und auszutauschen, um gemeinsam gegen die vorherrschenden zustände widerstand zu leisten.

isolation führt auch dazu, daß man/frau probleme wie arbeitslosigkeit, sozialhilfeabhänigkeit e.t.c. als"private" probleme ansehen und nicht als solche, deren ursachen in der brd-gesellschaft+ordnung liegen. eine ordnung die nur an profit und leistung orientiert ist. die in den ghettos verstärkt entstehende agression richtet sich allerdings nicht gegen diese staatsordnung, sondern vor allem gegen frauen, kinder, ausländer-/innen, flüchtlinge, e.t.c....

aggressionen werden also auf unschuldige menschen umgelenkt. das darf nicht so weiter gehen! es ist höchste zeit, die schuldigen anzugreifen.

Stichwort: "Brückstr. bleibt" / BLZ 43050001, Kto.Nr.: 137077392

INTERVIEW MIT EINIGEN LEUTEN AUS DER CAFE-KOMBO

Wir haben das Interview direkt am ersten Tag der Besetzung in der Keupstraße am 27.4.91 gemacht, d.h., daß fehlt, was sich im internationalistischen Cafe in den fünf Tagen der Besetzung entwickelt hat.

AGITARE: IHR HABT HEUTE IN DER KEUPTSTRAßE IN MÜHLHEIM DAS HAUS HIER BESETZT. UND IHR SEID LEUTE VON DEN AUTONOMEN ANTIFAS UND TÜRKISCHEN ANTIFAS. KÖNNT IHR MAL EIN BIßCHEN ERZÄHLEN, WIE DAS MIT DER BESETZUNG ENTSTANDEN IST UND WAS IHR DAMIT WOLLT?

BERNI: DER AUSGANGSPUNKT, WO WIR UNS MIT DEN TÜRKISCHEN ANTIFAS GETROFFEN HABEN WAR EIGENTLICH, MIT DENEN ZUSAMMEN ZU REDEN UND SOWAS WIE HIER ZU VERSUCHEN; ZWISCHEN DEUTSCHEN UND TÜRKISCHEN LEUTEN MAL MEHR WAS ZUSAMMEN AUF DIE REIHE ZU KRIEGEN.

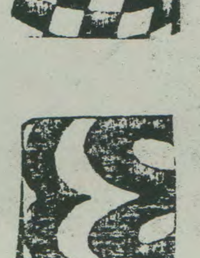
WOLLE: DAß DIESER INTERNATIONALISTISCHE ASPEKT NICHT NUR IMMER IN DER FORM, WIE ES BEI UNS JA OFT PASSIERT, LÄUFT; DAT IN IRGENTWELCHEN FLUGIS ÜBER LEUTE GEREDET WIRD, ALSO ÜBER IMMIGRANTINNEN UND WAS WEIß ICH, SONDERN DAß DIESER INTERNATIONALISTISCHE ASPEKT HIER PRAKTISCH ZUM TRAGEN KOMMT. DAß WIR AUS UNSEREM POLITISCHEN GETTO, INDEM WIR UNS ZUR ZEIT BEWEGEN, DAß WIR DA NEN STÜCK WEIT RAUSKOMMEN. UND DARÜBER DANN AUCH NEUE BEWEGUNG REINKRIEGEN, WO SO AUCH -SAG ICH JETZT MAL HOCHGESTOCHEN- IRGENTWIE ´NE REVOLUTIONÄRE PERSPEKTIVE MÖGLICH ERSCHEINT.

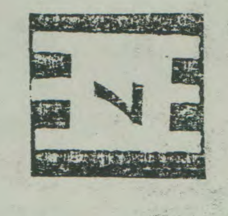
ERNI: DIE GRUNDLAGE, AUF DER WIR UNS AM ANFANG GETROFFEN HABEN, WAR SCHON DAS ANTIFA-THEMA. ABER WAS DER WOLLE GERADE GESAGT HAT, IST UNS WICHTIG DA REINZUTRAGEN, DAMIT DIE POLITIK HALT NICHT IMMER DABEI STEHEN BLEIBT SICH MIT FASCHOS ZU PRÜGELN.

AGI: WAR DAS JETZT EHER ZUFALL, DAß IHR NACH MÜHLHEIM GEGANGEN SEID UND HIER DAS HAUS BESETZT HABT, ODER WOLLTET IHR GANZ BEWUßT HIER IN DIESES VIERTEL?

BERNI: ALSO DAS WAR SO: ERSTMAL WARS´N ZUFALL, DAß DIESES HAUS VON NER GRUPPE VON LEUTEN ZUM BESETZEN AUSGESUCHT WURDE. DABEI GINGS JA NOCH UM DIE SUCHE NACH NEM NEUEN AUTONOMEN ZENTRUM. DAS HAT SICH JA DANN ZERSCHLAGEN, ALSO DAS WAS KLAR: DAS KANN HIER NICHT DER ORT FÜR EIN AUTONOMES ZENTRUM SEIN. WIR FANDEN MITTLERWEILE DIE GEGEND TOTAL GUT UND HABEN ÜBERLEGT, MIT DEN TÜRKISCHEN LEUTEN ZUSAMMEN DAS PROJEKT GENAU HIER ZU MACHEN. ALSO DAS PROJEKT WIE ES JETZT HIER LÄUFT, DAß WIR UNTEN EIN INTERNATIONALISTISCHES CAFE MACHEN, DAS HÄTTEN WIR UNS IN NEM ANDEREN VIERTEL NICHT VORSTELLEN KÖNNEN. DAS WOLLTEN WIR SCHON GENAU HIER HABEN. UND DESHALB WAREN WIR AUCH SCHARF AUF GENAU DIESES HAUS HIER; WEIL ES SO ENG AN DEN LADEN DAUNTEN, AN DIE STRAßE GEKNÜPFT IST. WAS MAN JA HEUTE AUCH TEILWEISE AN DEN REAKTIONEN UND AN DER GANZEN









STIMMUNG GESEHEN HAT. DIE WAR SONST IN ANDEREN GEGENDEN NOCH NIE BEI NER BESETZUNG SO GUT WIE HEUTE. ES KOMMT EINFACH VIEL SOLIDARITÄT VON LEUTEN AUF DER STRAßE, INTERESSE UND SOWAS. UND DAS IST ENG HIER AN DAS VIERTEL GEKNÜPFT. FÜR UNS IST DAS AUCH EIN BIßCHEN PROBLEMATISCH, WIR WOHNEN HIER NICHT, WIR KOMMEN VON AUßEN IN EIN VIERTEL REIN. WIR HABEN SCHON ALS PROBLEM THEMATISIERT, DAß ES SCHNELL SOWAS AUFGESETZTES SEIN KANN, WENN MAN SICH HIER IN DEN STRUKTUREN NICHT SO AUSKENNT. UND ES WAR FÜR UNS NATÜRLICH TOTAL GUT DIE BESETZUNG MIT DEN TÜRKISCHEN UND KURDISCHEN LEUTEN ZUSAMMEN ZU MACHEN, WEIL SIE SCHON EHER ZUGANG ZU AUSLÄNDERN HABEN, WO WIR KAUM KONTAKTE HABEN, AUCH HIER IN DER STRAßE NICHT. VIELE VON IHNEN KENNEN FAMILIEN, DIE HIER WOHNEN, KENNEN HALT DAS LEBEN HIER IN DER STRAßE. WIR HABEN LUST, WAS DAVON MITZUKRIEGEN. DAFÜR WAR´S UNS AUCH WICHTIG, DAS ZUSAMMEN ZU MACHEN. DA KAM HALT VIELES ZUSAMMEN. EINMAL, DAß WIR NETTE LEUTE GETROFFEN HABEN, MIT DENEN WIR AUF EINER WELLENLÄNGE LIEGEN-POLITISCH- UND DANN DIESES HAUS HIER UND DIE IDDEE, ZUSAMMEN HIER ÜBER DEN LADEN ´NE STADTTEILARBEIT ZU MACHEN.

WIR STELLEN UNS VOR, DAß BESTEHENDE MIETERINNENINITIATIVEN HIER DIE RÄUME ALS VERANSTALTUNGSRÄUME NUTZEN. WIR WOLLEN VERSUCHEN, HIER NEN AUSTAUSCH AUF DER CAFE-EBENE UNTEREINANDER, AUCH MIT LEUTEN, DIE HIER UM DIE ECKE WOHNEN, HINZUKRIEGEN, AUCH FÜR TÜRKISCHE JUGENDLICHE. ODER EINFACH SO RÄUME, WO SACHEN ZUSAMMEN LAUFEN KÖNNEN. NICHT IMMER UNTER DEM ASPEKT: WIR PLANEN DIE UND DIE AKTION. TROTZDEM ABER AUCH GUCKEN, WAS MAN ZUSAMMEN AUF DIE BEINE STELLEN KANN.

AGI: KANNST DU AUCH MAL SAGEN, WIE DAS FÜR EUCH ALS TÜRKEN ODER KURDEN IST, ZU BESETZEN? ICH STELLE MIR DAS ERSTMAL SCHWIERIG VOR, WEIL IHR HIER JA AUSLÄNDER SEID UND SO MIT DER REPRESSION JA STÄRKER KONFRONTIERT SEID- ABSCHIEBUNG UND SO.

CEMAL: FÜR UNS HAT SICH ERSTMAL DIE FRAGE GESTELLT, WAS MACHEN WIR, MIT WELCHEN LEUTEN MACHEN WIR ÜBERHAUPT BESTIMMTE SACHEN ZUSAMMEN. DA WAREN WIR AUF DER SUCHE, ÜBERHAUPT BESTIMMTE INSTITUTIONEN ZU ERREICHEN, MIT DENEN WIR AUF UNSERE PROBLEME AUFMERKSAM MACHEN KÖNNEN. IN DIESER POLITISCHEN AUSEINANDERSETZUNG SIND DIE AUTONOMEN FÜR UNS IMMER DIE GRUPPE GEWESEN, MIT DER WIR SCHON

Häuserkampf Hannover **Häuserkampf**

Pressseerklärung des Anti-Expo-Bündnis zu dem Polizeieinsatz auf dem Sprengelgelände am 19.2.91

Was ist passiert ?
Am 19.2.91 rückten morgens um 8.oo h mehrere hundert Polizeibeamte an, um einen Walkman, einen Fernseher und eine Stereoanlage im Mitteltrakt sicherzustellen - angebliches Diebesgut aus dem Werkhof!
Da ein angeblicher Zeuge ausgesagt haben soll, in der Kofferfabrik seien 400 Molotow-Cocktails gelagert, mußte natürlich erst die Kofferfabrik durchsucht werden.
Die Schaufelderstr. war gesperrt. Mehrere umliegende Häuser und die Post hatten keinen Strom mehr, Telefonzellen funktionierten nicht mehr - aus "Sicherheitsgründen" war dieser Erlaß ergangen.

Was mußten wir einen Tag später feststellen ?
Die gesamten Anschuldigungen haben sich erübrigt.
In der Kofferfabrik wurden keine Molotow-Cocktails gefunden. Auf dem gesamten Gelände konnte kein Diebesgut sichergestellt werden.

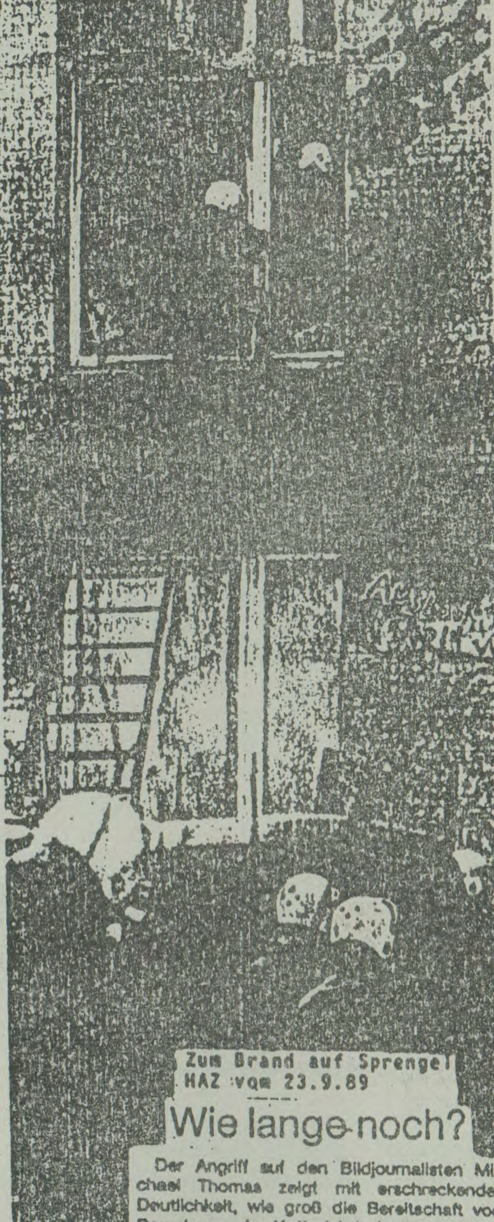
Dieser Polizeieinsatz war der Versuch einer gezielten Provokation und kann in dieser ausgeführten Dimension nur als militärisches Planspiel und Manöver bezeichnet werden. Politisch unbequeme Gruppen sollen, mit dem gesamten Staatsapparat konfrontiert, aus dem Weg geräumt werden.
Unbequem sind die SprengelbewohnerInnen nicht nur, weil sie sich den Ort zum Leben genommen haben, sondern auch, weil sie sich aktiv in das politische Leben dieser Stadt einmischen, z.B. als EXPO-GegnerInnen!

Alles was den Plänen der Stadt und ihrer ausführenden Organe im Wege steht, will sie beseitigen - und es gibt mehrere Möglichkeiten. Diesmal wurde die militärische Option gewählt.
Oder wie soll man die Verhältnismäßigkeit von 500 Polizeikräften und 71 mit undefinierbarer Flüssigkeit gefüllten Flaschen sonst bezeichnen ?

Die geforderte Gewaltverzichtserklärung macht einen Sachverhalt besonders deutlich: Die SprengelbewohnerInnen sollen sich unterwerfen. Unterwerfen unter das Diktat derjenigen, denen offensichtlich die Argumente ausgegangen sind, die stattdessen nur noch in militärischen Kategorien denken können. Dieser Akt der Unterwerfung soll nicht im Handeln offensichtlich werden, sondern im Verhalten. Jeder Gedanke an politisch selbstbestimmtes Handeln soll aus den Köpfen gezwungen werden, mit der Drohung ansonsten jegliche Existenzberechtigung verwirkt zu haben. Das verstehen SIE also unter politischer Streitkultur.

Wir fordern die Stadt und alle Verantwortlichen auf, den Terror und die Medienhetze gegen die BewohnerInnen des Sprengelgeländes sofort einzustellen!

Hannover 22.2.91



Zum Brand auf Sprengel
HAZ vom 23.9.89

Wie lange noch?

Der Angriff auf den Bildjournalisten Michael Thomas zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie groß die Bereitschaft von Bewohnern der Kofferfabrik ist, nackte Gewalt anzuwenden. Jene, die vorgeben, friedlich ein alternatives Wohnprojekt verwirklichen zu wollen, haben ohne Zweifel Kriminelle in ihren Reihen. Sie terrorisieren schon viel zu lange ihre Nachbarn in der Nordstadt. Mit Farbschmierereien fing es, dann flogen Farbbeutel, Flaschen, Steine und Stahlkrampen auch gegen Feuerwehr und Polizeibeamte, die sich schon lange nicht mehr auf das Gelände trauen, um ihre Pflicht zu tun, nämlich Straftaten zu verfolgen. Es gab Treibjagden auf Journalisten, die im Umfeld der Schaufelder Straße ihrer Arbeit nachgehen wollten. Bislang war es ihnen gelungen, den meist vermummten Gewalttätern unversehrt zu entkommen.

Die hinterhältige Attacke in der Nacht zum Freitag verleiht der Entwicklung auf dem Sprengelgelände eine neue Dimension. Heute ist es ein unliebsamer Journalist, morgen vielleicht ein Polizist im Einsatz und übermorgen der Nachbar von gegenüber, den sich die Vermummten aufs Korn nehmen.

Wer glaubt eigentlich noch daran, daß die Gewalttäter unter den Sprengelbewohnern wieder in die Gesellschaft zurückgeholt werden können? Sie haben sich hinter Fäusten und Knüppeln verschanzt, aus dem Sprengelgelände eine beängstigende Festung gemacht. Ihr Kontakt zur Umwelt besteht nur noch aus einer Kette von Provokationen. Die jungen Leute auf dem Sprengelgelände haben vielleicht noch Anspruch auf Mitleid, weil sie verblendet sind. Den Anspruch auf ein Wohnrecht in der Schaufelder Straße haben sie längst verwirkt. -ll-

...und Köln!

DIE HÄUSER GEHÖREN UNS !

Wir haben heute das Wohnhaus in der Keupstr.116 besetzt. Verantwortlich für den bisherigen Leerstand des Hauses ist die Immobilienfirma "Grund & Boden". Diese Firma ist im Besitz der STADT KÖLN. "Grund und Boden" hat das Haus in den letzen Jahren systematisch entmietet und damit die Zerstörung von billigen Wohnraum mutwillig herbeigeführt.
Bei der verzweifelten Lage auf dem Kölner Wohnungsmarkt - wo kaum noch eine Wohnung zu finden ist, die ein Normalsterblicher auch bezahlen kann - ist dies für sich genommen schon eine ungeheure Schweinerei.
Noch schlimmer wird dieser Zustand aber noch durch die Tatsache, das beim Kölner Wohnungsamt über 40 000 Wohnungssuchende (davon 4200 Obdachlose) registriert sind. Tagtäglich müssen sich dort Hunderte von der städtischen Behörde schikanieren lassen, während die STADT KÖLN gleichzeitig MieterInnen eiskalt vor die Tür setzt und leerstehenden Wohnraum zumauert.
Doch diese ganze Angelegenheit ist nicht ein Akt der Willkür, sondern sie hat System. Mühlheim ist ein sogenanntes Sanierungsgebiet. Sanierung heißt erstmal, das die Wohnhäuser modernisiert und die Straßen schöner gemacht werden sollen. Fragt sich nur: Für wen?
Sanierung bedeutet nämlich in den meisten Fällen, daß die alten Mieter aus ihren Wohnungen rausgeschmissen und in die Betongettos wie Chorweiler oder Stammheim vertrieben werden. Nach der Modernisierung der Häuser steigen dann die Mieten oft bis ums Dreifache, was zur Folge hat, daß dort fast nur noch Leute mit einem dicken Geldbeutel einziehen können.
Die Stadtplaner bezeichnen dieses Sanierungsziel als "qualitativen Bevölkerungsaustausch", was nix anderes heißt wie "ARME RAUS - REICHE REIN".

ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN

Aber wir müssen uns längst nicht alle: gefallen lassen. Es gibt einige Mittel un Wege, um uns gegen diese Geschäftema cherei auf unsere Kosten zur Wehr zu set zen. Doch wir müssen es gemeinsam tun den einzeln machen sie uns immer fertig.
Mit MieterInnenversammlungen und einen gemeisamen Ausnutzen aller juristische Möglichkeiten ist schon so manchem Haus eigentümer die Suppe versalzen worden. Und auc Hausbesetzungen haben schon öfter de Profitgier einen Strich durch die Rechnun gemacht.

Wir wissen, das viele Leute in diesem Vierte Hausbesetzungen unterstützen. Diese Unter stützung ist wichtig - nicht nur für uns Solidarische Beziehungen sind schon imme die notwendige Grundlage dafür gewesen um sich gegen die vielen alltägliche Schweinereien wehren zu können. Deshal wollen wir im besetzem Haus zusammen mi unseren türkischen Freunden ein gemeinsa mes Cafe betreiben. Hier können wir uns di Bedingungen schaffen, aus denen herau wir alle zusammen gegen die unmenschlich Wohnungspolitik und gegen all die andere Probleme, mit denen uns die Bonzen da Leben schwer machen, gemeinsam kämpfe können. Wir wollen in unserem Cafe Ideer Vorschläge und Informationen austausche und die solidarischen Beziehungen mit unse ren türkischen, italienischen, kurdische arabischen und deutschen Nachbarn ve tiefen. Es geht uns darum, die Solidarität i die ganze Breite des sozialen Lebens hinei zutragen. Das nennen wir INTERNATIONAL SOLIDARITÄT !

DIE GRUPPO SETZTE DEN BESETZER/INNEN EIN ULTIMATUM BIS ZUM 1.MAI MITTAGS, DEM DIESE NATÜRLICH NICHT FOLGE LEISTETEN. AM 2. MAI 6 UHR MORGENS WURDE GERÄUMT. 22 BESETZER/INNEN WURDEN VORÜBERGEHEND !!! ACHTEINHALB STUNDEN AUF DEM WAIDMARKT FESTGEHALTEN UND SOFERN SIES NOCH NICHT WAREN ED-BEHANDELT. ABENDS UM 6 UHR GABS NE DEMO DURCH DIE KOLBSTR. ES WIRD GEMUNKELT DAS DAS NOCH LANGE NICHT ALLES WAR.

ANWOHNERN 15-20 BROTE GESPENDET WORDEN. VIER MONATE HATTEN WIR MIT DENEN DISKUTIERT UND EINE RESONANZ BEKOMMEN. DIESE LEUTE SIND GANZ SPEZIELL BETROFFEN, WAS WOHNUNGEN ANGEHT. SIE SIND EINE KLASSE INNERHALB DIESER GESELLSCHAFT, DIE AM MEISTEN DAVON BETROFFEN IST. DIE IMMER GETTOISIERT WIRD UND DAS NICHT AKZEPTIERT. SIE SAGEN:" WIR SIND SEIT 20/30 JAHREN HIER UND MÖCHTEN MIT ALLEN ZUSAMMEN LEBEN UND AKZEPTIERT WERDEN. DAS IST UNSER RECHT."ABER WEGEN DER REPRESSALIEN HABEN SIE ANGST, WAS ZU MACHEN; ABER SIE SIND AUCH NICHT DAGEGEN, WENN IRGENDWELCHE LEUTE WAS AUF DIE BEINE BRINGEN. DAS WAR AUCH EINE SEHR GUTE ERFAHRUNG, DAß MAN DERARTIGE SACHEN SO PLANEN MUß, AN DIE LEUTE EINFACH HERANGEHT.

AGI: IST DENN DIESE GEGEND VON KAPUTTSANIERUNG UND VERDRÄNGUNG DER LEUTE, DIE HIER LEBEN, BEDROHT? GIBTS DA KONKRETE PLÄNE VON DER STADT?

C.: ALSO ES GIBT KONKRETE PLÄNE VON DER STADT.ZUR SANIERUNG HIER. HEUTE HABEN UNS AUCH LEUTE ANGESPROCHEN, DIE DAMALS IN DIESEM HAUS GEWOHNT HABEN. SIE WOHNEN JETZT IN DER GEGEND AUßERHALB VON KÖLN, OLPE, LEVERKUSEN UND SO.

AGI: AUSLÄNDISCHE...?

C.: ..OH JA, DAS SIND ÜBERWIEGEND AUSLÄNDISCHE LEUTE, DIE DAHIN ABGEDRÄNGT WERDEN. DESWEGEN SIND SIE AUCH BEUNRUHIGT.

WOLLE: ES GIBT HIER SON GESAMMTKONZEPT FÜR DIE KEUPSTRAßE, MÜHLHEIM UND DIE HIER ANGRENZENDEN BEREICHE, WAS UNTER DEM STICHWORT "BLOCKENTKERNUNG"LÄUFT. DA IST DANN VORGESEHEN, DIE HINTERHÖFE UND DIESES GANZE UNÜBERSICHTLICHE, WIE DER NAME SCHON SAGT, ZU ENTKERNEN. MIT DEN ÜBLICHEN TRIX, HIER SOLL NEN KINDERGARTEN REIN, WO SIE MIT PLÄTZEN PLANEN, DIE ÜBERHAUPT NOCH NICHT AUSGELASTET SIND. DIE LEUTE HABEN HIER SO KLEINE SCHREBERGÄRTEN. DAS SANIERUNGSKONZEPT SIEHT VOR, DAß DAS ALLES PLATT GEMACHT WIRD. UND DAGEGEN WEHREN SICH DIE LEUTE AUCH.

AGI: UND WIE WEHREN SIE SICH?

BERNI: ÜBER DIESEN MIETERVEREIN ZUM BEISPIEL, DIE HABEN LETZTENS Z.B. 400 UNTERSCHRIFTEN GESAMMELT GEGEN DIESES BLOCK..ÄH

WOLLE: ..ENTKERNUNGS-

BERNI: JA, ÄH, KONZEPT.

ALSO DIESES BLOCKENTKERNUNGSKONZEPT... ICH HAB DAS MAL IN NER ANDEREN STADT IN NEM HAUS, WO ICH GEWOHNT HAB, VERFOLGT. DA WAR ICH IM STADTHAUS, UND DA STAND SON MODELL VON DEM WOHNBLOCK IN DEM ICH GEWOHNT HAB. UND HAB NEN GANZ BEGEISTERTEN SACHBEARBEITER GETROFFEN, DER MIR ALLES ERZÄHLTE:"DA KOMMT DANN NUR WIESE HIN



UND DIE BÜSCHE WERDEN ALLE NUR SO HOCH" UND DAS WÄRE ALLES SO KRIMINALITÄTSEINDÄMMEND UND ÜBERSICHTLICH. UND ICH DENKE MIR, DAß DAS SACHEN SIND, DIE HIER AUCH MIT REINSCHWINGEN. EINFACH HIER DAS GANZE ÜBERSICHTLICHER MACHEN, FÜR SIE BESSER ZU KONTROLLIEREN, ÜBERALL GERADE WIESE HIN,... JETZT IST'S JA EHER SCHON SO, DAß DIE BULLEN SCHWIERIGKEITEN HABEN IN SON HINTERHOF REINZUGEHEN, WO ÜBERALL NOCH TAUSEND TÜREN SIND.

ERNI: DAS SIND JA LETZTENDLICH KONZEPTE, WIE WIR SIE SCHON AUS EHRENFELD ODER AUS ANDEREN VIERTELN KENNEN. ALSO DIE STRATEGIE DIE SIE ALS "QUALITATIVEN BEVÖLKERUNGSAUSTAUSCH"BEZEICHNEN.

AGI: UND WIE ISSES DANN MIT DER GRUBO, DIE IST JA DIE BESITZERIN VON DEM GELÄNDE HIER, ODER?

ERNI: JA

AGI: UND DIE FÜHREN DAS DANN AUS, OBER SIND DIE AUCH AN DER PLANUNG BETEILIGT?

BERNI: DIE GRUBO IST JA NE GESELLSCHAFT, DIE DER STADT GEHÖRT, ICH WEIß NICHT WIEVIEL PROZENT ODER GANZ. VON DAHER KANN MAN DAVON AUSGEHEN, DAß SIE IN DEN AUSSCHÜSSEN MITDRINSITZEN UND DA MITREDEN, NE.

CEMAL: 51% GEHÖRT DER STADT UND 49% IST NOCH IN PRIVATHAND, GLAUBE ICH.

BERNI: ALSO MIT DEM SANIERUNGSKONZEPT HIER MUß MAN SCHON NOCHMAL SAGEN, DAß SICH DAS, WAS SIE VON SICH VERÖFFENTLICHEN - ES GIBT DA SO VIER FARBHOCHGLANZBROSCHÜREN ZU SANIERUNG - ERSTMAL NICHT NACH DIESER KAHLSCHLAGSABIERUNG: ARME RAUS - REICHE REIN ANHÖRT, SONDERN SIE VERSUCHEN ES SCHON SO ZU VERKAUFEN, DAß DIE ALTEN MIETER DANN WIEDER IN IHRE WOHNUNGEN REINKÖNNEN, UND DAß DANN ALLES NUR EIN BIßCHEN TEURER WIRD UND NICHT GANZ SO SCHLIMM... ABER ES ENDET DANN MEISTENS DOCH DARIN, DAß VIELE LEUTE ES SICH EINFACH NICHTMEHR LEISTEN KÖNNEN, ODER ZWISCHENZEITLICH JA AUCH IRGENDWO WOHNEN MÜSSEN UND DANN HIER AUS DEM VIERTEL, AUS DER STRAßE SONSTWOHIN ZIEHEN.

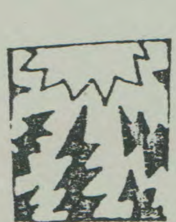
ERNI: JA Z.B. HIER BEI DEM HAUS: DAS STEHT JA JETZT SEIT EINEM JAHR LEER UND WENN DIE LEUTE ZWISCHENZEITLICH DANN NE WOHNUNG HABEN UND NICHT IN IRGENDEINEM HOTEL WOHNEN MÜSSEN, HABEN NATÜRLICH AUCH KEINE LUST STÄNDIG UMZUZIEHEN, WENN SICH DAS ÜBER SO NEN LANGEN ZEITRAUM HINZIEHT.

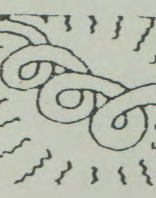
BERNI: WOBEI HIER TEILWEISE LEUTE WEGEN DER SANIERUNG SCHON VOR ZWEI JAHREN AUS DEM HAUS RAUSGEFLOGEN SIND.
EINIGE VON DEN FAMILIEN WOHNEN EBEN AUCH IN SO 'NEM "SANIERUNGSHOTEL". SO'N HOTEL, WO SIE MEHR MIETE ZAHLEN ALS SIE HIER BEZAHLT HABEN, WO SIE WARTEN SOLLEN, BIS HIER DIE SANIERUNG ABGESCHLOSSEN IST.



SYMPHATISIEREN. WIE SIE MIT BESTIMMTEN SACHEN, WAS DIE ANTIFASCHISTISCHE BEWEGUNG ANBELANGT, UMGEHEN, WIE MAN SICH MIT DEN HERRSCHENDEN KREISEN AUSEINANDERSETZT. ABER DIESE REPRESSALIEN, DIE DU GERADE ANGESPROCHEN HAST, WAREN EIGENTLICH IMMER EINE ABSCHRECKUNG. SIE HATTEN UNS DARAN GEHINDERT, BESTIMMTE SACHEN MITZUMACHEN. ZUM BEISPIEL, ICH KANN MIR MOMENTAN NICHT LEISTEN, IN DIESEM HAUS ZU WOHNEN. TROTZDEM HABE ICH SCHON BEI DER BESETZUNG MITGEMACHT. ABER WIR ALS AUSLÄNDER KÖNNEN UNS NICHT LEISTEN, EINFACH IRGENDWELCHE ANKLAGEN WEGEN DERARTIGER SACHEN ÜBER UNS ERGEHEN ZU LASSEN, WEIL DAMIT AUCH UNSERE AUFENDHALTSGENEHMIGUNG INS SPIEL KOMMT. SOGESEHEN IST DAS AUCH EINE ZEIT, WO WIR UNS MIT BESTIMMTEN KREISEN ORGANISIEREN ODER WAS MACHEN MÜßEN. ALS MÖGLICHKEIT STELLEN SICH DA FÜR UNS NUR DIE LEUTE, DIE WAS IN DIE TAT UMSETZEN. EIGENDLICH SEHEN WIR NUR DIESE AUTONOME BEWEGUNG, BESONDERS WAS DIE WOHNUNGSMISERE ANGEHT, WAS DIE AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT ANGEHT, WEIL SIE ES AN DEN WURZELN ANPACKEN, UND OHNE ANGST AN DIESE AFFAIREN HERANGEHEN, SO GANZ OFFEN. SEHR VIELE VON DEN TÜRKISCHEN MITBÜRGERN HIER AUF DER STRAßE SYMPHATISIEREN SCHON MIT DIESEN LEUTEN. SIE HABEN AUCH SEHR VIEL ANGST VOR DER PRÄSENZ DER POLIZEI. TROTZDEM HABEN SIE SICH JETZT DIREKT ANGEBOTEN. SEHR VIELE HABEN TEPPICHE GEBRACHT, MÖBELSTÜCKE,UND SEHR VIELE ERKLÄREN SICH BEREIT: WIR PASSEN AUF EUCH AUF, WIR GEBEN EUCH TELEPHONNUMMERN, WIR WERDEN EUCH ANRUFEN. DAS WAR AUCH HEUTE BEI DER AKTION ZU SEHEN. ALSO, WENN DIE HEUTE NICHT DAGEWESEN WÄREN, WÄRE DIE POLIZEI GANZ ANDERS MIT UNS UMGEGANGEN. DIE SYMPATHIE HAT MAN AUCH IN GESPRÄCHEN GESPÜRT, AM APPLAUS BEI DIESEN TÄNZEN, ODER ZUM BEISPIEL DARAN, DAß SIE GANZ SPONTAN MUSIK MIT KASETTENRECORDERN ORGANISIERT HABEN. ALSO DAS FINDET SCHON EINE RESONANZ. ICH BEREUE ES NICHT ZU SAGEN; REPRESSALIEN, OK, WAS SOLL´S. MÜSSEN WIR ALLES INKAUF NEHMEN. WIR LEBEN ALLE ZUSAMMEN HIER, WIR MÜSSEN ALLE WAS BEWÄLTIGEN. ES BESTEHT AUCH EIN BEDÜRFNISS VON DEN TÜRKISCHEN LEUTEN, DAß SIE SICH IN BESTIMMTEN FRAGEN AUF DIE LEUTE VERLASSEN KÖNNEN, DAß SIE SAGEN, WIR HABEN SOVIELE SCHWIERIGKEITEN MIT ARBEITSLOSIGKEIT, MIT BEHÖRDEN, WANN KOMMEN DIE ANWÄLTE ODER WANN KÖNNEN WIR UNS MIT EUCH IM CAFE TREFFEN ODER WIE KÖNNEN WIR UNS MIT EUCH SOLIDARISIEREN.







AGI: HEUTE WAR DAS SCHON SO?

CEMAL: JA, JA, HEUTE WAR DAS SCHON SO; ALSO SEHR VIELE LEUTE HABEN GANZ KONKRET DANACH GEFRAGT.

AGI: KANNST DU NOCH MAL KURZ SAGEN WIE DAS WAR BEI DER BESETZUNG, ALSO WANN DIE BULLEN KAMEN UND SO?.

CEMAL: ALSO, IN ERSTER LINIE WAR EINE GANZ GELOCKERTE ATMOSPHÄRE. ABER MIT DER ZEIT GABS AUSEINANDERSETZUNGEN, WEIL LEUTE HIERHIN DURCHKOMMEN WOLLTEN. BESONDERS DIE TÜRKISCHEN ANWOHNER WAREN SEHR SAUER, WEIL SIE NICHT MEHR IN IHRE WOHNUNGEN KONNTEN,WEIL DIE STRAßE ABGESPERRT WAR. DIE GESCHÄFTSLEUTE, BEI IHNEN WAREN ES ZWAR NUR WIRTSCHAFTLICHE GRÜNDE, WAREN SAUER AUF DIE POLIZEI. WIR HABEN IN ZWEI SPRACHEN IMMER VERSUCHT, DIESE AKTION ZU ERKLÄREN UND ES WURDE APPLAUDIERT, NACHDEM ES IN TÜRKISCHER SPRACHE GEKOMMEN WAR.DAS HAT AUCH DAZU BEIGETRAGEN, DAß SICH DIE POLIZEI ZURÜCKGEHALTEN HAT.

BERNI: HIER VORNE HABEN DIE BULLEN UNS ZWAR PRAKTISCH UMSTELLT, ABER HINTERHER WAREN SIE SELBER PRAKTISCH UMSTELLT. ICH HATTE SCHON DAS GEFÜHL, DAß UNS, WENNS IRGENDWIE ABGEGANGEN WÄRE, VIELE DER LEUTE, DIE SO RUMSTANDEN, UNTERSTÜTZT HÄTTEN. FÜR DIE BULLEN WAR DAS DAS GEFÜHL, SIE HABEN HIER SO GUT WIE ALLE GEGEN SICH.

WOLLE: ICH WOLLTE NOCHMAL SAGEN, DER UNTERSCHIED ZU ANDEREN BESETZUNGEN IST, DAß WIR DIESE IDEE MIT DEM INTERNATIONALISTISCHEN CAFE HATTEN. ES GING UNS NICHT NUR UM DIE ERSCHLIEßUNG VON NEUEM WOHNRAUM. EIN BESETZTES HAUS ZU HALTEN IST NICHT NUR NE FRAGE DES MILITANTEN VORGEHENS, ODER SO, SONDERN IST VORALLEM NE FRAGE DAVON, WIE DA BEMÜHUNGEN SIND IM VIERTEL EINGEBUNDEN ZU SEIN. EBEN GENAU DAS, WAS VORHIN GESAGT WURDE MIT DEN TÜRKISCHEN LEUTEN UND DER SOLIDARITÄT UND SO, DAS UMZUSETZEN.SO KANNSTE DANN AUCH SCHAFFEN SON HAUS ZU HALTEN.

BERNI: DIE BESETZUNG HATTE NE TOTAL LANGE VORBEREITUNGSZEIT, WAS UNS HEUTE VÖLLIG ZUGUTE KAM. WIR KANNTEN SCHON EINIGE LEUTE DURCH DIE TREFFEN, SEI ES MIT DER MIETERINITIATIVE ODER SONSTWEM AUS DER STRAßE. DIE WUßTEN AUCH, DAß DAS HEUTE HIER LÄUFT UND HATTEN SICH AUCH SCHON UM SACHEN GEKÜMMERT.



CEMAL: AUF DIESER STRAßE GIBT´S AUCH MOSCHEEN, DERARTIGE GANZ KONSERVATIVE, REAKTIONÄRE INSTITUTIONEN VON DEN TÜRKISCHEN ODER KURDISCHEN MITBEWOHNERN. VOR VIER MONATEN HABEN WIR ANGEFANGEN AN DIE LEUTE HERANZUGEHEN UND DENEN ERKLÄRT, WORUM ES BEI DER GANZEN SACHE GEHT, DAß WIR IHRE UNTERSTÜTZUNG BRAUCHEN. DESWEGEN SIND AUCH SEHR VIELE SPONTAN DAZUGEKOMMEN, BESONDERS CAFE-BESUCHER AUS DIESEN TYPISCHEN MÄNNER-CAFES. SIE HABEN SICH AUCH HEUTE BEREIT ERKLÄRT: "BRAUCHT IHR NOCH HILFE? SOLLEN WIR BIS UM VIER UHR MORGENDS HIER BLEIBEN? KAFFEE, TEE, WASSER KÖNNT IHR DA UND DA HOLEN, DA KÖNNT IHR EUCH BROT BESORGEN..." HEUTE SIND VON DEN

AGI.: DEUTSCHE ODER TÜRKISCHE?

BERNI: DEUTSCHE FRAUEN. TÜRKISCHE FRAUEN KENNEN WIR NICHT. ALSO WIR JETZT. UND BEI UNS WAR DAS SCHON AUCH IN DER VORBEREITUNG EIN THEMA. WEIL UNSERE GRUPPE AUCH ÜBERWIEGEND AUS MÄNNERN BESTEHT. MARGOT! MARGOT... ALSO FAST NUR AUS MÄNNERN BESTEHT. SONST KONNTE ICH IMMER SAGEN, NUR. ABER SEIT MARGOT ... IST DAS SCHWIERIG. ALSO SO HABEN WIR AUCH DARÜBER GEREDET. WIR HABEN AUCH GESAGT, DAß WIR DAS AUF JEDENFALL BEGRÜßEN. UND DAß WIR MAL RUMGUCKEN, WELCHE FRAUENGRUPPE ODER WELCHE EINZELFRAUEN INTERESSE DARAN HÄTTEN, ZUSAMMEN MIT TÜRKISCHEN FRAUEN VIELLEICHT, NEN FRAUENABEN ODER SO ZU MACHEN. EINMAL FRAUENCAFE DIE WOCHE ODER SO.

ERNI: ES GIBT JA AUCH AUS DEM GRÖßEREN VORBFREITUNGSKREIS VON FRAUEN DARAN INTERESSE UND ICH GLAUBE AUCH VON DIESER MIETERINITIATIVE HABEN DA FRAUEN INTERESSE DRAN.

BERNI: DAS SOLL KEIN REINER MÄNNERVEREIN BLEIBEN!

CEMAL: ALSO WAS DIE TÜRKISCHEN FRAUEN BETRIFFT, WAR EINE ERFAHRUNG AUCH HEUTE BEI DIESER AKTION, DAß ÄLTERE TÜRKISCHE FRAUEN MIT KOPFTÜCHERN, ALSO MÜTTER KAMEN. SIE HABEN UNS ANGESPROCHEN, " DAS HABT IHR GUT GEMACHT! WAS BRAUCHT IHR? WIR BRINGEN EUCH ESSEN." UND DERARTIGES. JETZT WISSEN WIR SELBER NATÜRLICH NICHT, WIEWEIT WIR AN DIE HERANGEHEN KÖNNEN, MIT WELCHEN SACHEN WIR SIE MITEINBEZIEHEN KÖNNEN. DAS SIND SO AUCH FRAGEN, BESONDERS INNERHALB DER TÜRKISCHEN BEWEGUNG. IN DER LINKEN RADIKALEN BEWEGUNG IST DAS EIN SEHR GROßES FRAGEZEICHEN, WIE MAN DIE FRAUEN DA MITEINBEZIEHT. BESONDERS ALS MÄNNER IST DAS SOWIESO ... IRGENDWO MACHEN WIR UNS GANZ VERKEHRTE GEDANKEN, SO ALS TÜRKISCHE MÄNNER AUCH, SO GANZ LINKSRADIKALE MÄNNER. WEIL, WIR HABEN WIRKLICH SEHR WENIGE FRAUEN, DIE ÜBERHAUPT INNERHALB DIESER BEWEGUNG BESTIMMTE SACHEN SAGEN, SICH DURCHSETZEN, UND NACH DENEN WIR UNS AUCH RICHTEN KÖNNEN SOZUSAGEN. WIR ERWARTEN AUCH DIESE SACHE. ES IST SEHR SCHWER. WIR WOLLEN NATÜRLICH AN DIESE SACHE HERAN. DAß SIE SICH AUCH IN DIESER GESELLSCHAFT MIT IHRER PERSÖNLICHKEIT DURCHSETZEN KÖNNEN UND IHRE THEMEN ANSPRECHEN KÖNNEN. DAS IST SEHR SCHWER.

AGI.: ALSO DENKST DU AUCH, DAß DAS SO DARANLIEGT, WIE SO DIE STRUKTUR ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN , ALSO JETZT SO IN DEN TÜRKISCHEN FAMILIEN ODER IN EURER KULTUR ODER GESELLSCHAFT ÜBERHAUPT IST? IST DA JA SCHON VIEL SO, DAß AUCH IN DER TÜRKEI Z.B. DANN DIE MÄNNER IMMER IN DEN CAFES SIND, ODER HIER DANN JA AUCH. UND DAß DIE FRAUEN MEHR ZU HAUSE SIND UND AUF DIE KINDER AUFPASSEN ... THEMATISIERT IHR SOWAS AUCH?

CEMAL: DAS HAT SCHON EINE SEHR GROßE WICHTIGKEIT, WIE DU EBEN ERWÄHNT HAST, DA ß NUR DIE MÄNNER IN CAFES SITZEN. DAS WIRD WAHRSCHEINLICH AUCH IN DIESEM CAFE SEHR LANGE DAUERN, BIS SICH HIER FRAUEN REINTRAUEN. DA WIRD WAHRSCHEINLICH UNSERE ARBEIT ODER DAS VERTRAUEN, DAS WIR IHNEN GEGENÜBER SCHAFFEN KÖNNEN, WAS BEWIRKEN. ALSO ICH HABE ES HEUTE GEMERKT, WIE DIESE ÄLTEREN FRAUEN UNS GEGENÜBER WAREN. ALSO, SIE HABEN UNS WIE MÜTTER BEHANDELT, SOZUSAGEN WIE KINDER, SO WIE FAMILIÄRE BEZIEHUNGEN. ALSO WENN EINEM KIND WAS FEHLT, DANN MUß MAN GEBEN. ABER IHR MÜßT ES MACHEN UND WIR SIND HINTER EUCH, ALS MÜTTER, ALS SCHWESTERN SOZUSAGEN. DAS WAR AUCH ZU SEHEN. DAS HÄNGT SCHON MIT DIESER MENTALITÄT UND KULTUR VIEL ZUSAMMEN. ES WIRD AUCH BESTIMMT SEHR SCHWER SEIN, WO 20 CAFES AUF DIESER STRAßE EXISTIEREN;... FÜR TÜRKISCHE FRAUEN WIRD ES UNZUGÄNGLICH SEIN, VON SICH AUS AUCH IN DIESES CAFE HINEINZUGEHEN ... ES IST EIN SCHWIERIGES PROBLEM, WIE MAN DAS SCHAFFEN KENN.
ALLES BASIERT AUF VERTRAUEN. WENN DIE MÄNNER DANN DAS VERTRAUEN HABEN, DAß IHRE FRAUEN DANN HALT NICHT ALS OBJEKTE ANGESEHEN WERDEEN UND DERARTIGE SACHEN HIER NICHT LAUFEN, DANN WERDEN DIE FRAUEN WAHRSCHEINLICH DAFÜR DIE ERLAUBNIS KRIEGEN. ICH SAGE, DIE ERLAUBNIS KRIEGEN. ALSO VON IHREN MÄNNERN. DAS IST DIE REALITÄT, WOVON WIR AUSGEHEN MÜSSEN.
ANSONSTEN IST ES SEHR SCHWER AN DIESE FRAUEN HERANZUGEHEN.
VIELLEICHT DURCH DIE KINDERARBEIT KANN MAN SIE MITEINBEZIEHEN; DAS WÄRE EINE SACHE, ÜBERHAUPT MIT IHNEN ERSTMAL IN KONTAKT ZU KOMMEN.

★ FINITO ★

alle Namen wurden von uns natürlich verändert!

AGI.: IST JA HART...

BERNI: UND DENEN WURDE HALT VERSPROCHEN, BIS JULI SOLLTE DAS HIER FERTIG-GESTELLT SEIN. ABER DAS IST VÖLLIG ILLUSORISCH. SELBST WENN DAS NACH ABLAUF KLAPPT, SIND DIE BIS JULI HIER NICHT FERTIG. UND DANN IST HALT AUCH DIE FRAGE, WIE DIE MIETEN STEIGEN. ODER WELCHEN STATUS DIE ZUSAGEN VON DER GRUBO HABEN, DAß DIE LEUTE HIER TEILWEISE WIEDER EINZIEHEN KÖNNEN. OB DAS SO WAR:"JA, JA, IHR KÖNNT DANN WIEDER..." ODER OB DIE DA RECHTLICH ABGESICHERT SIND.

AGI.: KOMMT ES HIER IN DEM VIERTEL VIEL ZU ÜBERGRIFFEN VON FASCHOS, ODER IST HIER DIE STRUKTUR SO STARK, DAß SICH DIE FASCHOS WENIG HIERHER TRAUEN?

CEMAL: ALSO NACH UNSERER ERFAHRUNG SEHEN WIR, DAß DIE SICH GARNICHTMEHR HIERHER TRAUEN, WEIL DIE STRUKTUR SEHR STARK HIER IST. ES GIBT KEINE ÜBERGRIFFE ODER ANGRIFFE HIER IN DER KEUPSTRAßE, AUF DIESER STRAßE. VIELLEICHT IN DEN UMLIEGENDEN STRAßEN KOMMT ES ZU AUSLÄNDER HAß...? ABER AUF DIESER STRAßE,WO DAS SO FEST IST...; ICH HABE NOCH VON KEINEM EINZIGEN FALL GEHÖRT, DAß DIE FASCHOS HIER ANGREIFEN KÖNNTEN ODER SICH GETRAUT HABEN, IN DIESE STRAßE HINEINZUGEHEN, ANSONSTEN SO IN DER INNENSTADT ODER IN BESTIMMTEN GEGENDEN SIND SIE SCHON PRÄSENT UND VERSUCHEN, BESTIMMTE SACHEN DURCHZUZIEHEN.

AGI.: ZU DEM CAFE HÄTTE ICH NOCHMAL NE FRAGE, ALSO WOLLT IHR DAS JEDEN TAG AUFMACHEN? UND IHR WOLLT SCHON MEHR ALS NUR DAS CAFE MACHEN, SO WIE ICH DAS VORHIN VERSTANDEN HAB ...ALSO AUCH MIT DEN LEUTEN HIER SO ZUSAMMENARBEITEN, VIELLEICHT SO "ARBEITSGRUPPEN" AUFMACHEN?

BERNI: ALSO DIE ZUSAMMENARBEIT MIT DEM CAFE, JETZT DIE PRAKTISCHE SACHE, WENN WIR DAS CAFE AUFMACHEN - DAS LÄUFT JA EH SCHON ZUSAMMEN - SO WERDEN WIR AUCH GUCKEN, DAß WIR DA MEHR LEUTE MITEINBEZIEHEN, ALS WIR JETZT SIND. UND WIR HABEN UNS SCHON SO VORGESTELLT, DAß WIR AB UND ZU MAL VERANSTALTUNGEN MACHEN, ODER DIE RÄUME HALT ZUR VERFÜGUNG STELLEN, DAß ANDERE VERANSTALTUNGEN MACHEN KÖNNEN. FÜR DIE ERSTE WOCHE HABEN WIR UNS JETZT ÜBERLEGT, ICH WEIß NICHT, WIE DAS LÄUFT, INWIEWEIT WIR ÜBERHAUPT NOCH DRIN SIND - DAßEINMAL DIESE MIETERINNENINITIATIVE HIER VERANSTALTUNGEN MACHEN SOLL, WENN SIE MÖCHTE, ZUR SANIERUNG HIER, UND DAß ES DANN EVENTUELL NE VERANSTALTUNG ZUM AUSLÄNDERGESETZ GIBT, EINFACH VERANSTALTUNGEN MIT THEMEN, DIE SOWOHL UNS POLITISCH WICHTIG SIND, ALS AUCH DIE LEUTE, DIE HIER LEBEN, INTERESSIEREN UND BETREFFEN.

WOLLE: UND AM 1. MAI SOLL'S DANN EIN FEST GEBEN. ALSO AUF DER EINEN SEITE DAS CAFE, DAß WIR SICHERLICH WAS ANBIETEN IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEN TÜRKISCHEN LEUTEN, WIE DER BERNI DAS GESAGT HAT, UND AUF DER ANDEREN SEITE AUCH, DAß ES EINFACH SO'N KENNENLERNRAUM DARSTELLT, UND VIELLEICHT AUCH DARÜBER HINAUS, DAß ES AN EINZELNEN PUNKTEN 'NEN MOBOLISIERUNGSFAKTOR FÜR WAT IST. Z.B. IST SO NE ÜBERLEGUN DAß AM 4.MAI DIE "DEUTSCHE ALLIANZ" 'N GRÜNDUNGSTREFFEN HIER VE STALTET IN KÖLN, ALSO DIE ABSPALTUNG DER REPUBLIKANER. UND DAß VIELLEICHT HIER GEMEINSAM SO'N PLENUM MACHEN UND DARÜBER REDEN, WIR DAGEGEN WAS MACHEN, ALSO SO AUF NER VIELSCHICHTIGEN EBENE.

AGI.: WAS MICH AUCH NOCH INTERESSIERT: KANNST DU MAL SAGEN, OB BEI EU AUCH TÜRKISCHE ODER KURDISCHE ODER ÜBERHAUPT FRAUEN MITARBEITEN ODER SEID IHR AUßER EUCH VIEREN NUR MÄNNER?

CEMAL: ALSO ÜBERWIEGEND SIND WIR MÄNNER BIS JETZT. AN DEN GANZ KONKRETE AKTIONEN HABEN SICH KEINE FRAUEN BETEILIGT. WIR VERSUCHEN AUCH, SICH FRAUEN MEHR BETEILIGEN SOLLEN. ES IST SEHR SCHWER SICH ZU ENTFALTEN, BESONDERS IN DIESER AUTONOMEN SZENE FÜR TÜRKISCHE FR SEHR KONKRET UND ZUSÄTZLICH ZU DEN GESETZLICHEN REPRESSALIEN HAE SIE AUCH INNERHALB DER GESELLSCHAFT REPRESSALIEN ZU ERWARTEN.ES EINFACHER FÜR EINEN MANN DAMIT UMZUGEHEN, ALS EINE FRAU DAMIT UM HEN KANN.
WIR VERSUCHEN IMMER IN DIE ARBEIT DIESE FRAUEN EINZUBEZIEHEN, BE DERS HABEN WIR AUCH EINEN AUFRUF AN DIESE TÜRKISCHE FRAUENGRUPPE DER UNI GEMACHT, HABEN WIR DENEN NOCH BESCHEID GESAGT, AUCH DEM TÜRKISCHEN STUDENTENVEREIN. ICH HABE HEUTE Z.B. GESEHEN, DAß EIN LEUTE VON DEM TÜRKISCHEN STUDENTENVEREIN HIER WAREN, AN DIESER AKTION SICH BETEILIGT HATTEN. NUR FÜR DIESE FRAUENSACHE WAR ES .. WEIL, ES IST AUCH NICHT SO EIN FRAUENSPEZIFISCHES THEMA, WAS DIE HAUSBESETZUNG ALS INHALT BETRIFFT. ABER ICH GLAUBE SCHON, IM LAUF DER ZEIT, DAß MAN INNERHALB DES CAFES DAZU INHALTLICHE PLENAS UND AUSEINANDERSETZUNGEN / DISKUSSIONEN HAT, DAß SIE SICH AUCH DARAN BETEILIGEN WERDEN.
ALSO DIESES INTERNATIONALE ZENTRUM SOLL AUCH LAUFEN IM GEGENSATZ DEN GANZEN ANDEREN VORSCHLÄGEN, DIE HEUTZUTAGE GEMACHT WERDEN, AL DAS WIRD SO ALTERNATIV LAUFEN, DAß WIRKLICH JEDE GRUPPE SICH HIER ENTFALTEN KANN, AUCH SELBSTÄNDIG BESTIMMTE SACHEN DURCHFÜHREN KAN UND WENN WIR DIESE VORRAUSSETZUNG SCHAFFEN IN DIESEM HAUS, GLAUBE ICH SCHON FEST DARAN, DAß DIESE TÜRKISCHEN FRAUEN AUCH IN DIESE A BEIT HINEINGEZOGEN WERDEN.

BERNI: DAS WÄRE DER FRAUENTAG ODER -ABEND.

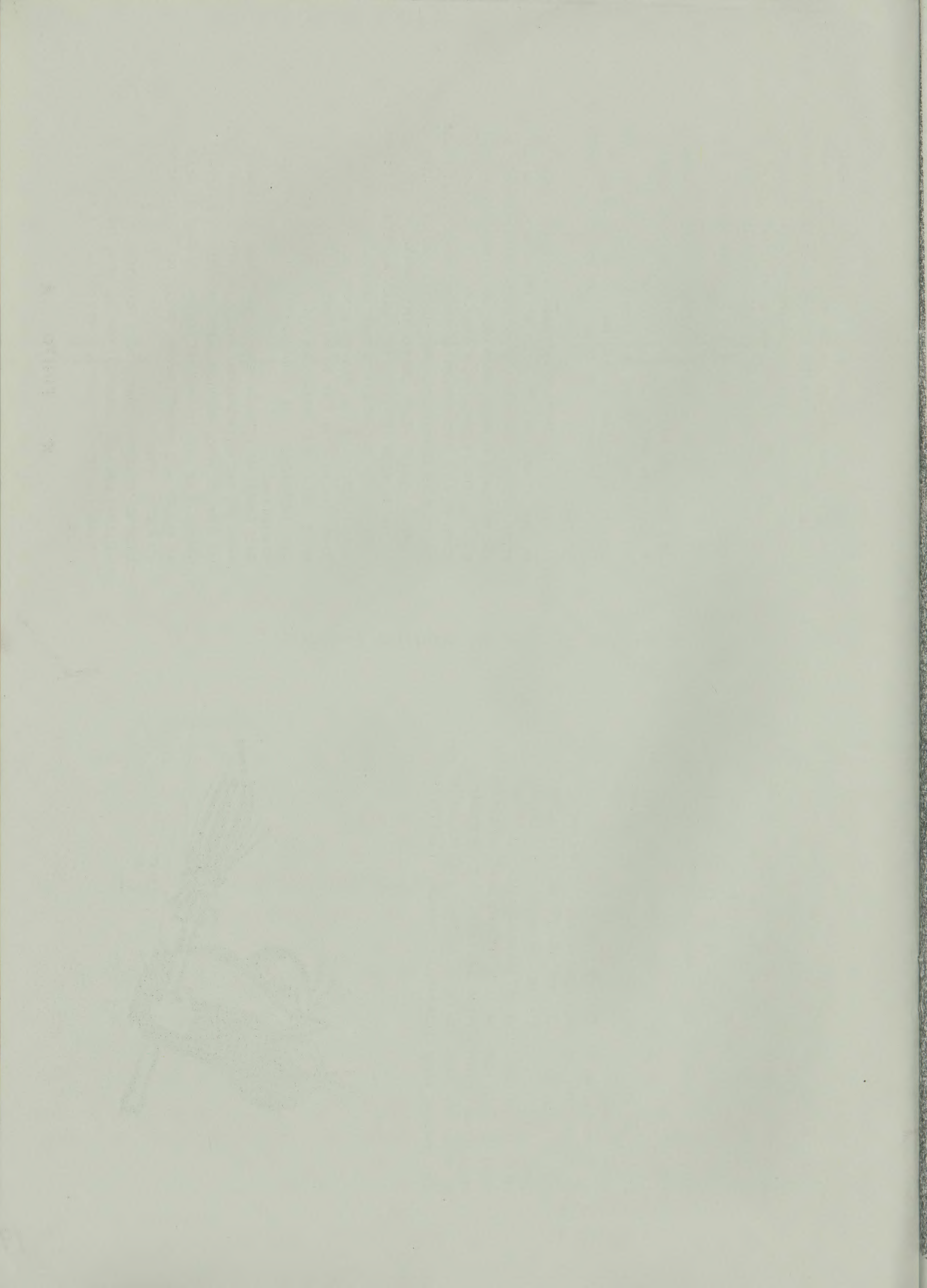
AGI.: ACH SO, ALSO EINEN FESTEN TAG..?

WOLLE: JA.

BERNI: DAS IST NOCH NICHT SO 100%IG KLAR JETZ.

AGI.: DAS IST SO NE ÜBERLEGUNG VON EUCH JETZT ERSTMAL, DAß IHR DAS GUT FÄNDET?

BERNI: JA. ALSO WIR HABEN ABER AUCH SCHON FRAUEN ANGESPROCHEN, DIE SAGTE JA, SIE KÖNNTEN SICH DAS VORSTELLEN.





Wir haben in Neumünster wegen der Hafen-Demo vom 9.12.91 einen Prozeß am Hacken. Und zwar u.a. wegen "Landfriedensbruch". Ein großes Problem für die Prozeßvorbereitung stellen für uns die hamburger Kritiken zur Nachbereitung der Demonstration dar. Die Kritiken machten sich nicht hauptsächlich an der Vorbereitung, Bestimmung und Ausrichtung der Demo und auch nicht an der Entwicklung in der Hafenstraße fest, sondern an militanten Aktionen, die aus der Demo heraus gelaufen sind. Unser Problem ist, daß die Richtung der Kritik zur Entsolidarisierung mit den von der Repression betroffenen Menschen führen kann. Um dieser Gefahr etwas entgegenzusetzen, wollen wir eine Kritik an der Demo und am Hafen noch einmal aus einer anderen Sichtweise - aus unserer - formulieren.

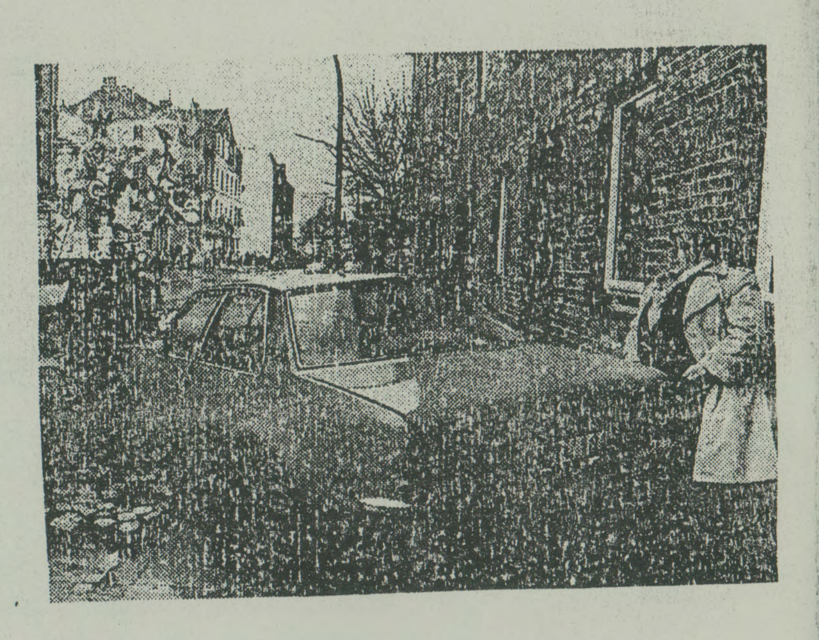
Die Geschichte unserer Solidarität mit der Hafenstraße

Der Hafen, das waren für uns die bunt-bemalten Häuser, über die mit Wandbildern Stellung zu politischen Ereignissen bezogen und gleichzeitig die radikale Opposition zum herrschenden System ausgedrückt wurde (Stammheim-Morde, Volkszählung, Palästina, 129a, Umstrukturierung u. m.), die internationalistischen Sylvestertage, wo wir uns mit Menschen aus verschiedenen Regionen und europäischen Ländern trafen und Erfahrungen und Informationen austauschten.
Der Hafen organisierte und mobilisierte zu vielen Demos, Knastkundgebungen und Prozeßbesuchen und war dabei oft ein Treffpunkt, von dem aus viele Menschen gemeinsam und geschlossen losgingen - und wieder ankamen. Hinterher saßen immer viele Menschen im Hafen zusammen, um die Aktionen nachzubereiten, zu reden, sich zu erholen und irgendwann wieder nach Hause zu fahren.
Der Hafen, das waren Häuser, in denen viele Menschen zusammenwohnen und darüberhinaus autonom Kneipen, Veranstaltungen, Volxküchen und Konzerte organisierten.
Für uns und viele andere Menschen war der Hafen ein Raum, in dem ein großer Teil dessen verwirklicht und durchgesetzt war, wovon wir träumen und wofür wir hier kämpfen.

Durch diese offensive Widerstandskultur gegen das herrschende System wurde der Hafen zu einem Anlauf- und Sammelpunkt, auch zum Symbol, für Menschen aus dem radikalen Widerstand BRD-weit und international. Dadurch entwickelte sich im Hafen eine Stärke, die uns ermöglichte, die Angriffe des Staates immer wieder zurückzuschlagen und die besetzten Häuser zu verteidigen, was im krassen Gegensatz zu vielen anderen Häuserkämpfen stand, wo es oftmals schnelle Räumungen oder Kompromisse und Einlassungen auf die Forderungen der Herrschenden gegeben hatte.
Die Geschichte unserer Solidarität mit der Hafenstraße war immer bestimmt durch die besetzten Häuser als Ausdruck/ Symbol einer ausgeprägten und sichtbaren Widerstandskultur in der BRD. Die vom Hafen ausgehenden Kämpfe waren für uns Motivation, unsere eigenen (Provinz-) Kämpfe zu radikalisieren und teilweise militant zu führen, weil der Hafen uns die Perspektive aufgezeigt hat, sie auch gewinnen zu können.

Die so entstandene Solidarität drückte sich dann auch in der Stärke und Geschlossenheit der Hafendemonstrationen aus. Die vom Hafen aus-

gehende Kraft hat in Neumünster bis zu 60 Menschen zu den Demos mobilisiert, was für unsere Kleinstadt ganz schön viel ist. Der Charakter dieser Demos - das geschlossene Auftreten oder auch die militanten Aktionen, die aus den Demos heraus liefen - zeigte den Herrschenden, daß ein Angriff auf den Hafen für sie gefährlich werden könnte.
Der "Höhepunkt" waren dann die sog. Barrikaden-Tage, wo der Staatsapparat in einem von uns durch Barrikaden abgesteckten Gebiet über mehrere Tage nichts zu suchen hatte. Den Herrschenden ist durch den Bau der Barrikaden die Initiative aus der Hand gerissen worden. Wir haben so Art, Zeitpunkt und Ort der Auseinandersetzung festgelegt - sofort und militant am Hafen. Die absolute Unberechenbarkeit des Ausgangs der Konfrontation (auch über Hamburg hinaus laufende Aktionen in ganz Europa) haben letztendlich den Senat am Angriff gehindert.
Wenn wir sagen, "Angegriffen wird der Hafen - gemeint sind wir alle", dann bezieht sich das genau auf den oben beschriebenen Hintergrund.

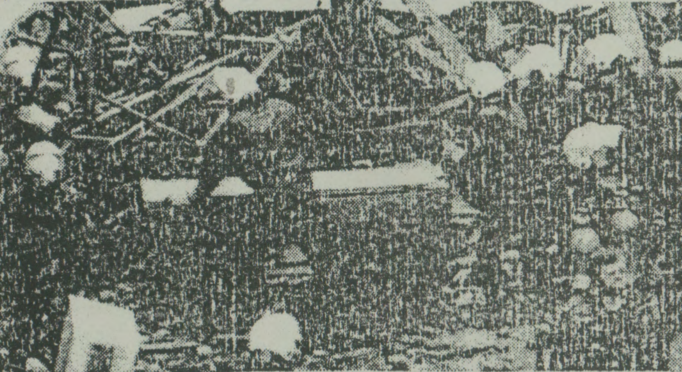


Einschätzung zur Entwicklung der Hafenstraße seit den Barrikadentagen 1987

Durch die Unterschrift des Hafens unter den Vertrag mit dem Senat haben sich die Bedingungen im Kampf um die Hafenstraße und für die Hafenstraße selber sehr stark verschoben. Die AnwältInnen übernehmen mehr und mehr die Rolle, die vorher die autonome Bewegung, die Häuserkampfbewegung und die solidarischen Menschen und Organisationen innehatten, nämlich, wichtigster Teil im Kampf um die Durchsetzung der Hafenstr. zu sein. Die sich durch den Vertrag ergebende Verlagerung der Auseinandersetzung in Richtung Justiz bedeutet für Hafen und Solibewegung, nicht mehr Subjekt in dieser Auseinandersetzung zu sein, sondern nur noch parteiisches Objekt, über das vor bürgerlichen Instanzen gerichtet wird. Daß aber auf der juristischen Ebene kaum mal ein Blumentopf zu gewinnen ist,zeigt die lange und frustrierende Geschichte der Hafenstrassenprozesse. Hier steht die geballte Macht und Interessenlage einer Wirtschaftsmetropole gegen ein paar 1000 Linke vor einer Institution, die an sich schon Partei ist, dem Gericht. Während die BewohnerInnen der Hafenstr. ständig versuchen, die Vertragsbedingungen, die ja Produkt einer Erpressung sind, einzuhalten (Barrikadenabbau, Mietkohle auftreiben, obwohl das Bezirksamt die Gelder sperrt etc.), schert sich der Senat einen Dreck um die Vertragsbedingungen und läßt sich diese Linie vor Gericht absegnen. Dieser ständige Krampf, der nicht die geringsten Beziehungen zu unseren Vorstellungen von Leben, Denken und Handeln hat, ist einer der Gründe, die zu starken Veränderungen in der Hafenstr. selber geführt haben. Vor 1987 (Barrikadentage) war die lebendige Widerstandskultur im Hafen selber sozusagen überlebensnotwendig, weil nur das ständige Aufzeigen der kämpferischen internationalen Solidarität den Senat davon abhalten konnte, die Häuser zu räumen. Daraus war eine (vielleicht nur subjektive) Stärke entstanden, die mit der Verlagerung auf die Justiz in eine objektive Schwäche (Abhängigkeit von Rechtsinterpretationen) verwandelt wurde. Eine fast logische Folge der Entwicklung ist der langsame, aber sichere Zusammenbruch der im Hafen entstandenen Widerstandskultur. Der Endpunkt der Entwicklung dürfte so ungefähr das sein, was heute im Hafen Sache ist. Wenn wir das richtig verstehen, ist der Hafen bei politischen Auseinandersetzungen, bei denen es nicht um den Hafen selber geht, nicht mehr vorhanden, heißt nicht mehr Teil des allgemeinen Widerstandes gegen dieses kapitalistische Regime. Das bedeutet, daß nur noch einzelne Menschen aus dem Hafen auf Treffen und Aktionen zu sehen sind und von "dem Hafen" als ganzes nicht mehr gesprochen werden kan. Unsere Einschätzung wird durch die Inhalte der Flugis zum 9.2. nur noch bestärkt. Bis auf ein -zwei Sätze zu Kampagnen, die es in der Vergangenheit gab und ein plattes - gegen den Krieg am Golf - beziehen sich die Texte "nur noch" auf alternatives Leben in den verschiedenen Wohnprojekten. Widerstand ausserhalb des eigenen "Lebensraumes" findet in den Erklärungen nicht mehr statt. Es ist natürlich legitim, wenn die Hafenstraße sich nur noch als ein Wohnprojekt definiert, nur steht das erstens im Widerspruch zur Geschichte der Häuser und zweitens muß daraus eine völlige Neueinschät-

zung der Wichtigkeit des Hafens für uns (die Autonome Linke) vorgenommen werden. Mit ihrer jetzigen Selbsteinschätzung ist der Hafen nicht mehr oder minder wichtig als jedes Wohnprojekt in der gesamten BRD. Der (Gesamt-) Hafen als Teil unserer Widerstandsstrukturen ist demnach nur noch ein theoretisches Gebäude, keine praktische Erfahrung mehr!

Der absolute Gegensatz zu unserer vieleicht etwas frustrierten Einschätzung des Hafens ist die Bedeutung, die ihm von Seiten des Staates und von Teilen der Linken zubemessen wird. Der Mythos Hafenstr. ist eine Realität und nicht so einfach beiseite zu wischen. Es gibt wohl kaum eine Stadt, wo nicht mindestens eine Parole zum Hafen gesprüht ist, keine Konferenz über besetzte Häuser, TREVI, Innenministerkonferenzen oder sonstwas für Treffen von Hassobjekten, wo nicht die Hafenstr. thematisiert wird, kein Medienbericht über Häuser, wo nicht die Beziehung zur Hafenstr. hergestellt wird. Die Hafenstrasse ist zum allgemeinen Symbol für den militanten Häuserkampf geworden. Wo dieser Mythos herkommt, ist eindeutig. Die Geschichte des Hafens bis 1987 hat dem Staat damit gedroht, daß eine Räumung absolut unberechenbare Folgen nach sich ziehen wird. In der ganzen BRD und darüber hinaus waren Gruppen und Menschen bereit, bei Räumung die Folgen so hoch wie nur irgend möglich zu



treiben. Das ist der Mythos Hafenstrasse! Seit dem, also auch heute noch, hoffen die Strategen der inneren Sicherheit, der Häuserbewegung durch Räumung der Hafenstr. einen entscheidenden Schlag zu versetzen, genauso wie Teile der Bewegung mit der Zerschlagung der Hafenstr. die Häuserbewegung am Ende sehen.
Auch wir, die VerfasserInnen dieses Papiers, sind gegen diesen Mythos noch nicht gefeit, immerhin hat er uns oft viel Kraft gegeben. Allerdings sind wir auf das Wissen um die Politik und den Zustand des Hafens angewiesen, um diesen Mythos in unseren Köpfen zu beenden.

Wenn auch desöfteren von seiten des Hafens gesagt wurde, daß sie keinen Bock auf diesen Mythos haben, so tragen er und andere hamburger Häuserprojekte doch mit dazu bei, diesen Mythos aufrechtzuerhalten. Dazu zwei Zitate:
"Insofern würde die gewaltsame Räumung eine Grenze bedeuten für jede weitere gesellschaftliche Perspektive über uns hinaus. Sie wäre die Weichenstellung für eine Entwicklung, in der gesellschaftliche Widersprüche militärisch niedergewaltzt werden".(aus: "hafenstr. läßt sich nicht abschalten" vom 7.1.91)



"Es geht jetzt also nicht nur um die Durchsetzung der Hafenstrasse, sondern darum, einer gesellschaftlichen Entwicklung auf dem Durchmarsch zum keimfreien Großdeutschland einen Riegel vorzuschieben."(aus: "ein Blick ins Wohnzimmer der Autonomen", Mobilisierungsflugi zur 9.2.-Demo von verschiedenen Häuserprojekten, u.a. Hafenstr.)

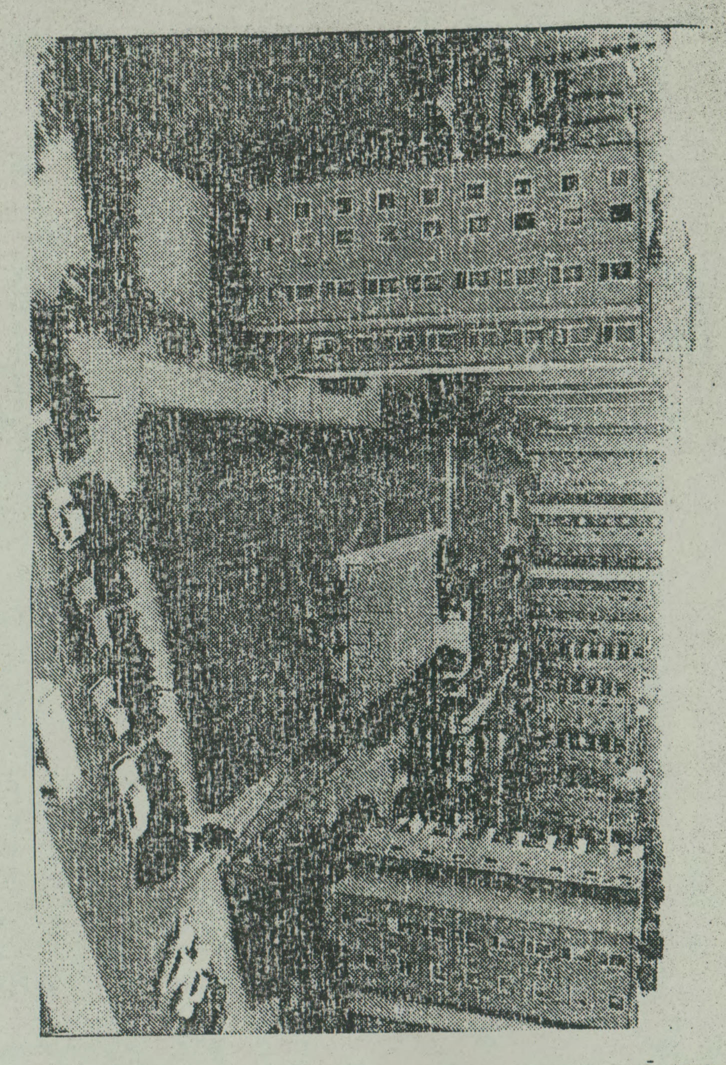
Aus den beiden oben genannten Zitaten wird dem Hafen eine zentrale gesamtgesellschaftliche Bedeutung zugemessen. Warum die Hafenstr. immernoch diese zentrale Bedeutung haben soll, ist für uns nicht mehr nachvollziehbar. Nur die politische Praxis von 1987 würde eine solche Bedeutung vielleicht rechtfertigen, die Praxis von 1991 tut dies nie und nimmer.

Da sind wohl noch einige lange Diskusionen fällig, um das ganze wieder auf den Boden der Realität zurückzuholen. Ausserdem: Für das Zitat über die militärische Weichenstellung sollte der Hafen sich ganz schnell bei all denjenigen entschuldigen, die für die Verteidigung ihrer Häuser auf den Schädel bekommen haben oder dafür verknackt wurden, insbesondere aber bei den Menschen aus der Mainzer Str. , die gerade zwei Monate vor diesem Zitat von der BRD-Bürgerkriegsarmee in einen Trümmerhaufen verwandelt worden ist. Die militärische Lösung ist nur dann nicht normal, wenn es einen gewissen juristischen "Schutz" gibt wie der Hafen ihn genießt, aber das wird bei aller Nachbarschaftsliebe gar nicht mehr wahrgenommen. (Tschulligung,aber bei dem zweiten Mal lesen sind wir richtig sauer geworden. Die Weichenstellung für die militärische Niederwalzung gesellschaftlicher Widersprüche ist gerade in bezug auf Häuserkämpfe längst vollzogen. Das belegt einmal das TREVI-Abkommen, nach dem neu besetzte Häuser innerhalb 24 Stunden geräumt werden sollen und das zeigt auch die

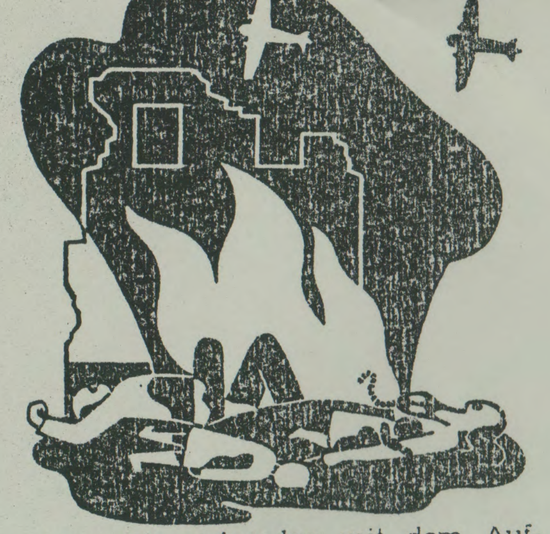
Praxis von Räumungen in fast allen Städten, selbst in der Provinz! Das einzig eventuell noch bestimmende Moment einer nicht-militärischen Räumung sind höchstens noch wir selbst. Die Hausbesetzung vom letzten Jahr in Neumünster z.B. ist nur deshalb nicht militärisch niedergewalzt worden, weil es keinen militanten Widerstand gegen die Räumung gab. Der militärische Räumungsapparat war jedoch dort, trotz allem wurden alle BesetzerInnen festgenommen, mehrere Stunden eingesperrt, ED-mißhandelt und bekamen Hausfriedensbruchsverfahren.

Was dringend passieren muß, ist nicht unbedingt, die politische Praxis des Hafens zu ändern, sondern viel wichtiger ist es, die Stellung des Hafens an der Politischen Praxis zu messen. Als Grundlage der Bewertung des Hafens ist es dringend notwendig, daß der Hafen Veränderungen in seiner politischen Stellung genau vermittelt und auch die Brüche zu seiner Geschichte aufzeigt. Für uns bedeutet das im Moment: Der Kampf um die Hafenstr. ist der Kampf um die Wohnungen von über hundert Menschen, die nicht in den Wohnsilos der Stadtränder verschwinden wollen, von über hundert Menschen,die ihr Leben anders als im bürgerlichen Sinne gestalten wollen. Von diesen Menschen gibt es in der BRD aber 10000de, und wir erwarten, daß der Hafen diese anderen Projekte - und Menschen - genauso ernst nimmt wie sich selber. Genauso sollte die Soli-Bewegung dem Hafen keinen höheren Stellenwert einräumen, wie allen anderen Wohnprojekten. Das nimmt nichts von der Wichtigkeit des Kampfes, sondern stellt ihn in Beziehung zu dem, was der Hafen selber zum Ausdruck bringt.

Der Mythos vom Hafen muß weg! Einerseits würden die ständigen Angriffe des Senats gegen den Hafen weniger, andererseits würden weitere politische Katastrophen wie die Demo vom 9.2. für die Zukunft verhindert. Einer der Haupthinderungsgründe, die Entmythologisierung auch tatsächlich zu leisten, ist natürlich, daß die Herrschenden mit dem Hafen die gesamte Bewegung treffen wollen. Als Beweis kann die Hartnäckigkeit, mit der auf den Hafen eingedroschen wird, zählen. Vom Autodiebstahl bis zu "RAF im Hafen" wird jedes Mittel bemüht, den Hafen selber und damit die Häuserbewegung zu denunzieren. Leider ist es der Solibewegung bis heute nicht gelungen, der Verlagerung der Auseinandersetzung von der militärischen Konfrontation zur Denunziation durch die Medien etwas entgegenzusetzen, was über die Ebene des Dementis hinausgeht. Die verstärkte Stadtteilarbeit ist wohl ein richtiger Ansatz, wird aber als Widerspruch zur offensiven militanten Politik ("Gewalt war immer unsere letzte Möglichkeit....." Zitat aus: läßt sich nicht abschalten) aufgebaut. Das sehen wir anders: Gewalt ist immer _eine_ Ausdrucksform unserer Politik, wobei wir selber bestimmen sollten, wann wir diese Form anwenden. Wie die Beschwörung zur



Gewaltabsage an den Senat oder Sätze wie "Wir wollen unsere Bedürfnisse nicht gegen andere Menschen durchsetzen, sondern eine menschliche Auseinandersetzung, wo wir uns gegenseitig ernst nehmen" (aus "Nicht abschalten") zustandekommen, ist uns - so allgemeingültig, wie sie im Flugblatt stehen - nicht begreiflich. Die guten Erfahrungen im Stadtteil können ja nur ein Teil aller Erfahrungen aus dem Stadtteil sein, immerhin stehen die Häuser im widerlichsten Quadratkilometer ganz Norddeutschlands, wo das sexistisch-kapitalistische System mitsamt seinen Puffs, Zuhältern, Waffenschiebern und Organisatoren des Drogenhandels ganz offen und unverholen seinen brutalen Gewaltcharakter zeigt. Mit dem letzteren Zitat wird unseres Erachtens der Klassencharakter dieser Gesellschaft nicht berücksichtigt, übergangen, daß in dieser Gesellschaft permanenter Krieg herrscht. Daß die Hafenstraße nicht in der Lage ist, die Situation im Viertel grundlegend zu ändern, ist klar, aber diese Situation muß berücksichtigt und immer thematisiert werden. Das heißt, die Utopie vom menschlichen Umgang miteinander - hat eine Grenze, die ziemlich genau deckungsgleich ist mit dem Unterschied zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern (Ausbeutung deswegen, weil es alle Unterdrückungsverhältnisse darstellt: In letzter Instanz bedeutet Ausbeutung, daß jemand etwas gewinnt, indem er jemand anderen beraubt oder auf Kosten von jemand anderem



lebt. Ausbeutung ist verbunden mit dem Aufkommen der Herrschaft von Männern über Frauen und der Herrschaft einer Klasse über eine andere oder eines Volkes über ein anderes), über die nicht hinweggeträumt werden kann. Auch wenn die genauen Grenzen der oben genannten Gruppen sich ständig überlappen und verschieben (z.B. beim Patriarchat, Rassismus, Imperialismus), so sind sie doch vorhanden und wir stehen den Ausbeutern in latentem Kriegszustand gegenüber. In bezug auf die Demo vom 9.2. bedeutet das für uns: Nur weil die Ausbeuter im Moment in der Lage sind, selber zu bestimmen, wo sie offen Krieg führen wollen (Golfkrieg, Unterwerfung des ehemaligen Ostblocks), muß daraus doch nicht gleich folgen, den Staat zu bitten, nicht auch gegen unsere Strukturen offen Krieg zu führen. Schon gar nicht muß daraus folgen, den Ausbeutern gegenüber einseitig der Gewalt abzuschwören. Der Verzicht auf militante Aktionen während der Demo wäre nur dann legitim gewesen, wenn es allein um die Hafenstraße als Wohnprojekt und nicht auch um den Golfkrieg und die Häuserbewegung als Ganzes gegangen wäre.

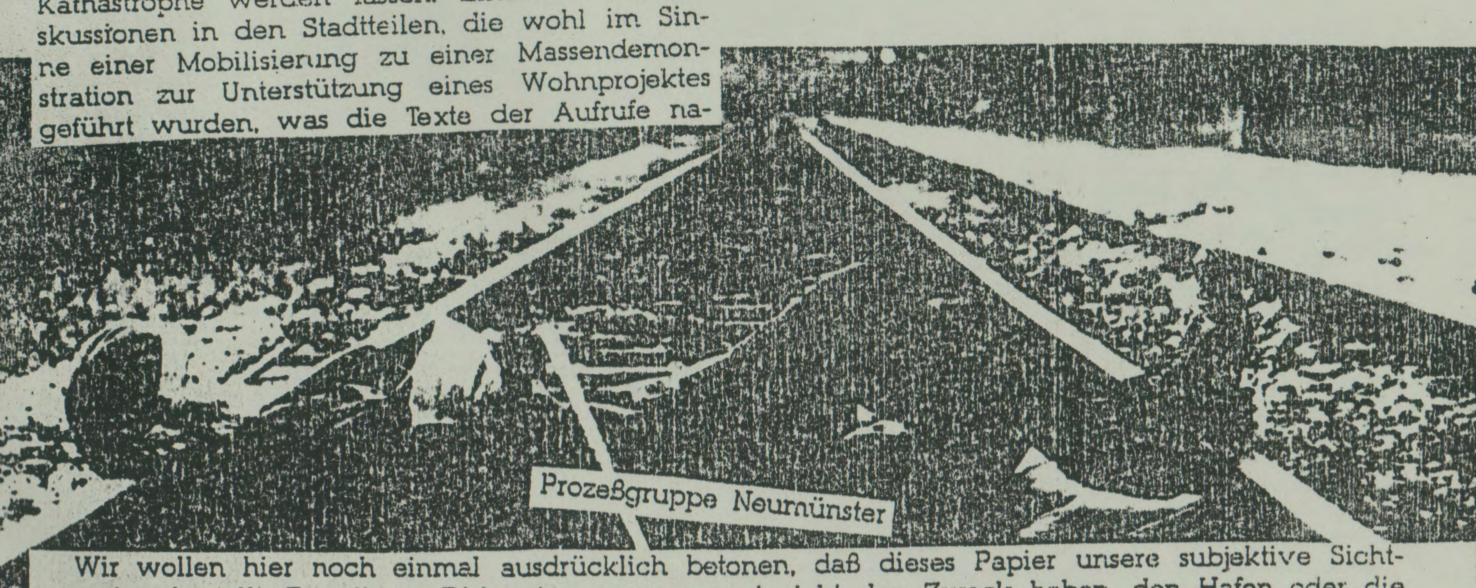
Dieser Widerspruch, alternatives Leben kontra gesamtgesellschaftlicher Widerstand hat auch die Demonstration vom 9.2.91 zur mehr oder minder Kathastrophe werden lassen. Einerseits die Diskussionen in den Stadtteilen, die wohl im Sinne einer Mobilisierung zu einer Massendemonstration zur Unterstützung eines Wohnprojektes geführt wurden, was die Texte der Aufrufe nahelegen, andererseits der Aufruf zum gesamtgesellschaflichen Widerstand gegen den Golfkrieg, ausgedrückt durch die fettgedruckten Parolen auf den selben Flugblättern. Dazu noch die bundesweite Mobilisierung, wo der Bezug vieler Gruppen zum Hafen gerade die gemeinsame Erfahrung im Widerstand und nicht hauptsächlich die Solidarität zu den BewohnerInnen ist. All das mußte eine Mischung ergeben, die die gedachte Bestimmung der Demo ad absurdum führt. Bei etwas genauerem Überlegen wäre das

einzig richtige das Abblasen der Demo gewesen. Es hat doch wohl kein Mensch aus der Vorbereitung ernsthaft geglaubt, daß bundesweit unter anderem durch die Parole: "Kriegstreiber angreifen - Hafen verteidigen" mobilisierte Autonome sich davon abhalten lassen, genau das zu tun, und zwar praktisch.

Soviel Opportunismus sollte den militanten autonomen und antiimperialistischen Linken nicht unterstellt werden.

Das muß auch die Gruppe anerkennen, die das vierseitige Kritikpapier zur Demo verfasst hat. Die Angriffe gegen Kriegsprofiteure waren nicht, wie ihr meint, "verständlich, aber politisch falsch", sondern klarer und eindeutiger Ausdruck der Handelnden, wie sie zum Krieg stehen. Daß die Angriffe nicht in das vorgedachte Demokonzept passten, liegt daran, daß die Mobilisierung, die inhaltliche Bestimmung und das Konzept nicht zu vereinen waren!

Und das liegt einzig und allein an denen, die die Demo vorbereitet haben!



Prozeßgruppe Neumünster

Wir wollen hier noch einmal ausdrücklich betonen, daß dieses Papier unsere subjektive Sichtweise darstellt. Es soll zur Diskussion anregen und nicht den Zweck haben, den Hafen oder die OrganisatorInnen der Demo in eine Ecke zu stellen, wo sie nicht hingehören.

HAUSBESETZUNGEN IN DER BRD - GESCHICHTE UND GEGENWART - TEIL I

In zwei aufeinanderfolgenden Teilen wollen wir im PROJEKTil die Auseinandersetzung mit der 20jährigen Geschichte der HausbesetzerInnenbewegungen in der BRD forcieren. Da wir dabei nicht zu ungenau werden wollten, wurde dieser Artikel sehr lang, so daß wir ihn kurzerhand zerteilt haben. Teil I beschreibt grob die Entwicklungslinien von 1969 bis heute, wobei sich vorrangig an den herausragenden Kämpfen in den Metropolen Frankfurt, Hamburg und Berlin orientiert wurde. Der in der nächsten Ausgabe erscheinende Teil II schaut dann näher in die Provinz, wobei wir dann den Schwerpunkt auf Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen gelegt haben.

Vorgeschichte

Mit dem Zerfall des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) 1969 setzte Anfang der 70'er Jahre auch die Zersplitterung der gesamten, vorwiegend von StudentInnen und Intelektuellen getragenen, APO ein. Auf der einen Seite versuchten Kadergruppen leninistischer Orientierung jeweils »die« revolutionäre Partei aufzubauen, woraus die verschiedenen sich gegenseitig enorm bekämpfenden K-Gruppen resultierten. Als Gegenpol dazu standen die ehemaligen antiautoritären Teile des SDS, die anstelle von Parteiaufbauorganisationen sich eher in informellen Zusammenhängen wiederfanden. Organisierung der Antiautoritären (später Spontis, noch später Autonome) fand in den subjektiv als wichtig empfundenen »Alltags«bereichen statt, was seinen Ausdruck in Kinderläden, Jugendzentren, Happenings und Festivals etc. fand.

Ein anderer Teil der Antiautoritären versuchte in den frühen 70'ern sich in Betriebsgruppen zu organisieren, was hauptsächlich vor dem Hintergrund der italienischen Klassenkämpfe derzeit geschah, die kurz aber heftig eine Perspektive für eine umfassende Revolutionierung der westeuropäischen Gesellschaften zu versprechen schienen. Doch waren diese bedeutschen »Betriebsinterventionen« wesentlich von Intellektuellen getragen und mußten aufgrund ihrer aufgesetzten Herangehensweise scheitern.

Nach dem Ford-Streik 1973 mußten sie sich ihr Scheitern eingestehen und die Betriebsgruppenprojekte verschwanden recht schnell von der politischen Bildfläche. Die Differenzen zu den Arbeitern waren zu groß, der Alltag zu verschieden und die Ziele völlig anders gelagert, als daß die gemeinsame Errichtung von Fabrikräten, wie von den Antiautoritären gefordert, eine reale Chance gehabt hätte.

1. Die ersten Hausbesetzungen in den 70'ern

Aus dieser Erfahrung heraus entstanden die ersten Hausbesetzungen der 70'er Jahre in der BRD. Das Ziel war dasselbe geblieben, nur wurde der Hebel für die Revolution nicht mehr im Produktionsbereich gesucht, sondern im Reproduktionsbereich, in dem man glaubte bessere Chancen für Bewußtseinsbildung der Leute zu haben, da hier die zumeist intelektuellen Spontis (Mittelschicht !), wie die ArbeiterInnen in den Wohnvierteln, ähnliche Ausgangsbedingungen und ähnliche Erfahrungen hätten, aus denen heraus eine Revolutionierung ganzer Wohnviertel und Lebenszusammenhänge mit dem Ziel einer klassenbewußten Organisierung und Revolution denkbar schien.

Dahinter steht die für damalige Verhältnisse recht neue Erkenntnis, daß das Kapital nicht nur die Fabriken regiert, sondern auch die gesamte Reproduktionssphäre der Menschen unter Kontrolle hat, in sie nach Verwertungsgesichtspunkten eingreift und sie entsprechend neu zu strukturieren vermag.

"Dabei wollten sie mit der Form der Häuserkämpfe in zugespitzter Weise eine Einheit zwischen den Interessen von Studenten und Arbeitern gegen einen gemeinsamen Gegner herstellen." (Geronimo)

Die politischen Zentren dieser ersten Häuserkämpfe waren die sozialdemokratisch regierten Metropolen Frankfurt und Hamburg.

Die Umstrukturierung der Innenstädte (Frankfurt im Interesse des Finanzkapitals u. Hamburg im Interesse der Handelsbougeoisie) stand im Mittelpunkt des Angriffes. Traditionelle Wohn- und ArbeiterInnenviertel wurden massiv entwohnt und Ghettosiedlungen an den Stadträndern hochgezogen.

Die Bewegungen in FFM und HH waren beide von ungeheurer Militanz(bereitschaft) geprägt. Die Einrichtung der berüchtigten Frankfurter »Putztruppe«, eines militanten Zusammenhangs, der tatsächlich eine zeitlang die Fähigkeit besaß, Massendemos vor Bullenangriffen zu schützen, war der deutlichste praktische Ausdruck für eine damals intensiv und konstruktiv geführte Militanzdebatte. Die Militanz, war zunächst auch Motor der Bewegung, d.h. daß sich diverse Mietstreiks und weitere Besetzungen der Bewegung aus einem Gefühl gemeinsamer Stärke heraus anschlossen. Das eigentliche Ziel aber wurde nur z.T. erreicht. In der Regel blieben die Spontis unter sich, d.h. breitere Bevölkerungsgruppen, die nötig gewesen wären für eine kontinuierliche Politik mit Massencharakter, konnten lediglich als UnterstützerInnen, aber nur selten als Aktive gewonnen werden. So verwundert es auch nicht, daß nach anfänglicher Verunsicherung die Bullen das Problem Hausbesetzungen in beiden Städten letztenendes militärisch im Interesse der Herrschenden zu lösen wußten.

Es fanden zwar vereinzelt noch Versuche von Besetzungen statt, doch als politisches Mittel waren sie zunächst gescheitert.

Eine Ausnahme war die Besetzung eines Hauses von Frauen in Heidelberg, die mit staatlicher Unterstützung daraus eines der ersten Frauenhäuser errichten konnten. Das Ziel der Frauen war auch ganz anders gelagert: Sie versuchten mit dieser Besetzung nicht eine wie immer geartete Revolution anzuzetteln, sondern erkämpften sich aus persönlicher Betroffenheit heraus einen Rückzugsraum vor alltäglicher Männergewalt. Die "Gefährlichkeit" einer solchen Aktion schien dem System wohl eher begrenzt.

Zu einer Erklärung reicht dies zwar nicht aus, doch gab es die Erfahrung, daß auch in Köln Häuser, die seit 1969 vom SSK (Sozialistische Selbsthilfe Köln) besetzt wurden schnell legalisiert und nicht geräumt wurden. Es scheint also, daß zumindest für diese Zeit die Erfahrung gültig war, daß der Selbsthilfeansatz (ohne explizite Kampfansage an das ganze System) für die Herrschenden ein Grund für eine Legalisierung der Projekte beinhaltete.

Das Thema "Hausbesetzungen" als globalpolitische Kampfform war allerdings nach den gescheiterten Versuchen in den frühen 70'er Jahren erst einmal vom Tisch. Die in der Folgezeit stärker auftretenden "neuen Sozialen Bewegungen", allen voran die Anti-AKW-Kämpfe, bildeten ein neues Feld der Auseinandersetzungen zwischen Staat und

Streugut für Glatteis

autonomen, anarchistischen Kräften. Nach der Etablierung der GRÜNEN als Bundespartei (1979), flauten diese Kämpfe erneut wieder ab, woran die gerade von herausragenden GRÜNEN (Fischer, Cohn-Bendit) angezettelte Gewaltfrage nicht ganz schuldlos war.

2. "Neuentdeckung" der Häuserkämpfe - Berlin 80/81

Anfang der 80'er, gerade als die von sich im System profilierenden "Altlinken" inszenierte Gewaltdebatte in vollem Gang war, kam es dann, "wie aus dem Nichts" europaweit zu militanten Auseinandersetzungen (sogenannte Jugendprotestbewegung), die sich vor allem an der Frage zu erkämpfender Freiräume entfachten. Angefangen in Zürich, wo der Kampf um ein autonomes Jugendzentrum die größten Staßenschlachten in der sauberen eidgenössischen Geschichte entfachte (empfehlenswert dazu der Film: »Züri brännt«), bis hin nach Berlin wo am 12.Dezember 1980 nach einer von den Bullen verhinderten Hausbesetzung die berüchtigte Straßenschlacht vom 12.12. stattfand, rumorte es eigentlich in ganz Europa. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in Berlin über 150 Häuser besetzt und gehalten, z.T. sogar legalisiert worden, ohne daß es Auseinandersetzungen gegeben hätte.

Angefangen hatte in Berlin alles als klassische BürgerInnenbewegung. Die BI "SO 36" besetzte am 3.11.79 drei leerstehende, als Spekulationsobjekte dienende Häuser. In dieser Besetzung wurde der Begriff "Instandbesetzung" kreiert, der die eindeutige Zielrichtung der Aktion schon andeutet: Protest gegen die Wohnraumzerstörung im Interesse von Spekulanten und die Zerstörung der Kiezstruktur durch Abriss erhaltenswerten Wohnraums. Ziel war also zunächst nicht das kapitalistische System als solches anzugreifen, sondern gegen seine Auswüchse und Ungerechtigkeiten demonstrativ zu protestieren. Es verwundert auch nicht vor den oben geschilderten Erfahrungen, daß diese sehr stark projektbezogene Aktionsform mit ausdrücklichem Selbsthilfecharakter erstmal nahezu unbehelligt von der Staatsmacht blieb. Die Aktion der BI "SO 36" stieß auf eine riesige Symphatiewelle in der Bevölkerung, v.a. in Kreuzberg.

Etwas mehr als ein Jahr später, mittlerweile waren über 150 Häuser in ganz West-Berlin besetzt, erhielt die InstandbesetzerInnenbewegung nach der riesigen Straßenschlacht vom 12.12. einen unvorstellbaren Radikalisierungsschub, in dem sie sich von der klassischen BürgerInnenrechtsbewegung hin zu einer revolutionären, autonomen Bewegung entwickelte. Alleine der Zwang sich mit der einsetzenden Repression und Kriminalisierung auseinandersetzen zu müssen (im folgenden Jahr gab es in Berlin nach Aussage des EA über 5000 (!) Ermittlungsverfahren, die zum Teil in übertriebenen Knaststrafen für die Betroffenen endeten),

brachte die bislang weitgehend "demokratische Bewegung" dazu hinter die demokratische Fratze des Systems zu schauen. An der Einpunktkampagne gegen Wohnraumzerstörung entwickelte sich eine revolutionäre Bewegung mit neuen revolutionären Forderungen:
"Bis zum 12. Dezember hatte es ja eigentlich recht brave Forderungen gegeben, danach sind die Leute radikalisiert und politisiert worden. Viele BesetzerInnen wollen jetzt nicht mehr legalisiert werden. Und dann haben sie ja gesehen, daß Steine die besten Argumente sind: Denn das was wir heute angeboten bekommen vom Senat, hätten wir damals nicht einmal zu fordern gewagt." (Mitglied von SO 36, Anfang 1981)
Die neuen Forderungen beinhalteten im wesentlichen die Freilassung aller Gefangenen, die Einstellung aller Verfahren, Nutzungsverträge ohne Bedingungen für alle besetzten Häuser, zuweilen auch Enteignungsforderung von Banken und Spekulanten.
Aber auch die Forderung nach "Verhandlungen statt Bürgerkrieg" wurde in der Folgezeit immer deutlicher von einer Gruppe, die zunächst mehrheitlich den häuserübergreifenden BesetzerInnenrat stellte, formuliert.
Als es dann Anfang 1981 zu Verhandlungen kam, verstand es der Apparat eine Spaltung, die sich innerhalb der Bewegung in Berlin andeutete, geschickt auszunutzen. Die beiden sich herauskristallisierenden Parteien wurden in Berlin als "Verhandler" und "Nicht-Verhandler" benannt.
Nicht ganz unwichtig ist, die beiden Gruppen weiter zu bestimmen, weg von der pragmatischen Einteilung hin zu einer sozio-politischen: die Gruppe der "Verhandler" rekrutierte sich im wesentlichen aus einem (studentischen) Intelektuellenmilieu, und vertrat zumeist den beschriebenen projektbezogenen Ansatz der Eroberung von Freiräumen. Auf einem hohen politischen Niveau und starker kommunalpolitischer Orientierung sind diese den neuen sozialen Bewegungen der 70'er Jahre zuzuordnen und standen vielfach der Berliner AL politisch nahe.
Die "Nicht-Verhandler" rekrutierten sich dagegen vorrangig aus von der Krise betroffenen Klassen (Stichwort 'Neue Armut'). Aus dem "no future feeling" und der daraus entstandenen Punk-Bewegung, die als der radikalste politisch soziale Ausdruck der ökonomischen Krise der frühen 80'er gelten kann, wurden Häuser als reine "Dach-über-dem-Kopf-Politik" besetzt. Eine Auseinandersetzung mit den Herrschenden war dieser Gruppe zunächst rein emotional zuwider. Sich mit denen, die für ihre Armut insgesamt verantwortlich waren an einen Verhandlungstisch zu setzen erst recht. Ausdrückliche Strategie der "Nicht-Verhandler" war: "Täglich eine Millionen Sachschaden zur Durchsetzung der Häuser!"
"Teile der Hausbesetzerbewegung übersetzten den Autonomiebegriff kurzerhand als individualistischen Rückzug von jeder Form kapitalistischer Lohnarbeit. Abgesehen davon, daß diese Vorstellung unter den 'objektiven' ökonomischen Bedingungen des Kapitalismus illusorisch ist, ging im Prinzip damit auch jeder Anspruch auf die Vermittlung der eigenen Vorstellungen in die Wirklichkeit anderer gesellschaftliche Bereiche verloren." (Geronimo)
Die Spaltung der Berliner Bewegung war perfekt, als die Verhandlungen zwischen dem Spd/Fdp-Senat und dem BesetzerInnenrat begannen. Die "Nicht-Verhandler" verließen den BesetzerInnenrat.
Wesentliche Motivation des Senats sich überhaupt auf solche Verhandlungen einzulassen, waren die Wahlen im März 81, die durch die Krawalle seit dem 12. Dezember 80 ernsthaft für die Spezialdemokraten gefährdet schienen. Außerdem erhoffte sich der Senat den Weg frei machen zu können für eine Politik nach dem Motto: "Die Guten ins Häuschen, den Schlechten auf's Köpfchen."



Innerhalb weniger Wochen war dann auch ein perfekter Vertragsentwurf in Worte gegossen, dem beide Verhandlungsparteien zustimmen wollten. Dieser Vertrag sah vor eine Treuhandgesellschaft zu gründen, in deren Besitz alle besetzten Häuser übergehen sollten, und die per Satzung dazu verpflichtet sein sollte diese Häuser im Interesse der BewohnerInnen zu verwalten. Die Forderung nach Amnestie und Entkriminalisierung wurde von der "Verhandler"-Fraktion allerdings dafür über Bord geworfen
Trotz aller "Bemühungen" verlor die scheinheilige Spd die Wahlen zum Senat und zeigte daraufhin keinerlei weitere Motivation auf administrativem Weg diesen Vertrag zu ratifizieren. Im Juni übernahm Weizäcker die Regierung und Lummer (neuer Innenminister) verfolgte in der Folgezeit, wie im Wahlkampf versprochen, die harte Linie (keine Besetzung länger als 24 Stunden) gegenüber dem "Problem" Hausbesetzungen.
Die Fraktion der "Nicht-Verhandler" erhält kurz nochmal einen enormen Zulauf, die Bewegung radikalisiert sich ganz stark, was vor allem die militanten Auseinandersetzungsformen betrifft, kann sich aber nicht ausweiten, was z.B. neue Mietstreiks, oder Neubesetzungen betrifft. Die ehemaligen "Verhandler" ziehen sich zu einem Großteil frustriert aus den Kämpfen zurück.
Mit der Räumung von 8 Häusern am 22.9.81, in deren Folge Klaus Jürgen Rattay von Bullen vor einen Bus gejagt und ermordet wird, beginnt die militärische Zerschlagung der gesamten Bewegung. In drei Monaten bis Ende des Jahres 1981 sind über 100 Häuser von Lummers Schergen geräumt worden.

3. Die Hamburger Hafenstraße: autonomes Projekt mit Dauerwirkung

In Folge der Berliner HausbesetzerInnenbewegung gab es in Hamburg Überlegungen eben diesen gesellschaftlichen Widerspruch zwischen Wohnraummangel und gleichzeitiger

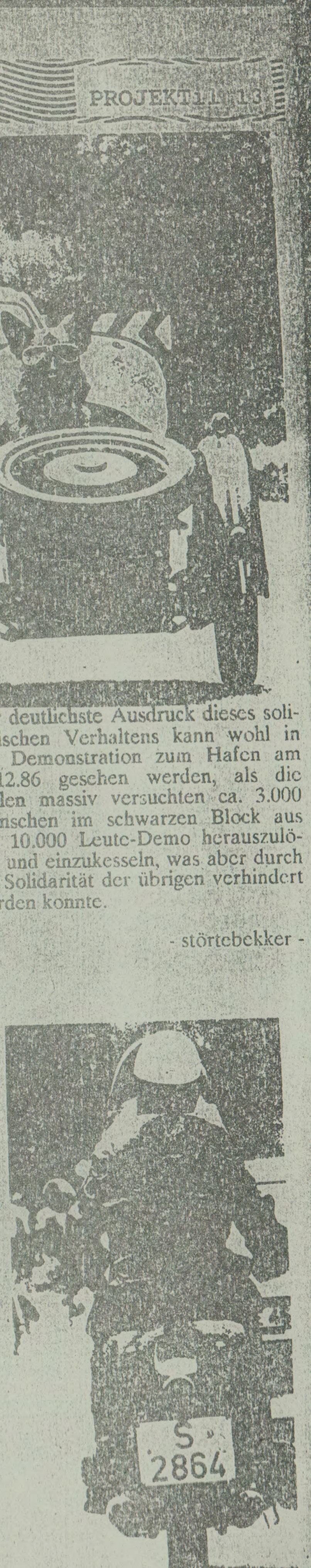


wieder auftritt, wurde vor dem Hintergrund der Berliner Erfahrungen, daß in einer geplanten militärischen Auseinandersetzung der Staat immer der stärkere bleibt - egal wie stark die Bewegung auch ist - abgelehnt.

"Im Verlauf eines oft qualvollen Lernprozesses haben sie (die BewohnerInnen der Hafenstraße) ein fein abgestuftes System der Gegenwehr entwickelt, mit dem sie auf die alltäglichen Schikanen ihrer administrativen Gegner geantwortet haben. (...) Die Stärke der Besetzerbewegung lag darin, daß sie auch in der Zuspitzung (während der Barrikadentage) die Machtverhältnisse realistisch einschätzte und die eigenen bescheidenen Gewaltmittel auch jetzt als flexiblen Bestandteil im politischen Machtkampf handhabte. Die Gegengewalt blieb kalkuliertes Mittel zum Zweck." (»1999« Zeitschrift für Sozialgeschichte, 1/88)

Nochmal zusammengefaßt heißt das: Die Hafenstraße konnte sich bis heute (fast ein Jahrzehnt) als besetztes Projekt halten, weil zum einen nie ein Teilbereichs- oder reduzierter Freiraum-Kampf geführt wurde, zweitens unter anderem dadurch erreicht werden konnte, daß der Hafenzusammenhang eine große überregionale Bedeutung für autonome und antiimperialistische Zusammenhänge erlangte, und drittens weil sie durch die Form ihrer Bündnispolitik und die Abstufung von Kampf- und Verhandlungswegen zugleich nie eine Spaltung der öffentlichen Solidarität oder gar der Bewegung (wie in Berlin) zuließ.

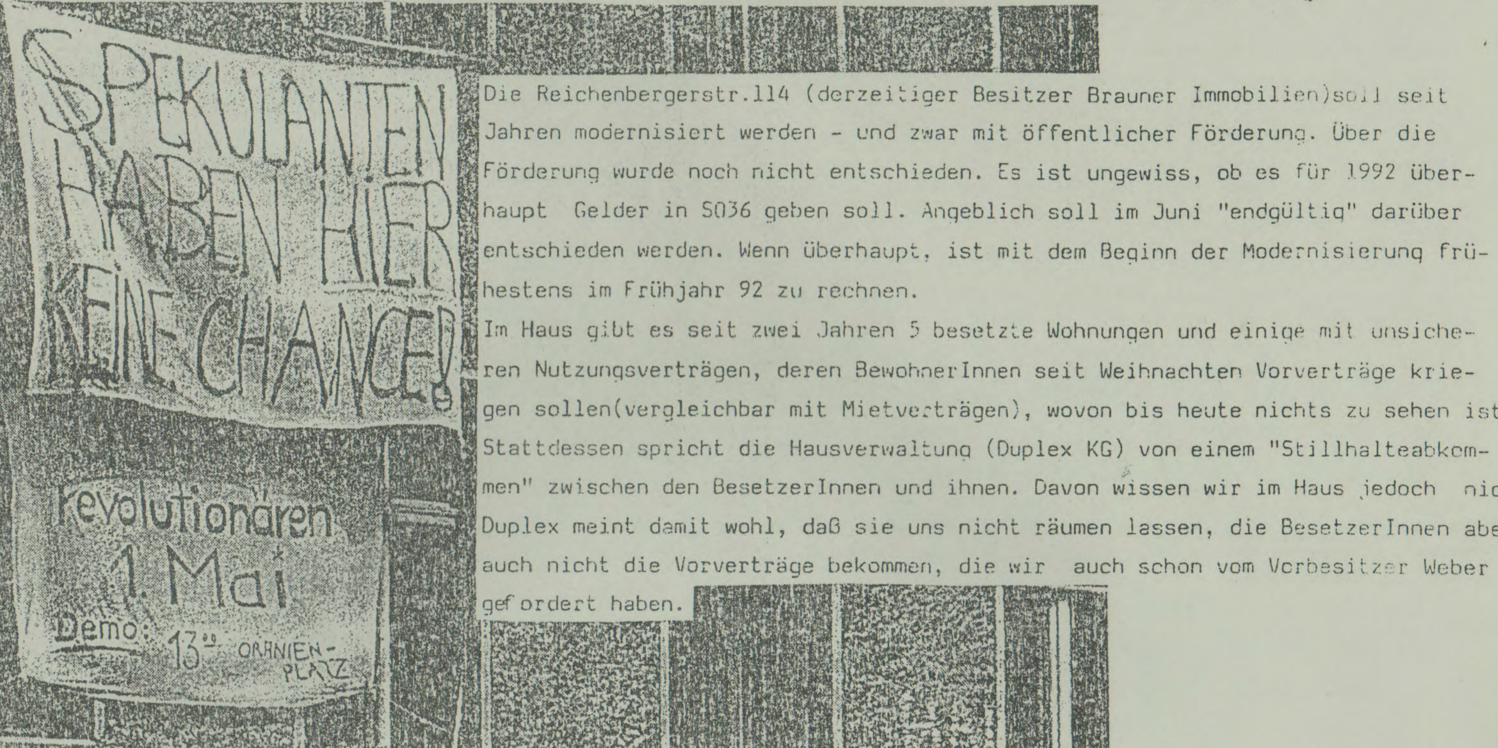
Als »glücklicher Zufall« ist es zu werten, daß gerade in der Zeit 1986/87, als die ersten befristeten Verträge ausliefen, die Linke in der BRD unter dem Eindruck der Alltagsgewalt des Staates (nach dem GAU von Tschernobyl) kurzzeitig eine solidarische Gewalt- und Militanzdebatte führte, in der Gewaltfreie und Militante ihre Aktionsformen gegenseitig anerkannt und akzeptiert hatten, wodurch die übliche Spaltungspolitik - BürgerInnen die ihr Recht fordern gegen "Kriminelle" - solidarisch verhindert werden konnte. Das führte auch dazu, daß sich keine (wie in Berlin) stumpfe »Randale-Fraktion« innerhalb der Autonomen herausgebildet hatte. Militante Aktionen im Zusammenhang mit dem Hafen wurden auch immer wieder sehr selbstkritisch beleuchtet und einer möglichst breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht (Bsp.: Die Aktionen und die selbstkritische Reflexion der »Revolutionäre für ein flammendes Fest«, die die taz als öffentliches Forum zu nutzen wußten).



Der deutlichste Ausdruck dieses solidarischen Verhaltens kann wohl in der Demonstration zum Hafen am 20.12.86 gesehen werden, als die Bullen massiv versuchten ca. 3.000 Menschen im schwarzen Block aus der 10.000 Leute-Demo herauszulösen und einzukesseln, was aber durch die Solidarität der übrigen verhindert werden konnte.

- störtebekker -

REICHENARGER .DER 114.



Die Reichenbergerstr.114 (derzeitiger Besitzer Brauner Immobilien)soll seit Jahren modernisiert werden - und zwar mit öffentlicher Förderung. Über die Förderung wurde noch nicht entschieden. Es ist ungewiss, ob es für 1992 überhaupt Gelder in SO36 geben soll. Angeblich soll im Juni "endgültig" darüber entschieden werden. Wenn überhaupt, ist mit dem Beginn der Modernisierung frühestens im Frühjahr 92 zu rechnen.

Im Haus gibt es seit zwei Jahren 5 besetzte Wohnungen und einige mit unsicheren Nutzungsverträgen, deren BewohnerInnen seit Weihnachten Vorverträge kriegen sollen(vergleichbar mit Mietverträgen), wovon bis heute nichts zu sehen ist. Stattdessen spricht die Hausverwaltung (Duplex KG) von einem "Stillhalteabkommen" zwischen den BesetzerInnen und ihnen. Davon wissen wir im Haus jedoch nic Duplex meint damit wohl, daß sie uns nicht räumen lassen, die BesetzerInnen abe auch nicht die Vorverträge bekommen, die wir auch schon vom Vorbesitzer Weber gefordert haben.

Inzwischen sind einige MieterInnen endumgesetzt und praktisch standen seit Feb./ März mehrere Wohnungen leer. Und so befürchteten die Hausverwaltung Duplex, Mieterladen SO36 und STERN, nicht ohne Grund, daß die freien Wohnungen besetzt werden würden. Genau das hatten wir auch vor und schon einige Frauen angesprochen, die sich das vorstellen konnten und auch gleich die Schlösser auswechselten.Wir erfuhren aber,daß inzwischen Kiezdach e.V. für 5 der Wohnungen einen 6-monatigen Nutzungsvertrag abgeschlossen hatte, um sie zur "Unternutzung" weiterzugeben.

Kiezdach ist räumlich und personell eng verknüpft mit dem Verein SO36 und einer der vielen Vereine, die als Befriedungspuffer mit "Anspruch" fungieren. Er gibt Wohnungen , die sanierungsbedingt leer stehen, an Obdachlose weiter, ist aber nicht unbedingt an niedrigen Nutzungsgebühren interessiert, sondern vertritt den Standpunkt, daß genommen werden muß, was angeboten wird. Daß sie damit unterstützen, daß Spekulanten mit sanierungsbedingtem Leerstand auch noch Profite machen, ist ihnen egal.

Ein Mitarbeiter von Kiezdach hat vor einiger Zeit schon zugesichert, daß keine Verträge mit Duplex gemacht werden, bevor nicht entlich die Vorverträge unterschrieben sind.Außerdem war auch zugestimmt worden, daß die,die jetzt schon im Haus wohnen, da mitzureden haben, wenn Wohnungen frei werden. Trotzdem hatte Kiezdach ohne ein Wort an das Haus Verträge gemacht und Männern und Frauen in Aussicht gestellt, in die Reiche einzuziehen.

Wir standen dann vor dem Problem, daß es für alle Wohnungen doppelte Belegung gab: einmal die,die drauf und dran waren zu besetzten und dann die Leute von Kiezdach.



Für uns als BewohnerInnen ist es wichtig, daß die, die einziehen wirklich ein Interesse daran haben, sich als Hausgemeinschaft gegen die Besitzer (z.B. gegen Privatmodernisierung)zu wehren.Deshalb versuchen wir seit Jahren ein Wort mitzureden, wer in die Reiche einzieht.
Außerdem wollen wir auch , daß viele Frauen einziehen. Unser Haus ist eines der wenigen, wo schon viele Frauen zusammen wohnen,und das wollen wir natürlich weiter ausbauen.
Deshalb haben wir uns mit allen, die in die freien Wohnungen reinwollten ,getroffen. Dabei ging es natürlich auch um Dringlichkeit. das Ergebnis war, das teilweise Frauen und ein Mann von Kiezdach und teilweise die Frauen, diebesetzen wollten, in die Wohnungen gehen.Auch waren alle einverstanden,Nutzungsverträge mit Kiezdach abzuschließen. Von dem für unser Haus zuständigen Kiezdachmitarbeiter wurde diese Lösung akzeptiert und ein Termin zum Vertragsabschluß gemacht, wo er nicht erschien.
Als wir allerdings erfuhren, daß die Nutzungsgebühr DM 3,95 statt der uns mitgeteilten 2,20 betragen sollte, erklärten wir gegenüber Kiezdach, daß wir eine Gebühr, die höher ist ,als die vorherige Miete (wo du immerhin das Recht auf Umsetzwohnung hast) nicht akzeptieren. Die vor drei Jahren erkämpfte Nutzungsgebühr beträgt DM 1,11, die nicht erkämpfte 6,6o. Wir wollten versuchen, gemeinsam mit Kiezdach bei Duplex eine niedrigere Gebühr auszuhandeln und haben von ihnen verlamgt, daß sie sich dafür einsetzen. Zu diesem Zweck erstellten wir Mängellisten, machten Besichtigungstermine mit dem Kiezdachvorstand aus und warteten 3 Treffen lang vergeblich auf Duplex, die sich angeblich laut Kiezdach angekündigt hatten.

Aber es ging uns nicht nur um die Knete: Als wir dann die Verträge, die Kiezdach üblicherweise mit ihren UntermieterInnen macht, zu Gesicht bekamen, waren wir ziemlich schockiert, wie abgeklärt und diskriminierend ihr Verhältnis zu Obdachlosen und "sozial Schwachen"(O-Ton Kiezdach) ist. Abgesehen davon, daß sie sich vorbehalten, einmal im Monat die Wohnungen zu kontrollieren, haben sie einen Paragraphen aufgenommen, der besagt, daß die MieterInnen,die Wohnungen auf ihre Kosten frei von Ungeziefer halten müssen... Wir wollten, daß sämtliche diskriminierenden Artikel aus den Verträgen gestrichen werden. Und zwar nicht nur für uns, sondern für alle, an die Kiezdach vermietet. Daraufhin änderte er <u>unsere</u> Verträge.
Da sich das alles über Wochen hinzog, die "Neuen" aber dringend die Wohnungen brauchten, zogen sie <u>mit Zustimmung des Kiezdachmitarbeiters</u> schon mal in die Wohnungen ein.
Von einem Tag auf den anderen war plötzlich Funkstille. Die Verhandlungen mit uns wurden weder abgebrochen noch kam es zu dem Gespräch mit Duplex in unserm Beisein. Bis jetzt haben wir weder Verträge noch Strom.
Stattdessen erfuhren wir, daß der Kiezdachmitarbeiter plötzlich schwer erkrankt ist und fanden eine Woche später zwei Zettel an unseren Türen und in den Brief-

oder

"Wi



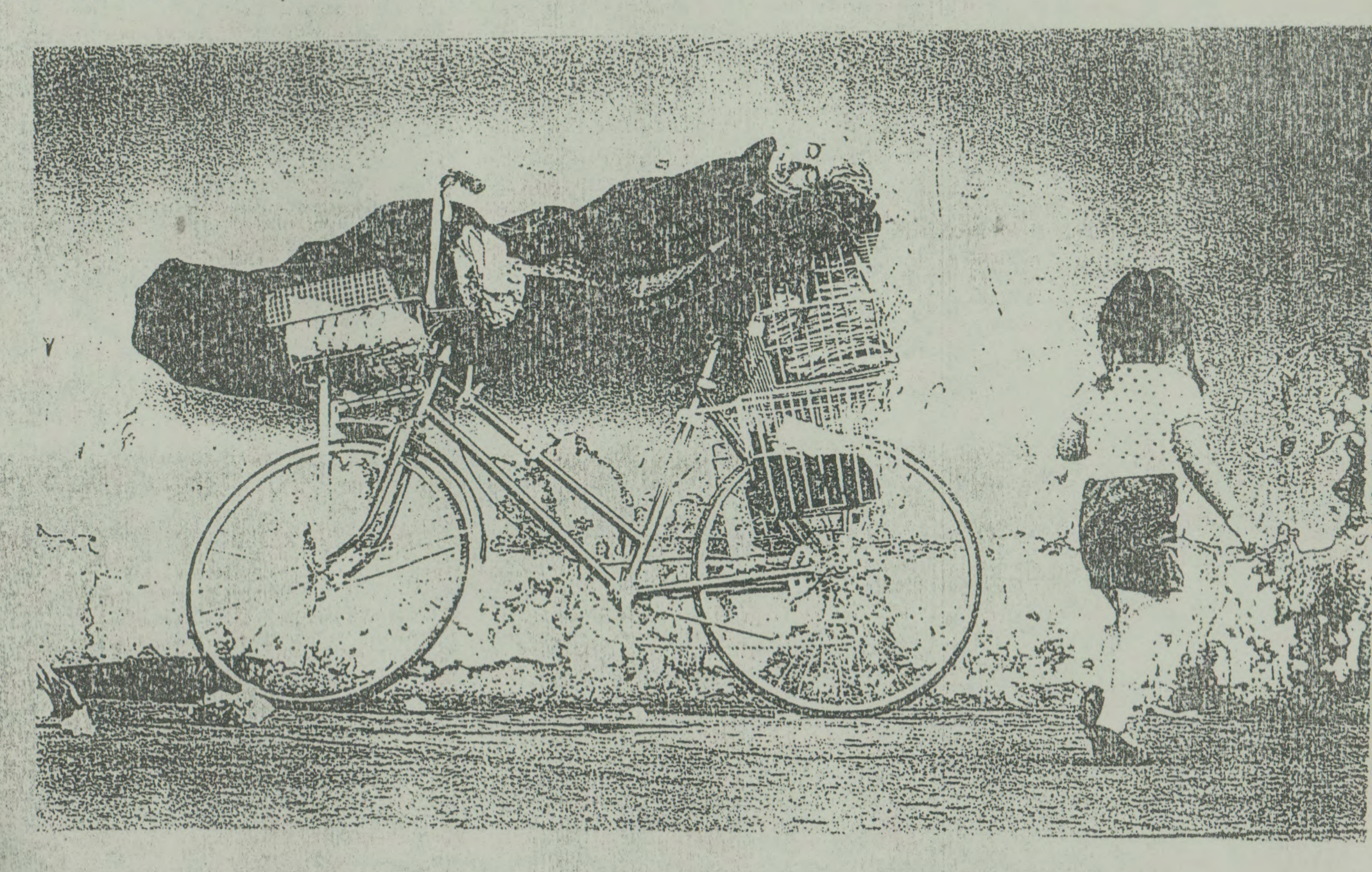
Wie wir uns gedacht hatten, nimmt der Vorstand nun die Dinge selbst in die Hand .Nachdem sie vergeblich versuchten aus den Verträgen mit Duplex rauszukommen, wolen sie uns jetzt auf andere Weise loswerden oder zumindest zwingen, anstandslos Verträge zu ihren Bedingungen zu unterschreiben.

Wie sich das alles vereinbaren lässt mit ihrem politischen Engagement gegen Mietwucher und dem Halten von Redebeiträgen (z.B. auf der letzten Kiezdemo, wo sie zur gemeinsamen Organisierung gegen Spekulanten aufriefen) ist die Frage. Vielmehr erfüllt Kiezdach vortrefflich die Funktion, die Vereinen dieser Art in der Wohnungspolitik zugedacht ist, und verhält sich wie der Verein SO36 und andere sozialarbeiterische Projekte auch:
Wenn Frauen und Männer die formulierten Ansprüche beim Wort nehmen, sich organisieren und ihre Interessen selber in die Hand nehmen, werden andere Saiten aufgezogen.Letztendlich handeln sie immer im Interesse der Hausbesitzer und sind sich dabei nicht zu blöde zu lügen und Intrigen zu spinnen: Um selber aus den Verträgen mit Duplex rauszukommen behauptet Kiezdach, ihnen"Unbekannte" hätten "ihre" Wohnungen besetzt!!! (s.Brief)
Das Argument, daß sich da schon wieder welche an der Schlange der Wohnungssuchenden vorbeigedrängelt haben, soll einmal mehr (siehe Lübbi) eine Räumung "rechtfertigen".

NICHT MIT UNS !!

WIR LASSEN UNS VON KIEZDACH NICHT AUFDRÜCKEN WELCHE OBDACHLOS UND WELCHE OBDACHLOSER SIND

WIR BLEIBEN DRIN , BIS TATSÄCHLICH GEBAUT WIRD !!



BLEIBEN IN SO36" - UND AUCH IN DER REICHE 114

21.05.1991

Duplex Bauträger GmbH & Co
Hausverwaltungs KG
Georg-Wilhelm-Straße 23
1000 Berlin 31
Telefon 833 19 59
Telefax 893 19 98

Unrechtmäßiges Nutzungsverhältniss

Wie wir von dem Verein Kiezdach e.V. informiert worden sind wird diese Wohnung von jemanden bewohnt, ohne von dem Mieter Kiezdach einen Vertrag zu haben.

ZUR INFORMATION:
Diese Wohnung wurde an Kiezdach vermietet um Obdachlosen oder sozial schlecht gestellten Personen die Möglichkeit eines Daches über dem Kopf zu geben.

Das nun jemand diese Räume besetzt ist nicht nur unrechtmäßig sondern nach unserer Auffassung auch ein sozial sehr unfaires Verhalten. Wenn der oder die jetzige Nutzer/in dringend Wohnraum sucht sollte er/sie sich bei Kiezdach melden.

Es ist auch unfair den Mieter- und Mieterinnen aus dem Fabrikgebäude den zukünftigen Wohnraum im Vorderhaus durch solche Aktionen wegzunehmen. Diese Wohnungen werden während der Sanierungsphase und danach für die Leute aus dem Haus benötigt.

Wir fordern deshalb den / die Nutzer auf die Räume wieder frei zu geben, und sich bei Kiezdach oder uns zu melden, um eventuell Abhilfe zu schaffen.

Eine weitere unrechtmäßige Inbesitznahme kann zu einem scheitern des ganzen Öffentlichen Sanierungskonzeptes dieses Hauses führen.

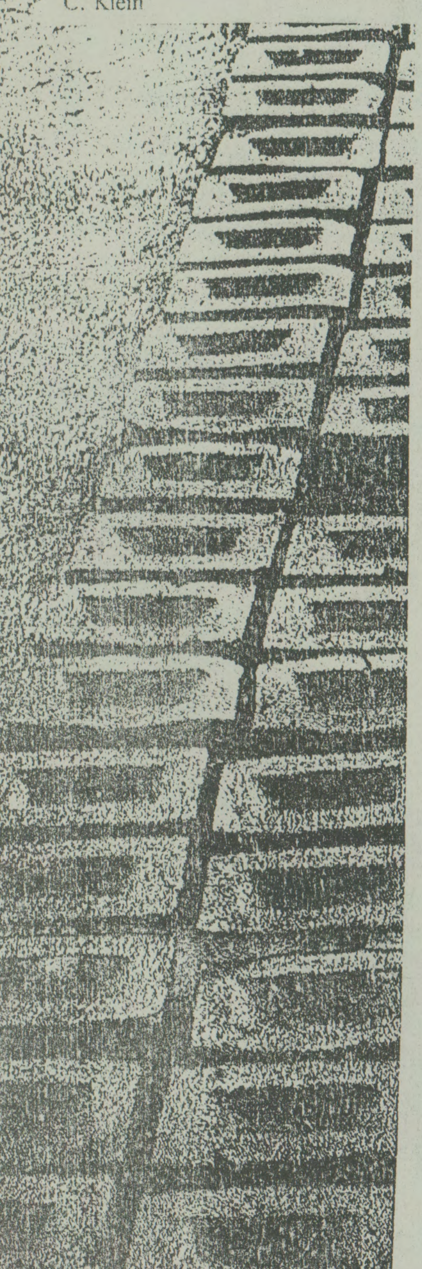
Brauner Dr. Immobilien 8 82 41 06
Beteiligungs KG 8 83 47 81
15 Kurfürstendamm 202

D U P L E X
Hausverwaltungs KG

C. Klein



c/o Verein SO 36 e. V.
Wrangelstr. 40
Tel. 612 60 30/612 30 70



Berlin 36 ,den 22.Mai 1991

An die BewohnerInnen in der
ReichenbergerStr. 114

Hallo Leute !

Kiezdach e. V. hat, zur Zwischennutzung bis Modernisierung bzw,Baubeginn, hier in Vorderhaus und Quergebäude, zunächst fünf Wohnungen angemietet (per 15.3. und 1.4.91) um den Wohnraum an obdachlose Menschen weiterzugeben.
Das wurde jedoch bisher nicht möglich, da von "Unbekannt" ein Schlössertausch und Wohnungsbesetzung vorgenommen werden ist.

Diese Situation mußte jetzt zur Sprache kommer, denn Kiezdach e.V. kann nicht unbegrenzt Miete für Wohnraum zahlen, der - in vorgesehener Weise - nicht nutzbar ist. -

Die erkannte "Ellenbogenmentalität" ist doppelt mißlich:
Zum einen werden schwächere Wohnungslose - die z.Zt.noch "Platte machen"- weggedrückt, zum anderen wird dem sozialengagierten Projekt Kiezdach e.V. massiv entgegengewirkt.
Ein Schaden für alle Beteiligte!

Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, daß "Neuvermietungen" mit unbefristeten Verträgen z,Zt. nicht vorgenommen werden.

Laut einer Vereinbarung zwischen der Hausverwaltung Duplex K.G., dem Mieterberatungsverein SO36, sowie den BewohnerInnen der Reiche 114 , vom Juli 1990 , war bisher keine "Neubesetzung" vollzogen worden.
Warum gerade jetzt, wo Kiezdach e.V als Vertraglicher (und verträglicher) Nutzer hinzukommt? -

Bitte um Kenntnisnahme:

In einem Schreiben vom 17.Mai 91 teilt uns DUPLEX KG u.a. mit

Einschränkend müßen wir jedoch darauf hinweisen, daß wir zur Wahrung unserer Rechte spätestens in 14 Tagen Strafantrag gegen Unbekannt wegen Hausbesetzung und Hausfriedensbruch bei den zuständigen Behörden stellen müßen, wenn nicht von Ihnen bis dahin eine Erklärung eingeht, daß Ihnen die Räume zur Verfügung stehen oder mit den Besetzern eine Vereinbarung über die Räumung der Wohnungen in Aussicht steht.

Wir machen hiermit dringend darauf aufmerksam !!

Mit im Hause lebenden "Wohnungslosen" sind wir weiterhin bereit Konstruktive Gespräche zu führen, wenn sie in der Absicht zu rascher Verständigung aus geschilderter Weise (Obdachlosigkeit!) gewünscht sind.

Derzeit letzte Möglichkeit zur Terminvereinbarung mit Kiezdach e.V. ist Mittwoch, der 29.Mai .

Es grüßt Kiezdach e.V
- Vorstand -

REICHENÄRGER'S unendliche Geschichte (2. Folge)

Was bisher geschah, war in der Interim 149 zu lesen. Der Artikel ging auch nicht an Kiezdach vorbei. Sie reagierten prompt mit einem 8-Punkte-Statement.
Am 5.6. gab es dann besagtes Treffen mit dem Kiezdachvorstand und Leuten aus dem Haus.
Fazit: Von Kiezdach gibt es keine Verträge für Leute, die bereits in den Wohnungen sind. Außerdem werden die 3 Wohnungen, die jetzt noch frei werden, nicht mehr angemietet.
Begründung: Wir seien nicht ihr "Klientel", entsprächen nicht ihren Kriterien, seien nicht betreuungsbedürftig.
Wir brauchen zwar ihre Betreuung nicht, aber es ist alles andere als locker zu besetzen und auch wirklich drin zu bleiben.
Irgendwie scheint Kiezdach sich erst angesichts des Ärgers mit uns auf ihre Statuten und ihr Klientel zu besinnen, da sie in anderen Häusern sehr wohl Verträge mit Leuten abgeschlossen haben, die nicht den jetzt artikulierten Kriterien entsprechen.
Außerdem sind auch Leute aus ihren Listen in die Reiche eingezogen oder warten auf die freiwerdenden Wohnungen. Mit denen wollen sie jetzt auch nichts mehr zu tun haben. Da bleibt uns eher der Eindruck, daß Kiezdach unbequeme aufmüpfige Leute loswerden will oder, daß die, die nicht alles mit sich machen lassen, grundsätzlich nicht ihr Klientel sein können.
Der Kiezdachvorstand erklärt damit nach 2 Monaten die Verhandlungen mit uns für null und nichtig. Der Mensch, der die Verhandlungen mit uns geführt hat, ist inzwischen ausgestiegen. (Kiezdach war übrigens nicht an der Kiezdemo mit einem Redebeitrag beteiligt. Das war Eigeninitiative von diesem Mitarbeiter. Wir trennen sowas normalerweise nicht.)

Dies war eine - mehr oder weniger inhaltliche - Ebene des Treffens, die andere glich eher einem absurden Theater:
Akteure: Zwei Männer, eine Frau
1) Gabi Keutmann:
Die tragische Figur, die "Friedfertige", die zwar am klarsten sagen kann, daß wir nicht ihrem "Klientel entsprechen, die aber niemandem wehtun, d.h. uns nicht räumen will, aber nicht sieht, daß ihr ganzes Verhalten auf eine Räumung hinausläuft, bzw. für die Leute in den Wohnungen bedeutet, weiter in Unsicherheit und mit Räumungsdrohung zu leben.
2) Micha Fiedler (der mit den grauen längeren Haaren und der Baskenmütze):
Mit seiner immer wiederkehrenden Frage: "Welche genau betrifft es denn?", "Wie heißt ihr denn?" Versucht er zu individualisieren, auszuhorchen und die Koorperationsbereitschaft abzuchecken.
3) Fritz (Autonomenhasser):
"Ich würde euch räumen lassen! Das könnt ihr auch in der Interim schreiben.", "Ihr (Autonomen) geht im Osten besetzen und nehmt damit den Leuten dort die Wohnungen weg.", "Erst wollt ihr keine Penner im Haus, dann einen sauberen Kiez, dann Deutschland den Deutschen."

Nach dem letzten Klopper sind wir gegangen. Spätestens jetzt ist klar, daß es mit Kiezdach keine Verhandlungen mehr geben wird. Mit ihrer Weigerung uns Verträge zu geben, sind sie verantwortlich für eine eventuelle Räumung.
Am meisten hat uns an der ganzen Sache geärgert, uns abarbeiten zu müssen an dem Puffer Kiezdach, eingeschaltet zwischen uns und Hausbesitzer. Darüber werden wir nachdenken - wie's weitergehen wird, ist noch offen, sicher aber ist: WIR BLEIBEN DRIN!

Auch das Bezirksamt und die Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg sind dem Heinischhaus wohl gesonnen. Ihnen ist dieses Projekt allemal lieber als die Häuser der Linken. Schließlich haben sie doch Heinisch die 111 angeboten. Die Hausbesetzer sind da schlechter dran. Die läßt die WBL am ausgestreckten Arm verhungern. Verträge stehen nicht in Aussicht. Es gibt zwar einen Runden Tisch und Verhandlungen, jedoch ist dies alles nur Kasperletheater.
Eine weitere, dubiose Rolle spielt der Sanierungsträger. Die Links-alternativ/liberale Firma LIST ist im Wedding zu Hause und arbeitet dort, wie mitlerweile auch in Mitte, an Selbsthilfe- und Sozialprojekten. Die Situation in der Pfarrstraße bereitet ihr keine Probleme. Zwar ist man sich der Brisanz bewußt, jedoch gäbe es für sie keine Anhaltspunkte, daß es sich bei Heinischs "Jungs" um Faschos oder deren Sympathiesanten handle.

Am 9. Mai1991 (Himmelfahrt) wurden die besetzten Häuser in der Pfarrstraße von einem großen Haufen Faschos angegriffen. Mit Mollis und Steinen traktierten sie die Häuser bis sie dann zurückgeschlagen werden konnten. Nach Zeugenaussagen und nach Fotos und Filmaufnahmen waren ganz klar Leute aus Heinischs Projekt aktiv daran beteiligt. Heinischs erste Reaktionen altbekannt und mitlerweile gut trainiert: Schulterzucken und abwiegeln. Er hat "seine Jungs" im Griff.

Heinisch hat seine "Jungs" alles andere als im Griff oder er tolleriert derartiges wissentlich. Er ließ sich vor den Karren der Machthaber dieser Stadt spannen und benutzen. Er hat Selbstvermarktung betrieben und sich von Pressetermin zu Pressetermin begeben.
Sein Projekt ist zur normalen Arbeitsstelle verkommen. Mit Gemeinschaft ist da nicht viel los. Es gibt einen tiefen Bruch in der Gruppe, nur wenige glauben noch immer an Heinisch. Die meisten "Seiner Jungs" sind ihm schon lange aus den Händen geglitten und glauben sich von ihm betrogen. Hinter seinem Rücken heißt er "Schummel-Heinisch. Die drei "Linken" aus dem Projekt sind ausgestiegen und arbeiten nun (weiter für LIST) im Wedding.

Heinischs ehemalige, langjährige Vertraute, Mitarbeiterin und Freundin wurde von ihm und mit Hilfe der Kirche aus dem Projekt gedrängelt. Ihre Bindung zu Leuten aus dem Projekt wäre, laut Heinisch, zu stark und würde dem abträglich sein. Heinisch REGIERT uneingeschränkt, nach allen Seiten abgesichert.

So betreibt man keine Sozialarbeit und so bekommt man keine rechtslastigen Kids "resozialisiert". Es ist zwar äußerst nötig, mit sozialen Projekten ein Auffangbecken zu schaffen, um orientierungslosen und faschistisch gefährdeten Jugendlichen eine Alternative aufzuzeigen und ihre Indvidualität zu fördern. Gerade die Kirche ist dort angefragt und Geld und Räumlichkeiten stehen ihr ausreichend zur Verfügung. Jedoch kann es nicht sein, daß derartige Projekte einzeln und ohne jede Breitenwirkung zum Renommierobjekt verkommen und dem Sozialarbeiter zur Selbstprofilierung dienen.
In diesem Fall kann es nur heißen: Wenn der Kirche und der Stadt etwas an diesem Projekt liegt, dann muß Heinisch weg und dafür ein wirklich guter Sozialarbeiter her, dem es nicht um sich selber geht, sondern um die "Jungs".

Barni Geröllheimer

Vorabdruck aus "telegraph"

Ist das Heinischhaus ein Nazi-Center?

Allerorten wird er bestaunt und gelobt, der Michael Heinisch,Sozialarbeiter der evangelischen Kirche Berlin/Brandenburg und seit einigen Jahren Leiter des Lichtenberger Kirchenprojektes mit "rechtslastigen Jugendlichen".

Es gibt mitlerweile kaum noch Medien innerhalb der "BRD" die nicht über ihn und sein Projekt geschrieben haben. Er gilt als "DER" Fachmann in Punkto "Resozialisierung von Rechtslastigen".
Skins, Hools, rechte Kids, Faschos gar, haben vertrauen, akzeptieren ihn und hören sogar auf das, was er sagt. (Heinisch über sich selbst)

Seit Dezember '90 nun hat das Projekt Heinisch ein Haus, das ihm vom Stadtbezirk Lichtenberg zugesprochen wurde. Er und "seine Jungs" arbeiten dort. Von der Stadt und der Kirche gesponsert, mit ABM-Verträgen und einem für Ost-Verhältnisse unglaublichem ABM-Lohn von ca. 1600 DM Netto monatlich (ein Teil dieses Geldes ist ein zusätzlicher Zuschuß der Kirche) setzen sie "IHR" Haus, Pfarrstraße Nr.111, instand. Gegenüber diesem Haus, also in der gleichen Straße und das fast ein halbes Jahr länger, sind etwa 10 Häuser besetzt.
Für Heinisch ist das kein Problem. Er findet dies gerade als Chance, daß Linke und Rechte gemeinsam zusammenleben und sich vertragen. Und "seine Jungs" sind ja keine Nazis und überhaupt friedlich.

Für die Besetzer sieht das ganz anders aus. Sie haben Angst vor dem, was in der Pfarrstr. 111 abläuft. Sie glauben, daß die Stadt das absichtlich so gemacht hat, um einen Konflikt heraufzubeschwören, und damit einen Räumungsgrund für ihre Häuser zu bekommen. Außerdem meinen sie, daß die Leute in Heinischs Projekt alles andere als friedlich sind. Sie halten das Haus 111 für ein verdecktes Faschonest.

Fakt ist erst einmal, daß seit einiger Zeit drei Funktionäre und Gründer der neofaschistischen Nationalen Alternative (NA) Frank Lutz, Heiko Baumert und Ingo Hasselbach in dem Projekt mitarbeiten. Heinisch weiß dem zu entgegnen, daß es sich bei diesen um Aussteiger handele. Bei Hasselbach wäre es immerhin möglich. Wird er doch innerhalb seiner alten Verbindungen als Spitzel und Verräter gehandelt. Tatsache ist, daß Hasselbach bei seiner U-Haft im Zusammenhang mit dem Sturm von Diestels Antiterroreinheit auf das NA-Haus Weitlingstr.122, im letzten Jahr, gegenüber der Polizei gesungen haben soll wie ein Vögelchen. Nun die Polizei soll seinen Ausstieg aus der Naziszene bzw. gar ein Anwerben versaubeutelt haben.
Weiterhin soll Hasselbach um sein Leben fürchten und sich aus diesem Grund vor seinen "Kameraden" verstecken. So hielt er sich einige Wochen bei Verwandten auf. Jedoch geht er nach wie vor brav zur Arbeit.

Ganz anders sieht es bei Lutz und Baumert aus. Sie sind zum Beispiel eingetragene Mitglieder der neofaschistischen Neugründung Nationale Offensive (NO). Beide waren Teilnehmer des NA- Parteitags vom Februar '91. Außerdem beteiligte sich Baumert an dem faschistischen Aufmarch in Halbe am...... Weiterhin gibt es Infos, daß eine Reorganisierung der Nationalen Alternative (NA) erfolgen soll. Lutz und Baumert wollen wit ihren alten Kumpels aus der Ur-NA an der DA/FAP-Konnektion vorbeiarbeiten. Heinisch will von solchen Aktivitäten nichts wissen. Er steht zu "seinen Jungs".

Am ersten Mai 1991 war der kleine Bruder von Hasselbach, ebenfalls in Heinischs Projekt, bei der Naziveranstaltung in Cottbus anwesend. Dort wurde der verstorbene Michael Kühnen geehrt und seine Nachfolger bestimmt. Doch Heinisch wiegelt ab. Er hat "seine Jungs" im Griff.

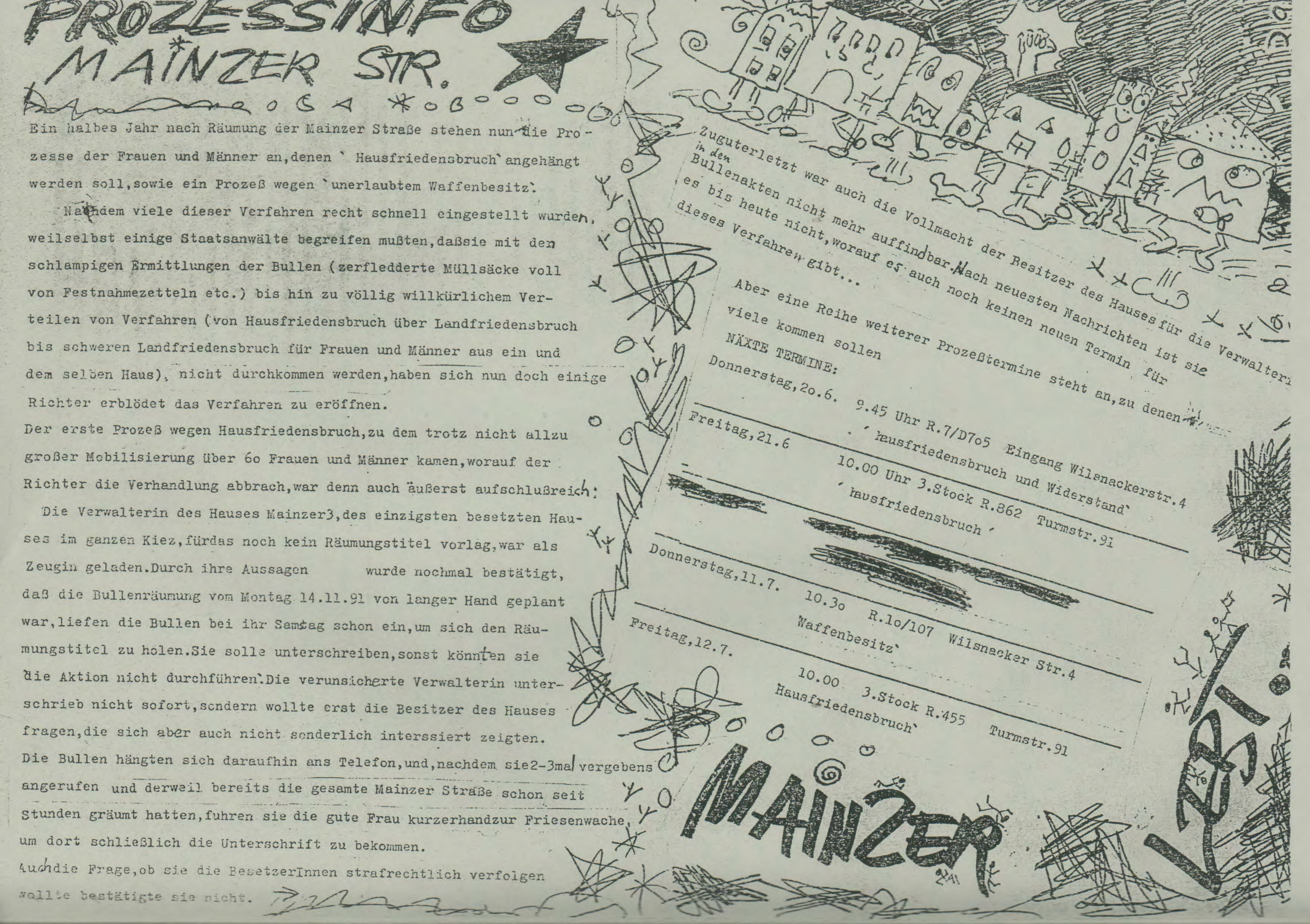
Immer wieder kam es zu Übergriffen auf die besetzten Häuser und ihre Bewohner. So wurden Pfarrstraßenleute vor der nahe gelegenen Kneipe "Happen" von Faschos zusammengeschlagen. Eines Nachts verprügelten zwei Rechte in der Kaskelstraße, gleich um die Ecke, einen Mann aus den besetzten Häusern usw. Die alltägliche Anmache und die sexistischen Beleidigungen gegenüber Frauen kommen noch dazu. In den geschilderten Fällen und einigen anderen waren nach Aussagen der Opfer stets Leute aus Heinischs Projekt dabei. Heinisch aber will davon nichts wissen.

In einigen versuchten Aussprachen zwischen Linken und Rechten im Vereinslokal der BI Kugraben e.V. wiegelte er immer wieder ab, strafte die geschädigten Lügen und bekundete immer wieder die Friedlichkeit "seiner Jungs". Letztendlich steht Aussage gegen Aussage und Heinisch kann sich der Rückendeckung von Stadtbezirk und Kirche sicher sein. Gerade die Kirche spielt hier eine Zentrale Rolle. Ist doch das Heinischprojekt ein Renomierobjekt. Kann doch hier der Niedergang ihrer Rolle als Dach für "entrechtete" und Randgruppen gebremst werden. So ist also auch nicht verwunderlich das der Stadtjugendpfarrer Hülsemann sich schützend vor Heinisch stellt.

Der folgende Bericht über die Situation in Königs Wusterhausen dient lediglich der Information. Er wurde von uns mit reingenommen, obwohl er unserer Meinung nach recht Bullenzentristisch ist und nix über stattfindende (oder zukünftige Möglichkeiten von) Aktivitäten von Seiten autonomer Linker berichtet, weil bei uns leider nur sehr wenig über diese Gegend bekannt wird, was ja schließlich auch keine Alternative darstellt.

Skinheads sind in Königs Wusterhausen aktiv

Seit Wochen ziert ein großes Hakenkreuz die Autobahnbrücke, die die Straße von Wildau nach Königs Wusterhausen überspannt. Ebenfalls seit geraumer Zeit prangt am Imbißstand am Kanal innerhalb der Kreisstadt die Aufschrift "Weiter so, Saddam Hussein, das Weltjudentum muß weg". Offensichtlich fühlt sich niemand für das Entfernen der Aufschriften verantwortlich.
Ist Königs Wusterhausen eine Hochburg Rechtsradikaler? Bürger berichten darüber, daß sie am Himmelfahrtstag von einer großen Gruppe "Sieg Heil" gröhlender Skinheads angegriffen und rund hundert Meter aus dem Bahnhof herraus verfolgt worden seien. Eine motorisierte Polizeistreife habe sich statt für (mehr) Ordnung zu sorgen schnell entfernt. Von BewohnerInnen war zu hören, daß die rechte Szene jeden Sonnabend im Bahnhof Randale mache.
Am Himmelfahrtstag, das bestätigte die Polizei, waren Skinheads von Kneipe zu Kneipe gezogen und haben sich für ihr gewalttätiges Finale Mut angetrunken. Auf dem Bahnhof kam es dann am frühen Nachmittag zu einer Schlägerei, an der 20 bis 25 Personen beteiligt waren und zwei Personen schwer verletzt wurden. Die Abfahrt des Personenzuges nach Cottbus wurde um eine halbe Stunde verzögert. Die Besatzung eines Streifenwagens hatte hier wenig ausrichten können. Deswegen wurde eine größere Gruppe aus Schutz- und Bahnpolizisten zum Ort des Geschehens gesand. Als diese am Bahnhof eintrafen, war dort alledings Ruhe eingekehrt, die Skinheads hatten sich in eine Gaststätte zurückgezogen. Die Polizei hatte sich offenbar nicht so gut vorbereitet wie im April zu Hitlers Geburtstag, als ihre ostentative Präsenz Straftaten verhinderte.
Doch sollte auch die Ruhe am Himmelfahrtstag nicht von langer Dauer sein. Wenige Stunden nach dem Krawall am Bahnhof steuerte die Gruppe das Kulturhaus der Sowjetischen Streitkräfte in Zeesen an und begann zu randalieren. Dort trat ihnen jedoch ein Zug mit Maschinenpistolen und Bajonetten ausgerüsteter Soldaten entgegen. Als die Angreifer den kommandierenden Offizier umzingelten und bedrohten, gab dieser einen Warnschuß ab. Inzwischen war auch schon die deutsche Polizei eingetroffen. Die Königs Wusterhausener Polizei wurde durch Kollegen aus benachbarten Kreisen verstärkt. Sie versuchten zu "deeskalieren", nahmen zwölf Personen vorübergehend fest und zerstreuten die Ansammlung.
Trotzdem geht man bei der Königs Wusterhausener Polizei nicht davon aus, daß die Aktivitäten Rechtsradikaler das Maß vergleichbarer Orte übersteigt! Eine latente Bedrohung sehen sie allerdings auch. Die Szene sei aktiv und werde ernstgenommen, doch sei ihr mit den schlappen demokratischen Mitteln nicht beizukommen.
Skinheads - so die Polizei - trafen sich oftmals in Gaststätten, zu deren Wirtsleuten sie ein gutes Verhältnis pflegen, deren Gäste sie jedoch nicht seiten belästigen. Auch während und nach Disco-Veranstaltungen kommt es zu Übergriffen gegenüber Andersdenkenden. Diebstahl, Raub und Erpressung seien bei solchen Gelegenheiten an der Tagesordnung. AusländerInnen bekämen nicht nur in der Kreisstadt, sondern auch in Nachbargemeinden Feindseligkeit und Haß zu spüren, sowohl surch die Gewalttäter als auch durch die Hetzsprüche an den Hauswänden.



PROZESSINFO MAINZER STR.

Ein halbes Jahr nach Räumung der Mainzer Straße stehen nun die Prozesse der Frauen und Männer an, denen `Hausfriedensbruch` angehängt werden soll, sowie ein Prozeß wegen `unerlaubtem Waffenbesitz`.

Nachdem viele dieser Verfahren recht schnell eingestellt wurden, weilselbst einige Staatsanwälte begreifen mußten, daßsie mit den schlampigen Ermittlungen der Bullen (zerfledderte Müllsäcke voll von Festnahmezetteln etc.) bis hin zu völlig willkürlichem Verteilen von Verfahren (von Hausfriedensbruch über Landfriedensbruch bis schweren Landfriedensbruch für Frauen und Männer aus ein und dem selben Haus), nicht durchkommen werden, haben sich nun doch einige Richter erblödet das Verfahren zu eröffnen.

Der erste Prozeß wegen Hausfriedensbruch, zu dem trotz nicht allzu großer Mobilisierung über 6o Frauen und Männer kamen, worauf der Richter die Verhandlung abbrach, war denn auch äußerst aufschlußreich:

Die Verwalterin des Hauses Mainzer3, des einzigsten besetzten Hauses im ganzen Kiez, fürdas noch kein Räumungstitel vorlag, war als Zeugin geladen. Durch ihre Aussagen wurde nochmal bestätigt, daß die Bullenräumung vom Montag 14.11.91 von langer Hand geplant war, liefen die Bullen bei ihr Samtag schon ein, um sich den Räumungstitel zu holen. Sie solle unterschreiben, sonst könnten sie die Aktion nicht durchführen. Die verunsicherte Verwalterin unterschrieb nicht sofort, sondern wollte erst die Besitzer des Hauses fragen, die sich aber auch nicht sonderlich interssiert zeigten. Die Bullen hängten sich daraufhin ans Telefon, und, nachdem sie2-3mal vergebens angerufen und derweil bereits die gesamte Mainzer Straße schon seit Stunden gräumt hatten, fuhren sie die gute Frau kurzerhandzur Friesenwache, um dort schließlich die Unterschrift zu bekommen.

Auchdie Frage, ob sie die BesetzerInnen strafrechtlich verfolgen wollte bestätigte sie nicht.

Zuguterletzt war auch die Vollmacht der Besitzer des Hauses für die Verwalterin in den Bullenakten nicht mehr auffindbar. Nach neuesten Nachrichten ist sie es bis heute nicht, worauf es auch noch keinen neuen Termin für dieses Verfahren gibt...

Aber eine Reihe weiterer Prozeßtermine steht an, zu denen viele kommen sollen

NÄXTE TERMINE:

Donnerstag, 2o.6. 9.45 Uhr R.7/D7o5 Eingang Wilsnackerstr.4
`Hausfriedensbruch und Widerstand`

Freitag, 21.6 10.00 Uhr 3.Stock R.862 Turmstr.91
`Hausfriedensbruch`

Donnerstag, 11.7. 10.3o R.1o/107 Wilsnacker Str.4
Waffenbesitz`

Freitag, 12.7. 10.00 3.Stock R.455 Turmstr.91
Hausfriedensbruch`

POTZBLITZ !!! Regierungssitz ...

Gegen ein Berlin der Reichen !

Tagtäglich erleben wir ein Medientheater, an welchen Ort die BRD-Regierung sich am besten aussitzen kann. Bonn, Berlin, Berlin, Bonn usw.. Alle, die meinen etwas in diesem Staat zu sagen zu haben, reden darüber. Die Regierungs- und Parteichefs, samt den meisten Wirtschaftsbossen sind für Berlin. Aber gerade die Menge an Regierungsfußvolk und Hinterbänkler wollen auf ihr ruhiges und beschauliches Bonn (Motto: Am Rhein ist es doch am Schönsten) nicht verzichten. Berlin ist vielen zu unruhig, zu aufmüpfig. Am 20.6. wollen die Herrschenden im Bundestag über den künftigen Regierungssitz abstimmen. Noch haben sie sich nicht entschieden – geben wir ihnen Entscheidungshilfe.

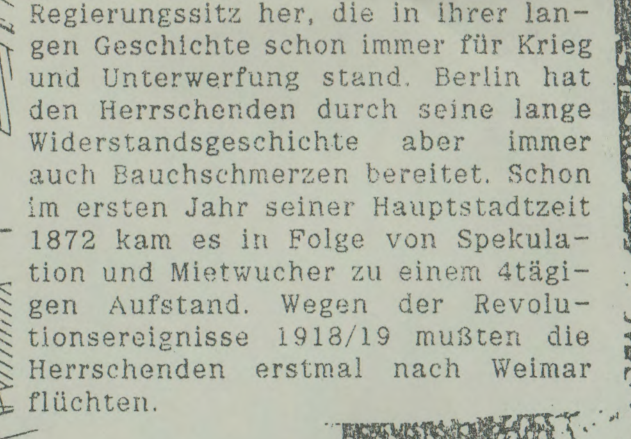
Umstrukturierung – Geisterbahn

Seit dem Fall der Mauer ist in der gesamten Stadt ein rasanter Umstrukturierungsprozeß in Gang. Die Mieten explodieren, MieterInnen und Kleingewerbe werden aus ihren alten Kiezen verdrängt. Die "neue Rolle Berlins" wird durch Konzernansiedlungen, wie Daimler am Potsdamer Platz, dem luxuriösen Aufmotzen der Friedrichstr., dem Ost-West-Handelszentrum am Moritzplatz, dem gesamtem Aufpolieren der Innenstadtbezirke propagiert. "Wir sind wieder wer", soll auf Kosten des untersten Drittels der Gesellschaft durchgesetzt werden. Dieser Prozeß hat dazu beigetragen, daß die Konkurrenz untereinander zugenommen hat, was zuerst und in aller Schärfe Frauen und ImmigrantInnen zu spüren bekommen. So haben die sexistischen und rassistischen Angriffe weiter zugenommen. Frauen und ImmigratInnen werden zuerst arbeitslos. Alleinerziehende Mütter finden keine keine Kita-Plätze oder können diese nicht bezahlen. Auch die Wohnungssuche erweist sich meistens als sexistisch/rassistischer Spießrutenlauf.

Damit sie diese Umstrukturierungen in aller Ruhe weiter durchziehn können und damit den Politiker, die diesen Zustand verwalten, keine Eier oder härteres an den Kopf fliegen, streben die Herrschenden für den Regierungssitz Berlin eine gehobene Sicherheitsstufe an. Berlin also nicht nur als Konzernmetropole, sondern auch als Bullenhauptstadt?

Der durch breiten BürgerInnenprotest beschleunigte Zerfall der "realsozialistischen" Staaten in Osteuropa und die Einverleibung der DDR, haben den nationalistischen Kräften der BRD Aufwind gegeben. Es kann ihnen nicht schnell genug gehen, ihre neue Großmacht Rolle auch international zur Schau zu tragen. Deutsche Soldaten sollen "unseren" Weltfrieden jetzt auch ganz weit vorne verteidigen. Als europäische Großmacht richten sich die deutschen Augen verstärkt gen Osten. Aus dem "historischem Bewußtsein" versteht sich die neue BRD-Großmacht als Statthalter deutscher Interessen in osteuropäischen Staaten. Die Forderung zweisprachige Straßenschilder in Polen und der Tschechoslowakei aufzustellen weißt den Weg in Richtung neuen deutschen Bodens. Für eine Großmacht mit solchen Plänen muß dann auch eine Hauptstadt samt





Regierungssitz her, die in ihrer langen Geschichte schon immer für Krieg und Unterwerfung stand. Berlin hat den Herrschenden durch seine lange Widerstandsgeschichte aber immer auch Bauchschmerzen bereitet. Schon im ersten Jahr seiner Hauptstadtzeit 1872 kam es in Folge von Spekulation und Mietwucher zu einem 4tägigen Aufstand. Wegen der Revolutionsereignisse 1918/19 mußten die Herrschenden erstmal nach Weimar flüchten.



Am 16./17.6.53 wurde in Folge eines spontanen Streiks gegen Normerhöhungen in Ostberlin der Ausnahmezustand verhängt und sowjetische Panzer gerufen. Ende der 60er Jahre brachte eine rebellierende Studenten- und Jugendbewegung vor allem auch in West-Berlin viele Denkweisen und Strukturen zum Einbruch. Anfang der 80er Jahre verunsicherte im Westteil der Stadt eine breite HausbesetzerInnenbewegung Senat und Spekulanten, so daß die Aufhebung des "Weißen Kreises" verschoben werden mußte. Im Oktober 1989 wollten viele in Ost-Berlin nicht den 40. Jahrestag feiern und brachten dadurch einen Stein ins Rollen. Nicht zuletzt wegen des Widerstandes gegen die IWF/WB-Tagung in Westberlin wird der Weltwirtschaftsgipfel 92 nicht in Berlin sondern in München stattfinden. Die "revolutionären 1. Mai" Demos sind ein weiterer Ausdruck eines aufmüpfigen Berlins.

Nun wollen sie Berlin zum Regierungssitz machen und scheinbar regt sich kein Widerstand. Viele Menschen hoffen darauf, daß Berlin dadurch nicht zur wirtschaftlichen Wüste wird, hoffen auf Arbeitsplätze oder größere Teile des Kuchens. Die Lobby's fast aller staatstragenden Kräfte treten für den Regierungssitz Berlin ein. Sie wollen mitplanen an der Neuordnung von oben. Bonzen, Bänker, Amtsschimmel, höhere Mieten, zerstrukturierte Stadtteile ...
So stellen sich die Planungen für den Großteil der Bevölkerung dar. Dagegen hilft nur, sich jetzt gegen den deutschen Größenwahn wehren, die Frage um den Regierungssitz ist nur ein Teil darin, geben wir ihnen Entscheidungshilfe.

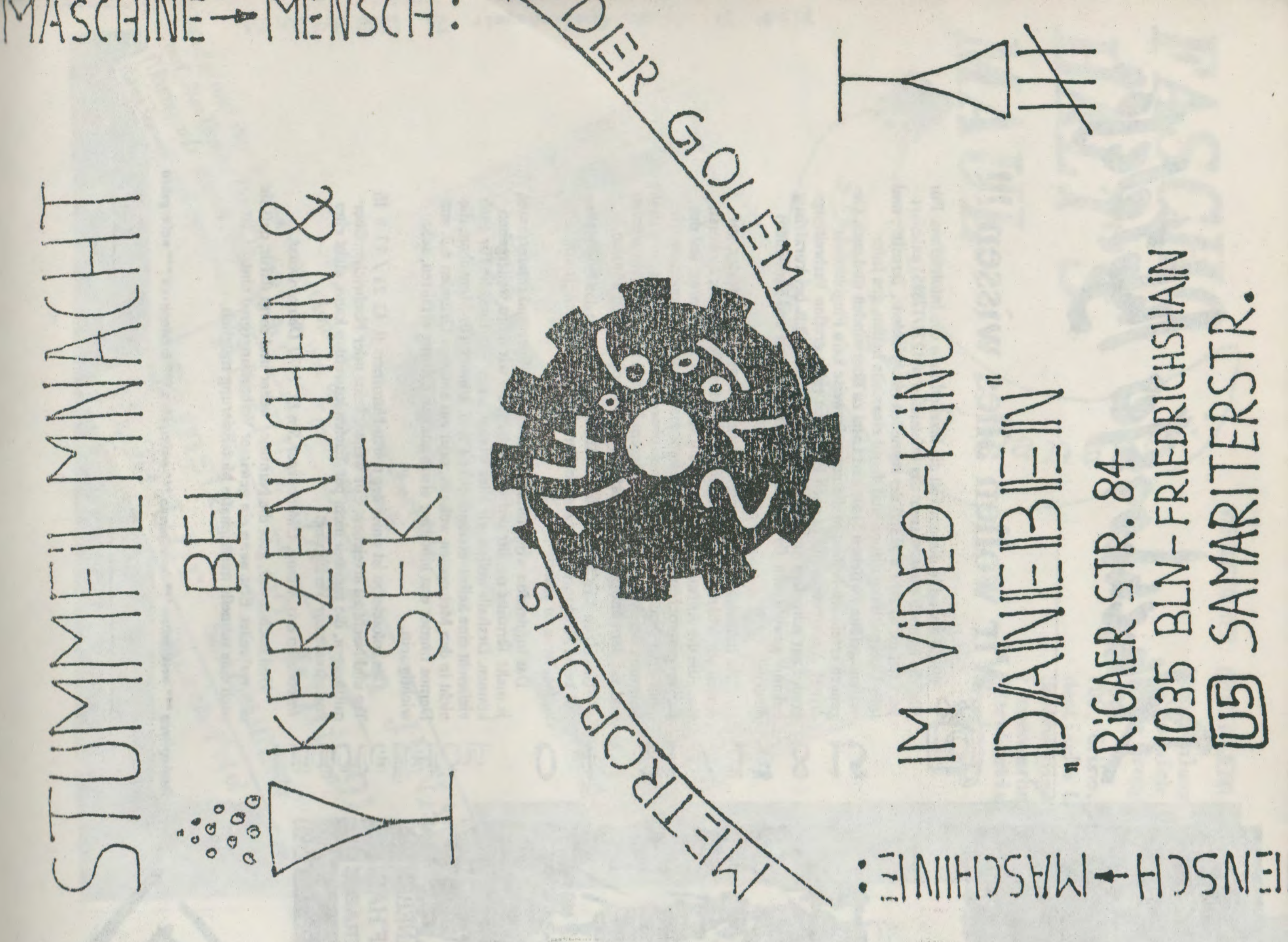
Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Regierung und deren Sitze. Mit Lust und Witz gegen den Regierungssitz !

DEMO gegen Umstrukturierung und Haupstadtwahn

Montag 17.6.91 18.00 Marheinekeplatz

U Gneisenaustr.

visdp: Hans Daniels, Godesberger Str. 1/30



AUSSTELLUNG

500 JAHRE DEUTSCHER KOLONIALISMUS

CAFE SUBVERSIV
BRUNNENSTR.7
0-1054 BERLIN-MITTE
U8-ROSENTHALER PLATZ

12.JUNI BIS 14. JULI 1991
MI-MO AB 20 UHR
DI AB 20 UHR NUR FÜR FRAUEN UND LESBEN

Der Tag, an dem spanische Schiffe unter dem Kommando des Christoph Columbus die Karibikinsel Guanahani erreichten, wird sich 1992 zum fünfhundertsten Male jähren. Dies wird international mit Feierlichkeiten begleitet. Die kritische Aufarbeitung der Kolonialgeschichte die die Vernichtung, Unterdrückung und Ausbeutung außereuropäischer Völker und Kulturen in den Mittelpunkt stellt, findet dagegen nur selten statt. Über Deutschland redet in diesem Zusammenhang keine/r.

Die Ausstellung dokumentiert die Beteiligung Deutschlands in der fünf Jahrhunderte währenden Geschichte des europäischen Kolonialismus:

Von der Finanzierung und Ausrüstung portugiesischer sowie spanischer Kolonialflotten (16. Jahrhundert) über die Eroberungszüge deutscher Konquistadoren in Südamerika bis zum brandenburg-preussischen Sklavenhandel (17./18. Jahrhundert). Das deutsche Kolonialreich, das ab 1884 entsteht, wird vorbereitet durch die Expansion deutschen Handelskapitals in der ersten Hälfte des Jahrhunderts. Zwar verliert Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges die unmittelbare Verfügungsgewalt über seine Kolonien, profitiert aber bis in die Gegenwart von den kolonialen, menschenverachtenden Strukturen der Weltwirtschaftsordnung.

LATEINAMERIKTAGE 91

Großes Eröffnungsfest

mit Ibere Gomes (Brasilien)
und Mujeres die Frauensalsagruppe

im Tempodrom
Samstag, 15.Juni,
Einlaß ab 18.00 Uhr

Im Quilombo, im KOB und im Ex läuft ein Videoprogramm bis zum 23.6.; außerdem noch: Theater, Konzerte, Straßenfest + Ausstellungen

Datum	Veranstaltung	Ort	Zeit
Donnerstag 13. Juni	Lateinamerika - internationale Rahmenbedingungen und Perspektiven nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa	Kreuzbüro, Großbeerenstraße	19.30
Freitag, 14. Juni	"Otro modo de ser"	Mehringhof, Veranstaltungsraum	19.30
	Lateinamerikanische Landeskonferenz: "500 Jahre Widerstand dem Kolonialismus in Lateinamerika	wird noch bekannt gegeben	
Samstag, 15. Juni	Frauendiskussionsveranstaltung: 1992 - Kampagne	Mehringhof, Versammlungsraum	12.00 -
Sonntag, 16. Juni	Marktwirtschaft ohne Alternativen	TU, Hauptgebäude, Raum 104	19.00
	"Ausgerechnet Bananen"	Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61, 1/44	19.00
	Was hat denn das mit Politik zu tun?	Quilombo, Hohenfriedbergstr.22, 1/62	18.00
Montag, 17. Juni	Lesung: "Kultur des Widerstands, Kultur im Widerstand	Mehringhof (genauer Ort wird noch bekannt gegeben	20.00
	Workshop: "Der totale Markt"	Die Pumpe, Lützowstr. 42, 1/30	11.00 - 17.00
	Workshop: Sao Paulo - Desaster oder Hoffnungsträger	im FDCL erfragen	
	Bundesdeutsche Konzerne auf dem Prüfstein - brasilianische GewerkschafterInnen berichten	IG-Metall-Haus, 5, OG, Alte-Jakobstr. 148-155, 1/61	18.30
	Radio Patria Libre	Lateinamerikazentrum, Crellestr.22, 1/61	19.00
	Wölfe im Schafspelz	TU, Mathematikgebäude, Raum 141	19.00
	"Zehneinhalb Jahre sandinist. Wirtschaftspolitik - Erfolge und Irrtümer"	Mehringhof, Versammlungsraum	19.30
	Zwischen Überleben und der Suche nach Emanzipation	Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61, 1/44	19.30
Dienstag, 18. Juni	Tag geg. Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika	Quilombo, Hohenfriedbergstr. 22, 1/62	ab 17.00
	Marsch für Land und Würde	Galerie Olga Benario, Bodinnstr. 61, 1/44	19.00
	Behutsame Stadterneuerung in Havanna	Caballete de Casa, Grimmstr. 6, 1/61	19.00
	Workshop: "Haiti: Die Volksbewegung an der Macht"	Die Pumpe, Lützowstr.42, 1/30	11.00 - 17.00
	Von der Stadtguerilla zur legalen Massenpartei?	El Locco, Kreuzbergstr. 43, 1/61	21.00
	500 años colonialismo y la realidad de la mujer india	Nozizwe, Turmstr. 72/73, 1/21	17.00
	Veränderte globale Bedingungen und die Diskussion der FSLN um ein neues sandinistisches Wirtschaftskonzept	Mehringhof, Versammlungsraum	19.30
	"Einst Gäste aus Freundesland - heute am liebsten verbannt"	Dritte-Welt-Zentrum, Winsstr. 53, Berlin 1055	20.00
Mittwoch, 19. Juni	Die Guerilla zieht Bilanz	TU, Hauptgebäude, Raum H 104	19.00
	Bewaffneter Kampf und Dialogprozeß	Lateinamerikazentrum, Creliestr. 22, 1/62	20.00
	Mafia, Militär und Menschenrechte	Dritte-Welt-Zentrum, Winsstr. 53, Berlin 1055	19.00
	Unsere Geschichte ist eine Geschichte des Widerstands	Nozizwe, Turmstr. 72/73, 1/21	15.00
	Sind Städtepartnerschaften noch ein adäquates Instrument der Nicaragua-Solidarität?	Mehringhof, Versammlungsraum	19.30
	Wir sind Salvadoreños und gehen zurück	Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61, 1/44	19.30
Donnerstag, 20. Juni	Workshop: Sozialismusdebatte in Lateinamerika	Mehringhof, Versammlungsraum	11.00 - 17.00
	Frauen-Workshop: V. Centenario	Nozizwe, Turmstr. 72/73, 1/21	18.00
	Zum Problem der Flüchtlinge	Dritte-Welt-Zentrum, Winsstr. 53, Berlin 1055	20.00
	Kolumbien in der Bush-Ära	Tamara-Bunke-Club, Gubenerstr. 5, Berlin-Friedrichsh.	19.00
	Mit dem Kochlöffel gegen Machismo?	Mehringhof, Versammlungsraum	19.30
Freitag, 21. Juni	Gibt es einen Ausweg ohne Schuldenerlaß?	Haus der Kirche, Raum 5, Goethestr. 26-30, 1/12	18.00
	Frauen-Workshop: Frauenbewegung in Brasilien und Argentinien	Schokofabrik, Mariannenstr. 6, 1/36	20.30
	Perspektiven revolutionärer Befreiungspolitik	TU, Hauptgebäude, Raum H 104	18.30
	Gramsci, Voixmacht und kontinentale Befreiung	Lateinamerikazentrum, Crellestr. 22, 1/62	19.00
Samstag, 22. Juni	Demokratie für alle?	Dritte-Welt-Zentrum, Winsstr. 53, Berlin 1055	19.00
Sonntag, 23. Juni	Sozialismus in Kuba-Sackgasse oder Perspektive?	Caballete de Casa, Grimmstr.6, 1/61	17.00

FASCHO HALT'S MAUL

sonst gibts Banane...

VERANSTALTER: ANTIFA JENA

Angeschlossen haben sich folgende Gruppen:

PDS, Grüne, Studentische Linke, Unabhängiger Frauenverband, Anarchistische Front.

Aufgrund der extrem angestiegenden Fascho-überfälle auf Ausländer/innen, Schwule und Andersdenkende führen wir diese Demo durch gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus.

ANTIFA-DEMO in JENA

Samstag, 22. Juni '91

15.00 Uhr SAALBAHNHOF

Danach Fete!

ViSdP: St. Jakob, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

DONNERSTAG, 13.6.91, 21 UHR
"PROJEKT ARTHUR - DIE GEWALTFRAGE"
Eine Auseinandersetzung über die Frage der Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele, der Frage von Gewalt und Gegengewalt.

FREITAG, 14.6.91, 21 UHR
STUMMFILM-NACHT BEI SEKT & KERZENSCHEIN
"Metropolis" & "Der Golem"

SAMSTAG, 15.6.91:
21 Uhr "Mieter helfen Mietern"
- über die Selbstorganisation von MieterInnen gegen Spekulation -

22 Uhr PUNK-FILM-NACHT
SLIME - LIVE IN BERLIN'90
THE CLASH - RUDE BOY
DEAD KENNEDYS - LIVE

DIENSTAG, 18.6.91, 21 UHR
"YOL - DER WEG"
Starke, beeindruckende Bilder als Allegorie der Unterdrückung in der Militärdiktatur Türkei. Politische Zwänge und religiöser Traditionalismus beherrschen jegliche Individualität.

DONNERSTAG, 20.6.91, 21 UHR
"AK-KRAAK"
Die neueste Ausgabe der BesetzerInnen-Videozeitung.

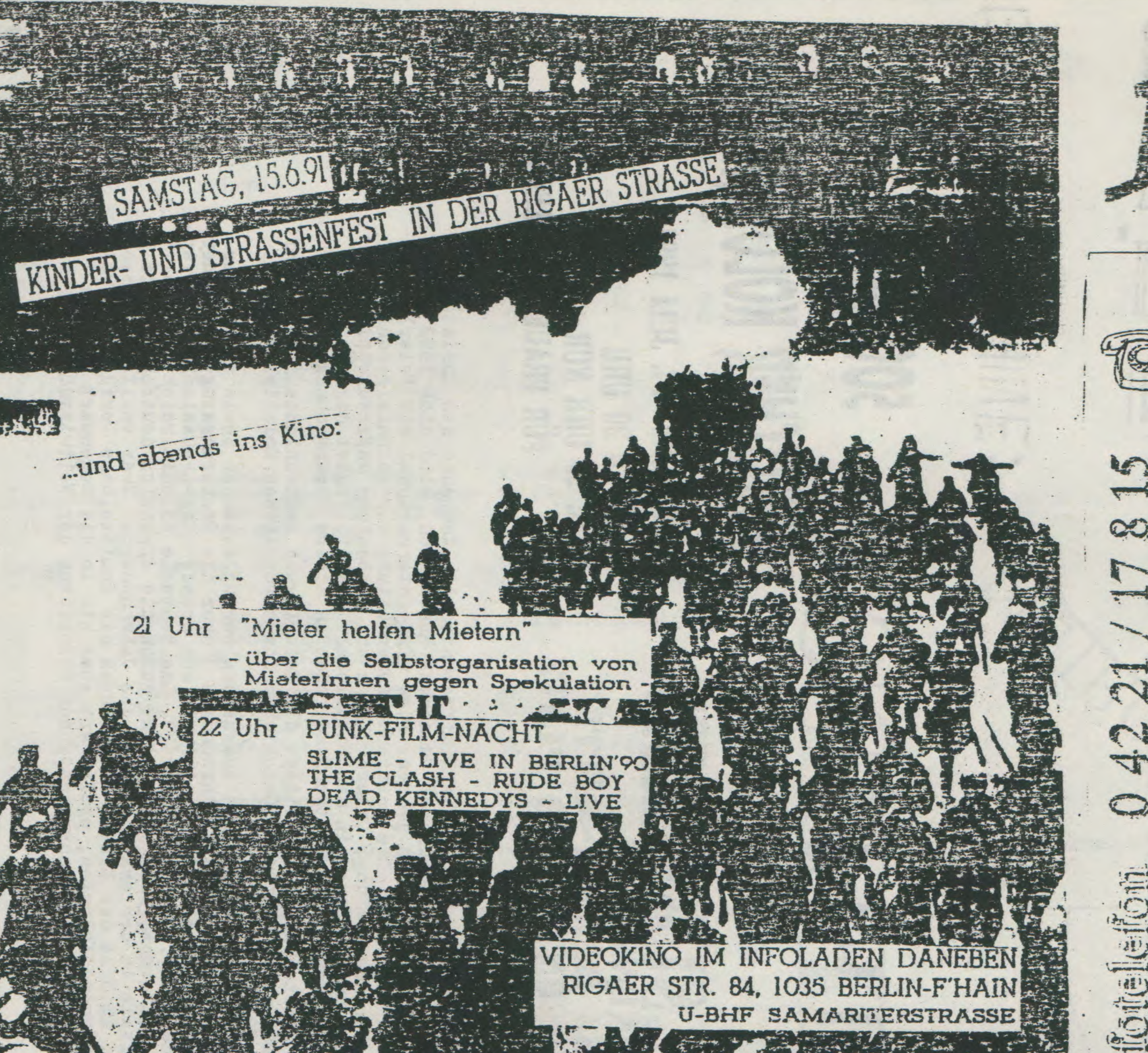
SAMSTAG, 22.6.91:
21 Uhr: "OKUPACION"
Video über die selbstorganisierten Kämpfe von Jugendlichen in einer typischen baskischen Kleinstadt. Jugendliche besetzen ein leerstehendes Gebäude und wollen es als Treffpunkt und Jugendzentrum benutzen. Die Policia National räumt brutal. Die Jugendlichen lassen sich nicht entmutigen, attackieren das Rathaus und bereiten die nächste Besetzung vor. Dieser Film aus dem Jahr 1988 ist der Auftakt unserer Samstags-Reihe über Häuserkampf in anderen Ländern.

23 Uhr: Monty Python's DER SINN DES LEBENS
Kultfilm der britischen Komikertruppe, der den Sinn des Lebens von der Wiege bis zur Bahre aufzuspüren versucht. Ein breites Spektrum von sanfter Ironie bis zu vulgärem Klamauk, der sich mit Vorliebe heiligen Kühen widmet.

DIENSTAG, 25.6.91, 21 UHR:
"M - EINE STADT SUCHT EINEN MÖRDER"
Fritz Langs erster Tonfilm spielt im Berlin von 1931. Peter Lore in der Rolle eines Kindermörders, der von der Unterwelt überführt wird. Ein Klassiker.

DONNERSTAG, 27.6.91, 21 UHR:
"INTIFADA - DER AUFSTAND"
Der Film zeigt die Hintergründe des Aufstandes der palästinensischen Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten im Westjordanland und im Gaza-Streifen. Er zeigt auch die Folgen dieses Aufstandes für den Palästinensisch-israelischen Konflikt und die Probleme der unter der Besatzung lebenden PalästinenserInnen.

VIDEOKINO IM INFOLADEN DANEBEN
RIGAER STR. 84, 1035 BERLIN-F'HAIN
U-BHF SAMARITERSTRASSE



Nein zum AusländerInnengesetz!

Keine Ausweisung von ausländischen Frauen und Kindern, die Schutz vor männlicher Gewalt suchen.

II. Autonomes Frauenhaus braucht dringend Spenden!

Spendenkonto (gemeinnütziger Verein)
Postgiroamt Berlin West, Kto.-Nr. 9402-103

Delmenhorster Infotelefon

Wir wollen alles wissen !!!

Infotelefon 0 42 21 / 17 8 15

Wir, das sind in diesem Fall die MacherInnen des Infotelefons. Für alle, die es noch nicht wissen: das Infotelefon (04221/17815) existiert jetzt seit ca. ½ Jahr und soll der schnellen Nachrichten-, Termin-, und Info-Übermittlung dienen und damit einerseits helfen, das Informationsgefälle zwischen Stadt und Land zu überwinden und auch Gegenden erreichen helfen, in die normalerweise kein Flugblatt vordringt. Andererseits soll es nach Erreichen eines großen Verbreitungsgrades zur schnellen massenhaften Mobilisierung, z.B. bei kurzfristig bekannt gewordenen Terminen, Häuserräumungen und ähnlichem dienen.

Das Infotelefon ist im wesentlichen ein Anrufbeantworter, auf dessen abhörbarem Teil all die Termine, Infos, Demos etc. zu hören sind, die die AnruferInnen vorher auf den nicht abhörbaren Teil des Bandes gesprochen haben. Mindestens einmal am Tag sprechen wir dann diese Nachrichten auf den abhörbaren Teil des Bandes, so daß die Stimmen der AnruferInnen auf diesem Teil nie zu hören sein werden und auf dem anderen Teil sofort wieder gelöscht werden können.

Um einen Kritikpunkt gleich vorweg zu nehmen: das Infotelefon soll keine Strukturen ersetzen, sondern im Gegenteil langfristig helfen, neue zu schaffen.

Das Infotelefon wird natürlich umso lebendiger und interessanter, je mehr Termine etc. ihr uns wissen laßt, die wir dann weitergeben können. Deshalb wollen wir alles wissen, auch Termine, die für euch vielleicht eine Selbstverständlichkeit sind, können für Menschen, die nicht in den Metropolen wohnen, oder aus anderen Gründen z.B. von Demos immer erst hinterher etwas aus der Zeitung erfahren, sehr wichtig sein.

Das Infotelefon ist unter der neuen Nummer: 0 42 21 / 17 8 15 Tag und Nacht zu erreichen. Für weitere Infos oder Nachrichtenübermittlungen, die mensch nicht per Telefon loswerden kann, steht eine Postadresse zur Verfügung:

Infotelefon c/o Album, Oldenburger Str. 13, 2870 Delmenhorst.

Und noch etwas, gebt die Nummer weiter und sorgt dafür, daß sie sich verbreitet. Erst wenn ein gewisser Verbreitungsgrad eintritt, ist auch eine schnelle massenhafte Mobilisierung möglich.

*fotokopieren *** weitergeben *** fotokopieren *** weitergeben *** fotokopieren *** weitergeben*

KSZE-Konferenz wirft Schatten voraus:
Platz der Republik wird Aktionsfeld internationaler Personenschützer

Mittwoch, 22. Mai 1991
Berliner Zeitung

Verbannt

Von Hartwig Maack

An Berlin als künftigem Regierungssitz darf kein Weg vorbeiführen. Die baldige Entscheidung dafür ist richtig und notwendig.

Die Berliner werden allerdings auch einige Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen müssen. Die im Juni stattfindende KSZE-Konferenz im Reichstag wird darauf einen kleinen Vorgeschmack bieten: Um den Reichstag soll eine weiträumige Bannmeile errichtet werden. Mit Absperrungen, die möglicherweise bis in die Straße Unter den Linden und in die Friedrichstraße reichen, ist zu rechnen.

Absperrungen werden im künftigen Regierungssitz sogar zum Alltag gehören. Verkehrshinweise im Rundfunk über eingerichtete Sicherheitszonen mit Umleitungsempfehlungen werden so normal sein wie der Wetterbericht. Das sind die Nachteile des konzipierten „Regierungssitzes der kurzen Wege". Der für die Planung zuständige Umweltsenator Hassemer muß deshalb darauf achten, daß nicht komplette Viertel in der Innenstadt durch nicht befahrbare Sichheitszonen – nach den Eierwürfen von Halle wird ein solcher Bereich wohl auch um das Bundeskanzleramt gezogen – zeitweise zu Geisterzonen verkommen.

Die Hauptstadt muß lebens- und erlebenswert bleiben – bei allem Verständnis für das Sicherheitsbedürfnis der Abgeordneten. Die Stadtplaner sollten weiter grübeln.

Top-Sicherheitszone um den Reichstag

Armada von Baggern kreuzt auf dem Gelände

Für den 17. bis 20. Juni werden sich die Berliner auf Erschwernisse im Straßenverkehr gefaßt machen müssen. Im Reichstag treffen sich die Außenminister der KSZE-Staaten nebst Troß. Hans-Jürgen Schröder, Sicherheitsbeauftragter des Hauses, gestern zur Berliner Zeitung: „Rings um unser Gebäude herrscht dann Sicherheitszone I. Vor Berlin liegt die große Verantwortung, nicht nur die Arbeitsfähigkeit der Konferenz, sondern auch den Schutz der Politiker zu gewährleisten."

Unabhängig von der Bannmeilenzone (siehe Grafik), die ebenfalls von Schröder ausgearbeitet wurde und vom Bundestag noch bestätigt werden muß, wird es um das Reichstagsgebäude eine erweiterte Sicherheitsfläche geben. Östlich des Hauses wird die Otto-Grotewohl-Straße (zwischen Marschallbrücke und Brandenburger Tor) für den Verkehr gesperrt. Über diese Route erfolgt die Anfahrt der Prominenz. Dicht gemacht wird auch die Straße des 17. Juni zwischen Ebert- und Entlastungsstraße. Dort sollen die Limousinen der Gäste parken.

Selbst der 100er Bus, der auf der Clara-Zetkin- und der Scheidemannstraße vorbeifährt und bei Bundestagssitzungen Sonderrechte genoß, wird zur KSZE-Tagung verbannt. Schröder: „Da wäre sonst ein unkontrollierter Personenverkehr. Man kann ja nie wissen, wer drin sitzt." Die Berliner Landespolizei will allerdings gegenüber dem Auswärtigen Amt durchsetzen, daß die Entlastungsstraße geöffnet bleibt.

Indessen bemerken Passanten gegenwärtig umfangreiche Bauarbeiten auf dem Platz der Republik. Eine Armada von gelben Baggern und Planierraupen wühlt das grüne Gelände gründlich um. Arno Lämmchen, Sachgebietsleiter für Bautechnik im Reichstag, hat alles auf einer großen Lageskizze festgehalten. Die Rasenfläche, derzeit noch 120 mal 225 Meter groß, wird auf 90 mal 195 Meter verkleinert. Schlechte Aussichten für Fußballspieler, denen die Wiese bislang gehörte. „Wir haben das Fußballspielen nie gern gesehen", sagt der Bauexperte. „Das Gras litt ganz beträchtlich." Verboten soll aber das Knödeln auch in Zukunft nicht sein. Nur ein bißchen problematischer.

Rings um den Rasen werden in einem 15 Meter breiten Streifen 40 Zentimeter hohe Heckenstauden gepflanzt. Die sollen links und rechts durch „Lindenalleen" eingesäumt werden. Die jungen Bäume sind bereits im Boden. Lämmchen: „Das alles geschieht nicht nur wegen der KSZE-Konferenz. In diesem Falle wäre der Aufwand zu hoch. Die Arbeiten sind eingeordnet in ein Gesamtkonzept, um das Reichstagsgelände repräsentativer zu machen. Schließlich soll der Bundestag hier mal richtig einziehen und nicht nur Gastspiele geben. Jedenfalls ist das meine Meinung. Denn ich bin ein Berliner!"

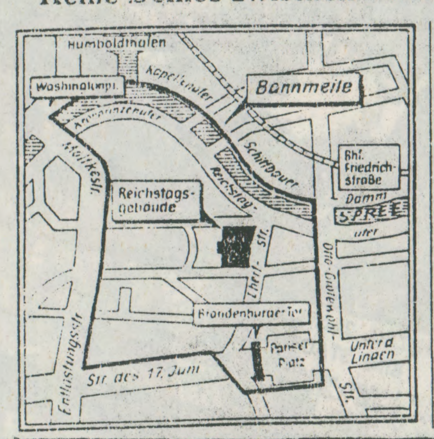
Auch innen wird emsig gewerkelt. Der Boden des Plenarsaals soll angehoben und dadurch vergrößert werden. Eine neue Telefonanlage wurde installiert. An der Ebertstraße entsteht eine Zelt- und Containerstadt für KSZE-Hilfspersonal, Presse und andere Beteiligte, die im Haus keinen Platz mehr finden.

Daß einige Ecken des Plenarsaals leicht asbesthaltig sind, stört keinen. Angeblich liegen die Faserwerte pro Kubikmeter Luft unter hundert, und das sei auch für Außenminister „noch ungefährlich".

Rolf Lieboid

Pläne für eine Bannmeile

Keine Demos zwischen Pariser Platz und Humboldthafen



Als Ergänzung zum Bundes-Bannmeilengesetz soll um den Reichstag eine Zone festgelegt werden, in der Demonstrationen und öffentliche Veranstaltungen verboten sind. Das Gebiet würde durch folgende Straßen, Plätze und Ufer begrenzt: im Süden Straße des 17. Juni und südliche Umrandung des Pariser Platzes (Brandenburger Tor), im Osten Otto-Grotewohl-Straße zwischen Brandenburger Tor und Marschallbrücke, im Norden Spreeufer (Schiffbauerdamm ab Marschallbrücke, Kapelleufer bis Humboldthafen) und Washingtonplatz, im Westen Moltkestraße, Entlastungsstraße bis Straße des 17. Juni. eb

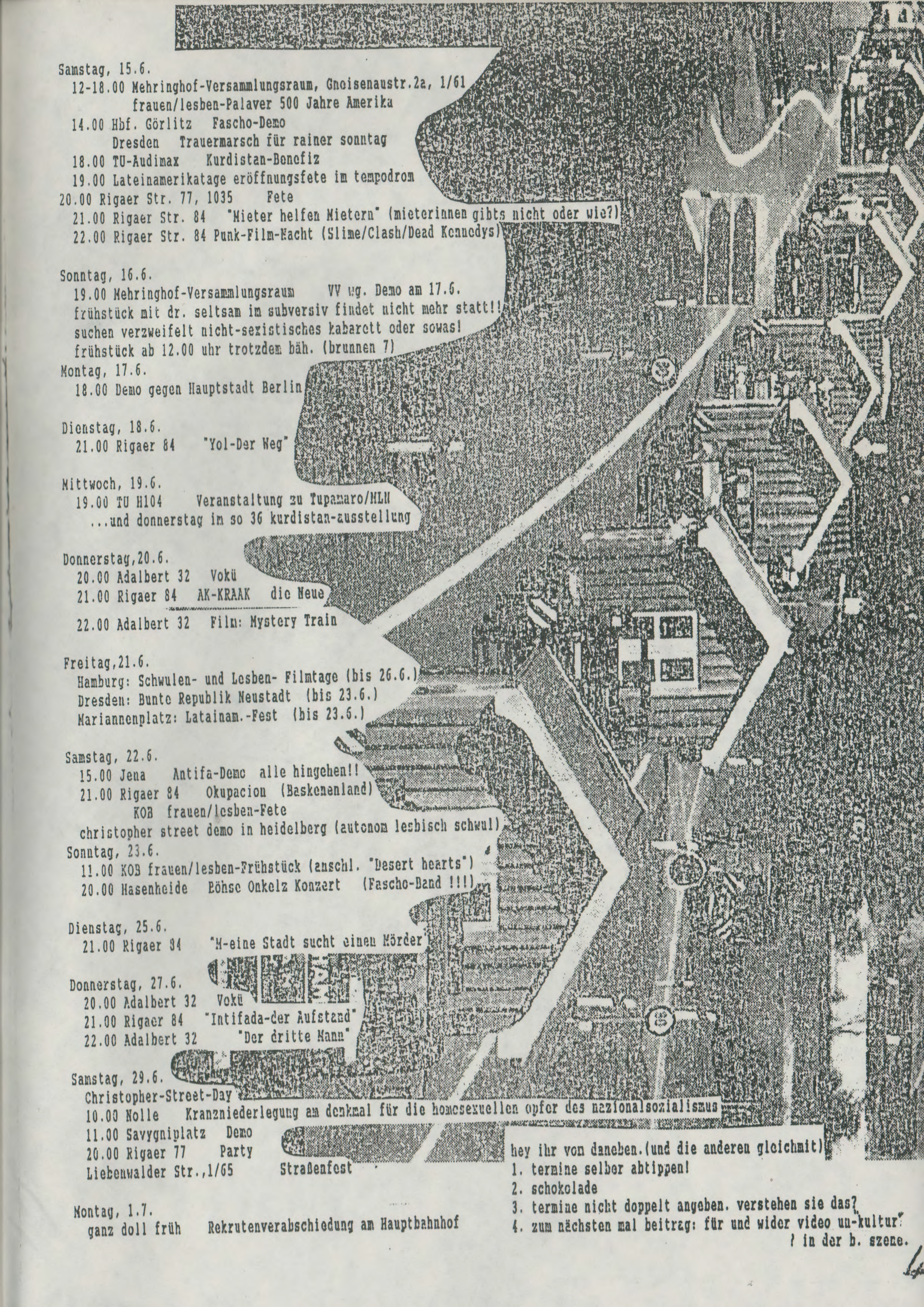
TERMINE

Donnerstag, 13.6.

- 18.00 Martha-Gemeinde, Glogauer Str. 22, 1/36 "Der Schatten der Lawine", Theaterstück über Gewalt und Vergewaltigung und den Umgang damit
- 20.00 Adalbertstr. 32 Vokü
- 21.00 Rigaer Str. 84 Projekt Arthur
- 22.00 Adalbertstr. 32 "Wir Kellerkinder", Video mit W. Neuss

Freitag, 14.6.

- 10.00 Amtsgericht Moabit, Turmstr. 91, 1/21, R.455 Mainzer-Prozeß
- 18.00 TU Audimax Info-Veranstaltung zur ArbeiterInnen- und StudentInnenbewegung in Südkorea
- 20.00 ARKASU, Oranienstr. 25, 1/36 Diskussion zum Theaterstück vom Vorabend
  Nostizstr. 49, 1/61, frauen/lesben-Fete (von da ab jeden freitag frauen/lesben abend
  Köpi 137 Sani-Solifete
- 21.00 Rigaer 84 Stummfilm-Nacht mit Sekt + Kerzenschein "Metropolis" + "Der Golem"



Samstag, 15.6.
12-18.00 Mehringhof-Versammlungsraum, Gneisenaustr.2a, 1/61 frauen/lesben-Palaver 500 Jahre Amerika
14.00 Hbf. Görlitz Fascho-Demo
Dresden Trauermarsch für rainer sonntag
18.00 TU-Audimax Kurdistan-Benefiz
19.00 Lateinamerikatage eröffnungsfete im tempodrom
20.00 Rigaer Str. 77, 1035 Fete
21.00 Rigaer Str. 84 "Mieter helfen Mietern" (mieterinnen gibts nicht oder wie?)
22.00 Rigaer Str. 84 Punk-Film-Nacht (Slime/Clash/Dead Kennedys)

Sonntag, 16.6.
19.00 Mehringhof-Versammlungsraum VV wg. Demo am 17.6.
frühstück mit dr. seltsam im subversiv findet nicht mehr statt!!
suchen verzweifelt nicht-sexistisches kabarett oder sowas!
frühstück ab 12.00 uhr trotzdem bäh. (brunnen 7)

Montag, 17.6.
18.00 Demo gegen Hauptstadt Berlin

Dienstag, 18.6.
21.00 Rigaer 84 "Yol-Der Weg"

Mittwoch, 19.6.
19.00 TU H104 Veranstaltung zu Tupamaro/MLN
...und donnerstag im so 36 kurdistan-ausstellung

Donnerstag,20.6.
20.00 Adalbert 32 Vokü
21.00 Rigaer 84 AK-KRAAK die Neue
22.00 Adalbert 32 Film: Mystery Train

Freitag,21.6.
Hamburg: Schwulen- und Lesben- Filmtage (bis 26.6.)
Dresden: Bunte Republik Neustadt (bis 23.6.)
Mariannenplatz: Latainam.-Fest (bis 23.6.)

Samstag, 22.6.
15.00 Jena Antifa-Demo alle hingehen!!
21.00 Rigaer 84 Okupacion (Baskenenland)
KOB frauen/lesben-Fete
christopher street demo in heidelberg (autonom lesbisch schwul)

Sonntag, 23.6.
11.00 KOB frauen/lesben-Frühstück (anschl. "Desert hearts")
20.00 Hasenheide Böhse Onkelz Konzert (Fascho-Band !!!)

Dienstag, 25.6.
21.00 Rigaer 84 "M-eine Stadt sucht einen Mörder"

Donnerstag, 27.6.
20.00 Adalbert 32 Vokü
21.00 Rigaer 84 "Intifada-der Aufstand"
22.00 Adalbert 32 "Der dritte Mann"

Samstag, 29.6.
Christopher-Street-Day
10.00 Nolle Kranzniederlegung am denkmal für die homosexuellen opfer des nazionalsozialismus
11.00 Savygniplatz Demo
20.00 Rigaer 77 Party
Liebenwalder Str.,1/65 Straßenfest

Montag, 1.7.
ganz doll früh Rekrutenverabschiedung am Hauptbahnhof

hey ihr von daneben.(und die anderen gleichmit)
1. termine selber abtippen!
2. schokolade
3. termine nicht doppelt angeben. verstehen sie das?
4. zum nächsten mal beitrag: für und wider video un-kultur?
? in der b. szene.

A↗KRAAK

¡DIE SECHSTE!

PREMIERE 16.6.
KINO ANSCHLAG
KREUTZIGERSTR.
21.00 UHR

DONNERSTAG 20.6.
LOTTUMSTR. 10A
21.00 UHR
& RIGAERSTR. 4
KINO DANEBEN..."

FREITAG 21.6.
SYNDIKAT WEISESTR. 1/44
21.00 UHR

SONNTAG 23.6.
TUCHOLSKYSTR. 32
CAFE BUCHLADEN
22.00 UHR

& BRUNNENSTR. 7
CAFE SUBVERSIV
22.00 UHR

DONNERSTAG 27.6.
ADALBERTSTR.
20.00

SONNTAG 30.6. KÖPI
u. MORGENSTERNSTR.

SAMSTAG 6.7.
AUF DEM HOFFEST
1 JAHR AUGUSTSTR. 10